Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

2. Februar 1981 Nr. 6

Preis 1 DM D 21060 C



Sachzwänge am Werk

Auf drei Ebenen war die sozialdemokratische Parteispitze in der letzten Woche tätig, in Fraktion, in Koalition und im Parlament.

ges. In der Fraktion trat die Parteiführung stark auf. Dem Abgeordneten Hansen wurde eine Rüge erteilt, weil er sich beleidigend über den Kanzler geäußert habe. Hansen hatte im Zusammenhang mit der Rüstungspolitik, der Energiepolitik und der Sozialpolitik Helmut Schmidt vorgeworfen, er verstoße systematisch gegen ,,programmatische Zielsetzungen'' der Partei. Bei seiner Gegenstimme und 13 Enthaltungen wurde er gerügt. Gelegenheit zur Verteidigung seiner Äußerungen in der Zeitschrift ,,Konkret'' fand er nicht. Ein beträchtlicher Teil der Fraktion war der Abendsitzung von vornherein ferngeblieben.

In der Koalition wurde abschließend über eine Übergangsregelung für Konzerne beraten, die sich dem Bereich der paritätischen Montanmitbestimmung entziehen. SPD-Verhandlungsführer Ehrenberg und die FDP fanden einen Kompromiß – auf Kosten der Gewerkschaften. Die Gewerkschaften hatten Sicherung der Montanmitbestimmung gefordert, die Regierung beschloß ihre sanfte Beseitigung. Nach Ablauf von 6 Jahren wird der größte Teil der Montan-Konzerne unter das allgemeine Mitbestimmungsgesetz fallen, das weitgehend von Positionen der FDP geprägt ist. Schon während der 6 Jahre kann die Gewerkschaft ihre Vertreter in den Aufsichtsrat nicht mehr entsenden, sondern muß sie einem Wahlmännergremium stellen. Die IG Metall hat den 30. Januar als Tag der

rung stark auf. Dem Abgeordneten Hansen wurde eine Rüge erteilt, weil er sich beleidigend über den Kanzler geäußert habe. Hansen hatte im Zusammenhang mit der Rüstungspolitik, der Energiepolitik und der Sozialpolitik Helmut Schmidt vorgeworfen, er verstoße systematisch gegen ,,programmatische Zielsetzungen'' der Partei. Bei seiner Gegenstimme und 13 Enthaltungen wurde er gerügt. Gelegenheit zur Verteidigung seiner Äußerungen in der Zeitschrift ,,Konkret'' fand er nicht. Ein beträchtlicher Teil der Fraktion war der Abendsitzung von vornherein ferngeblieben.

In der Koalition wurde abschließend über eine Übergangsregelung für Konzerne beraten, die sich dem Bereich der paritätischen Montanmitbestimmung entziehen. SPD-Verhandlungsführer Ehrenberg und die FDP fanden einen Kompromiß – auf Kosten der Gewerkschaften. Die Gewerkschaften hatten Sicherung der Montanmitbestimmung gefordert, die Regierung beschloß ihre sanfte Beseitigung. Nach Ablauf von 6 Jahren wird der größte Teil der Montan-Konzerne unter das allgemeine Mitbestimmungsgesetz fallen, das weitgehend von Positionen der FDP geprägt ist. Schon während der 6 Jahre kann die Gewerkschaft ihre Vertreter in den Aufsichtsrat nicht mehr entsenden, sondern muß sie einem Wahlmännergremium stellen. Die IG Metall hat den 30. Januar als Tag der
Mitbestimmung begangen. Die paritätische Mitbestimmung hat nicht viel gebracht. Desto schwerer ist, sie jetzt zu verteidigen, wo die Regierung an diesem Punkt ansetzt, um gewerkschaftliche Reformkonzeptionen insgesamt zu unterlaufen und zu Fall zu bringen.

Im Parlament wurde der Haushalt debattiert. Gegenüber der CDU/CSU hatte die Regierung bereits vor der Debatte bei der Haushaltsaufstellung selbst die Flagge gestrichen. Strauß als Sprecher der Opposition konnte feststellen: ,,Ich freue mich, daß der Herr Bundesfinanzminister meine Reden der letzten Jahre nicht nur gelesen, sondern sich jetzt teilweise, wenn auch in Raten, offensichtlich zu eigen gemacht hat.'' Als die CDU/CSU in der Debatte über den Haushalt des Wohnungsbauministeriums die Schutzrechte der Mieter für die miserable Wohnungslage verantwortlich machte, wußte Wohnungsbauminister Haack nur zu antworten: Endgültige Klarheit werde man gewinnen, wenn der Mieterschutz im bereits angekündigten Umfang gelockert worden sei. Für die Investoren sei dann die Stunde gekommen, in der sie zu beweisen hätten, ob es wirklich das Mietrecht gewesen sei, das investitionshemmend gewirkt habe.

Wer will sich angesichts solcher Unverfrorenheit darüber empören, wenn wie als Echo am Abend in Westberlin die Schaufenster etlicher Banken zersprangen? Ein Student, der sich an den Demonstrationen der Hausbesetzer beteiligt hatte, war am Nachmittag zu 14 Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt worden. Der Spekulant Garski sonnt sich einstweilen immer noch an der Riviera.

Während der Haushaltsdebatte verabschiedete das Bundeskabinett den Jahreswirtschaftsbericht. War im letzten Jahr der Rückgang der Reallöhne je Beschäftigten noch nicht offen in den Jahreswirtschaftsbericht eingeplant und gelang es den Kapitalisten dennoch, den Reallohn um 0,5% zu drücken, so wird der Druck auf den Reallohn im diesjährigen Jahreswirtschaftsbericht gleich offen proklamiert. Die Bundesregierung stellt sich auf einen Rückgang des Sozialprodukts bis zu 1 Prozent ein. Bei den Preissteigerungen rechnet sie bisher mit 4,5%, obwohl die Inflationsrate steigend ist und im Januar schon 6% erreicht hat. Bei den Bruttoeinkommen rechnet die Regierung mit 3 – 4% Steigerung. Bei einer geschätzten Steigerung der offiziellen Arbeitslosigkeit von 1,5%, im Januar werden es 1,3 Millionen sein, meint die Regierung, daß die Kapitalisten einen Reallohnverlust relativ leicht durchsetzen könnten. Wenn dann früher oder später die Bundesbank die Schöpfung von Kreditgeld erleichtern wird und über die krisenbedingte Steigerung der Geldentwertung hinaus ein weiterer Inflationsschub kommen wird, gingen niedrige Tarifabschlüsse vollends baden, da die Arbeitslosigkeit der Masse der Arbeiter die Durchsetzung von laufenden Effektivlohnerhöhungen verbieten wird. Der Schlüssel zur wirtschaftlichen Lage liegt in der Tarifpolitik, hat dieser Tage der Sprecher des Kapitalistenverbandes Esser nochmals betont. Kapitalisten wie Regierung glauben diesen Schlüssel schon in der Hand zu haben. Einhellig begrüßen die Zeitungen den Einklang zwischen Regierung und Opposition. Sprecher aller Parteien hätten deutlich gemacht, daß sie von allen Teilen der Bevölkerung Opfer erwar-

Reallohn im diesjährigen Jahreswirtschaftsbericht gleich offen proklamiert. Die Bundesregierung stellt sich auf einen Rückgang des Sozialprodukts bis zu 1 Prozent ein. Bei den Preissteigerungen rechnet sie bisher mit 4,5%, obwohl die Inflationsrate steigend ist und im Januar schon 6% erreicht hat. Bei den Bruttoeinkommen rechnet die Regierung mit 3 – 4% Steigerung. Bei einer geschätzten Steigerung der offiziellen Arbeitslosigkeit von 1,5%, im Januar werden es 1,3 Millionen sein, meint die Regierung, daß die Kapitalisten einen Reallohnverlust relativ leicht durchsetzen könnten. Wenn dann früher oder später die Bundesbank die Schöpfung von Kreditgeld erleichtern wird und über die krisenbedingte Steigerung der Geldentwertung hinaus ein weiterer Inflationsschub kommen wird, gingen niedrige Tarifabschlüsse vollends baden, da die Arbeitslosigkeit der Masse der Arbeiter die Durchsetzung von laufenden Effektivlohnerhöhungen verbieten wird. Der Schlüssel zur wirtschaftlichen Lage liegt in der Tarifpolitik, hat dieser Tage der Sprecher des Kapitalistenverbandes Esser nochmals betont. Kapitalisten wie Regierung glauben diesen Schlüssel schon in der Hand zu haben. Einhellig begrüßen die Zeitungen den Einklang zwischen Regierung und Opposition. Sprecher aller Parteien hätten deutlich gemacht, daß sie von allen Teilen der Bevölkerung Opfer erwar-
ten, ,,um dem Ziel gesunder Staatsfinanzen und ausreichender Beschäftigung nahezukommen''. Solche Erwartungen fallen nicht unter die viel kritisierte Erwartungshaltung der Bevölkerung. Die staatsmännischen Erwartungen bestehen darin, daß die Arbeiterbevölkerung zu einer Einschränkung des Verbrauchs gezwungen und die Kapitalisten zur Bereicherung beflügelt werden, was auf dem Umweg über Arbeitsplätze dann angeblich den Arbeitern wieder zugute kommen soll. Die Regierung glaubt selbst nicht an dieses Märchen und hat den vielbeschworenen Primat der Vollbeschäftigung fallenlassen.

Wie ein Chor hallt es von Reagans Hochburg in Kalifornien über London, den Regierungssitz von Margret Thatcher, bis nach Bonn, wo Sozialdemokraten die Mehrheit der Regierung bilden: man müsse die Kräfte des Marktes wieder zur Geltung kommen lassen, die Privatinitiative fördern. Der Staat müsse dafür die Bedingungen schaffen. Erneut hat sich der Kapitalismus als unfähig erwiesen, das Wachstum der Produktivkräfte in Wachstum des Volkswohlstandes umzusetzen. Im Gegenteil, die Schranken, die die Massen gegen Verarmung errichtet haben, sollen eingerissen werden, Produktivkräfte werden vernichtet, um dem Privateigentum an den Produktionsmitteln die Fortdauer seiner Existenz und weitere Konzentration zu sichern. Der sozialdemokratischen Partei ist in Westdeutschland dabei der Part zugedacht, den ersten Elan des Widerstandes der Gewerkschaften aufzufangen und zu brechen. Dafür muß die Fraktion auf Vordermann gebracht werden.



Frankfurt, 31.1. Rund 15000 beteiligten sich an der zentralen Demonstration zur Unterstützung des Befreiungskampfes in El Salvador. Auf der anschließenden Kundgebung sprachen Vertreter der FDR und FMLN.

Ergebnisse der Islamischen Konferenz und die Lage im Nahen Osten

bep. Der Kampf gegen Israel, gegen die sowjetische Besetzung Afghanistans und der Krieg zwischen Iran und Irak – diese Themen beschäftigten hauptsächlich das dritte Gipfeltreffen der Islamischen Konferenz, das letzten Donnerstag in Taif in Saudi-Arabien zu Ende ging. Eine Änderung der politischen Lage bedeuten die Ergebnisse der Konferenz im Hinblick auf die Auseinandersetzung mit Israel und der amerikanischen Nahostpolitik. Eine Erklärung der Konferenz proklamiert den ,,Djihad'', den ,,Heiligen Krieg'' gegen Israel, einen ,,unbarmherzigen

kriegsgrenzen zu verhandeln und nahm an der Konferenz nicht teil. Der irakische Staatspräsident Saddam Hussein erklärte sich zur Rückgabe der besetzten iranischen Gebiete bereit. Voraussetzung sei jedoch, daß alle vom Iran usurpierten Rechte und Gebiete an ihre rechtmäßigen Besitzer zurückgegeben würden.

Problematisch verliefen auch die Verhandlungen über Afghanistan. Eine Resolution der Konferenz fordert die Wiederherstellung der Unabhängigkeit und Blockfreiheit Afghanistans



Frankfurt, 31.1. Rund 15000 beteiligten sich an der zentralen Demonstration zur Unterstützung des Befreiungskampfes in El Salvador. Auf der anschließenden Kundgebung sprachen Vertreter der FDR und FMLN.

Ergebnisse der Islamischen Konferenz und die Lage im Nahen Osten

bep. Der Kampf gegen Israel, gegen die sowjetische Besetzung Afghanistans und der Krieg zwischen Iran und Irak – diese Themen beschäftigten hauptsächlich das dritte Gipfeltreffen der Islamischen Konferenz, das letzten Donnerstag in Taif in Saudi-Arabien zu Ende ging. Eine Änderung der politischen Lage bedeuten die Ergebnisse der Konferenz im Hinblick auf die Auseinandersetzung mit Israel und der amerikanischen Nahostpolitik. Eine Erklärung der Konferenz proklamiert den ,,Djihad'', den ,,Heiligen Krieg'' gegen Israel, einen ,,unbarmherzigen
Kampf'' mit diplomatischen, ökonomischen, möglicherweise auch militärischen Mitteln bis zum Rückzug Israels aus allen im Krieg 1967 besetzten Gebieten einschließlich Jerusalems, und bis zur Errichtung eines unabhängigen Staates in Palästina unter alleiniger Führung der PLO. Alle Mitglieder der Konferenz sind aufgerufen, die Beziehungen zu Israel völlig abzubrechen. Alle islamischen Staaten sollen darüber hinaus einen indirekten Boykott gegen Israel mittragen, indem jede Firma eines Drittlandes, die mit Israel Handel treibt, boykottiert wird. Die USA werden aufgefordert, ihre feindliche Haltung in der Palästinenserfrage aufzugeben. Dieses Dokument ist in mehrfacher Hinsicht bedeutsam: erstens wegen der schroffen Haltung gegenüber den USA; zweitens wegen der sehr nachdrücklichen Stärkung der Stellung der PLO; drittens wegen der direkten Einbeziehung zahlreicher asiatischer Staaten in die Front gegen Israel und die amerikanische Israel-Politik. Durchkreuzt worden ist der in Kreisen der neuen amerikanischen Regierung und der israelischen oppositionellen Arbeiterpartei diskutierte Plan einer ,,jordanischen Lösung'' des Palästina-Problems: der Eingliederung nur eines Teils der besetzten Gebiete in den jordanischen Staatsverband, unter Umgehung der PLO. Der jordanische König Hussein verpflichtete sich vor der Konferenz, in keinerlei Verhandlungen über die Interessen der Palästinenser anstelle der PLO einzutreten.

Ohne Erfolg blieben die Vermittlungsbemühungen im Krieg zwischen Iran und Irak. Der Iran weigert sich, vor dem Rückzug des Irak auf die Vor-
kriegsgrenzen zu verhandeln und nahm an der Konferenz nicht teil. Der irakische Staatspräsident Saddam Hussein erklärte sich zur Rückgabe der besetzten iranischen Gebiete bereit. Voraussetzung sei jedoch, daß alle vom Iran usurpierten Rechte und Gebiete an ihre rechtmäßigen Besitzer zurückgegeben würden.

Problematisch verliefen auch die Verhandlungen über Afghanistan. Eine Resolution der Konferenz fordert die Wiederherstellung der Unabhängigkeit und Blockfreiheit Afghanistans
und den Abzug aller ausländischen Truppen, ohne allerdings die Sowjetunion ausdrücklich zu nennen. Dem Vernehmen nach sollen sich Syrien und Südjemen gegen eine solche Resolution ausgesprochen haben, da sie eine politische Lösung erschwere. Ein Abstimmungsergebnis ist nicht bekannt. Vertreter einer afghanischen Befreiungsorganisation konnten vor der Konferenz sprechen, hatten aber keinen offiziellen Status. Der Vorschlag des französischen Staatspräsidenten Giscard d'Estaing an die sowjetische Regierung, eine Konferenz aller ,,der Einmischung in Afghanistan beschuldigten Mächte'' einzuberufen – also unter Ausschluß der Regierung Karmal wie auch der afghanischen Widerstandsgruppen, wurde vor allem von Pakistan abgelehnt, da Frankreich die beteiligten Staaten der Dritten Welt nicht vorher konsultiert habe. Die UdSSR ignoriert den Vorschlag bisher und hält an der Taktik fest, die Anerkennung der Regierung zur Vorbedingung von Verhandlungen zu machen.

*

Folgende Länder nahmen an der Islamischen Konferenz in Taif teil: Algerien, Saudi-Arabien, Bahrein, Bangladesh, Kamerun, Djibouti, VAE, Gabun, Gambia, Guinea, Guinea-Bissau, Obervolta, Komoren, Indonesien, Irak, Jordanien, Kuweit, Libanon, Malaysia, Malediven, Mali, Mauretanien, Marokko, Niger, Oman, Uganda, Pakistan, Qatar, Senegal, Sudan, Syrien, Somalia, Tschad, Tunesien, Türkei, Arabische Republik (Nord-) Yemen, DVR (Süd-) Yemen; außerdem Yassir Arafat, Vorsitzender der PLO im selben Rang wie ein Regierungsvertreter. Der Iran und Libyen nahmen nicht teil.

USA – wieder als Weltpolizist?

bep. Der chauvinistische Taumel, den Regierung und Massenmedien der USA anläßlich der Freilassung der Geiseln produzierten, bildete den Hintergrund, als Reagan und sein Außenminister Haig die ersten Erklärungen über die künftige Regierungspolitik abgaben. ,,Kampf gegen den internationalen Terrorismus'' statt ,,Verteidigung der Menschenrechte'' solle die neue Leitlinie der amerikanischen Außenpolitik sein. Gegen ,,Terroristen'' kämpfte der US-Imperialismus schon in Vietnam, Laos, Kampuchea und bei all seinen anderen Aggressionsakten in der Dritten Welt. Das gab der Sowjetunion die Möglichkeit, in der Maske des ,,natürlichen Verbündeten'' der Völker zum Kampf um die Vorherrschaft in der Welt anzutreten. Wenn diese Maske den USA auch heute nicht paßt, so schafft ihnen die sowjetische Bedrohung der Völker doch Anlässe zur Erpressung, und liefert die Tatsache, daß kaum eine Befreiungsbewegung gegen den US-Imperialismus von den Unterwanderungsversuchen des Sozialimperialismus verschont bleibt, Vorwände zur Intervention. Mit der Ausrufung des ,,Kampfes gegen den Terrorismus'' hat die US-Regierung erneut ein weltweites Interventionsrecht proklamiert. Die Einzelheiten ihrer Taktik haben Reagan und Haig allerdings nur undeutlich beschrieben. Sie wittern eine Schwächung der Sowjetunion durch Ereignisse wie in Polen, in Afghanistan, durch wirtschaftliche Schwierigkeiten. Sie versuchen, die Kosten des Rüstungswettlaufs vor allem auf dem Gebiet der strategischen Atomwaffen als Druckmittel einzusetzen: Weitere Abrüstungsverhandlungen seien vom außenpolitischen Verhalten der SU abhängig. Die (sowieso vereinzelten) Versuche Carters, durch

in Vietnam, Laos, Kampuchea und bei all seinen anderen Aggressionsakten in der Dritten Welt. Das gab der Sowjetunion die Möglichkeit, in der Maske des ,,natürlichen Verbündeten'' der Völker zum Kampf um die Vorherrschaft in der Welt anzutreten. Wenn diese Maske den USA auch heute nicht paßt, so schafft ihnen die sowjetische Bedrohung der Völker doch Anlässe zur Erpressung, und liefert die Tatsache, daß kaum eine Befreiungsbewegung gegen den US-Imperialismus von den Unterwanderungsversuchen des Sozialimperialismus verschont bleibt, Vorwände zur Intervention. Mit der Ausrufung des ,,Kampfes gegen den Terrorismus'' hat die US-Regierung erneut ein weltweites Interventionsrecht proklamiert. Die Einzelheiten ihrer Taktik haben Reagan und Haig allerdings nur undeutlich beschrieben. Sie wittern eine Schwächung der Sowjetunion durch Ereignisse wie in Polen, in Afghanistan, durch wirtschaftliche Schwierigkeiten. Sie versuchen, die Kosten des Rüstungswettlaufs vor allem auf dem Gebiet der strategischen Atomwaffen als Druckmittel einzusetzen: Weitere Abrüstungsverhandlungen seien vom außenpolitischen Verhalten der SU abhängig. Die (sowieso vereinzelten) Versuche Carters, durch
Kompromisse mit nationalistischen Kräften der 3. Welt Widersprüche zu entschärfen und amerikanischen Einfluß zu bewahren, sollen aufgegeben werden. Eine der letzten Amtshandlungen Carters war die Wiederaufnahme der Militärhilfe an die Junta in El Salvador. Eine der ersten Amtshandlungen Reagans war die Einstellung der vereinbarten Wirtschaftshilfe an Nicaragua.

Die Aussichten dieser geplanten US-Politik sind allerdings noch weniger klar. Gegenüber dem Iran hat es die Regierung auf Betrügereien und Hetze, aber nicht auf einen offenen Bruch des Abkommens ankommen lassen. Die PLO ist eines der bevorzugten Ziele des ,,Kampfes gegen den Terrorismus''. Aber Reagans Kurs der unbedingten Unterstützung Israels droht sich am Widerstand der islamischen Staaten festzufahren und außerdem zu schweren Kollisionen mit den EG-Staaten zu führen, die auf das Nahost-Öl angewiesen sind. Die Völker haben ihre Lektion über den US-Imperialismus gelernt.

Strauß am Aufräumen

jüw. Mit dem Gedächtnis ist es etwas Seltsames. CSU-Honoratioren erinnern sich gar nicht mehr daran, was im letzten Herbst bei der Ablösung des Münchener Polizei-Vizepräsidenten Wolf war, der nicht dem Kundgebungsredner Strauß willfahren wollte, Gegendemonstranten vom Platz zu fegen. Sie äußern zwar ihren Eindruck, daß Wolf ,,wie eine Pappel" gezittert habe, daß ,,ohrenbetäubender Lärm" geherrscht habe und die Demonstranten die Veranstaltung beinahe gesprengt hätten. Aber zum Vorgang selber: nichts. Als Alibi benannte Gesprächspartner, just zum Zeitpunkt der Ablösung will man sich mit ihnen beschäftigt haben, waren zum fraglichen Zeitpunkt ganz woanders. Die Polizei ihrerseits berichtet von durchaus harmloser Demonstration, ein paar Schilder, hundert Leute. Dem Gedächtnisschwund der CSU-Zeugen haftet etwas Kollektives an. Kann dennoch nicht vertuschen, daß Strauß seine Kompetenzen als Ministerpräsident überschritten hat. Einmal mehr liegt bloß, wie er mit seinen Gegnern verfährt.

Im Verlauf der Untersuchungen vor dem Landtagsausschuß bilden sich zwei Parteien. Dabei steht nicht Strauß gegen Wolf, Strauß reitet einen Angriff auf die Münchener Polizei. Aufhänger ist der Einsatz 1972 bei der Geiselnahme zu den Olympischen Spielen. Das Gemetzel in Fürstenfeldbruck, das halt kein ,,Entebbe" wurde. Strauß weiß angeblich von Pannen. Jedenfalls wurde ein Panzer zum völlig falschen Flughafen dirigiert, Polizisten beschossen sich gegenseitig usw. Sehr ineffektiv. Nach Straußens Meinung aufgrund von Stümperei von Beamten, die zu nicht mehr fähig sind, als Bleistifte zu spitzen und Klopapierrollen zu stapeln.

Die Polizei in München ist sozialdemokratisch, jedenfalls stark durchsetzt. Ein Angriff auf den Vizepräsidenten und seit den (durch gezielte Indiskretion bekanntgewordenen) Äußerungen zu Fürstenfeldbruck auch auf den Chef, zielt darauf, die politischen Kräfteverhältnisse in der Polizei zu verändern, die CSU-Position und Kontrolle zu verstärken. Strauß rechnet offenbar mit der Notwendigkeit dazu. Er will eine uneingeschränkt verfügbare Truppe. Seine Methode, an bürgerlichen Rechtsprinzipien strikt vorbei, hat zunächst das Gegenteil bewirkt, Widerspruch auch im Polizeikader.

Forderung gegen Isolationshaft darf nicht bestraft werden

ebk. ,,In diesem Land gehört das Demonstrationsrecht zu den Grundfreiheiten der Bürger. Ich sympathisiere in keiner Weise mit diesen Forderungen. Aber diese Leute haben das Recht zu demonstrieren." Baum sagte es auf einer Wahlveranstaltung der FDP am 28.2. letzten Jahres in Mannheim. Mit ,,diesen Forderungen" meinte er ein Transparent, mit dem 3 Personen ,,Für Zusammenlegung und Selbstbestimmung der Gefangenen aus der RAF" eingetreten waren. Das Transparent war noch mit einem Stern versehen, den das Auge des Staatsanwalts gleich als den Stern der RAF ausmachte. Baum hatte kaum seine hehren Worte auf der Mannheimer Wahlkundgebung gesprochen, da waren die drei von der Polizei festgenommen: ,,Unterstützung der Forderungen terroristischer Gefangener und damit Stärkung der terroristischen Vereinigung ,RAF' mit den Mitteln der Propaganda, Vergehen gemäß §129a Strafgesetzbuch, Werbung für eine terroristische Vereinigung" (Anklageschrift). Am 26.1. begann der Prozeß gegen die drei Demonstranten vor dem Staatsschutzsenat des Stuttgarter Oberlandesgerichts.

Der Staatsanwalt hatte es in der Anklage noch offengelassen, ob er die Strafbarkeit des Transparents nur in der Forderung oder auch im Fünfzackstern erkennt. Die Verteidigung konnte im bisherigen Verfahren nachweisen, daß es sich gar nicht um den Stern der RAF handelt, der abgebildet war. Der Prozeß wird jetzt noch um die Frage geführt, ob die Forderung nach Zusammenlegung der Gefangenen aus der RAF ,,Werbung für eine terroristische Vereinigung" sein kann. Der Bundesgerichtshof hat diesen Begriff 1978 schon dahin ausgedehnt, daß nicht nur Aktivitäten mit dem Ziel der Gewinnung von Anhängern für die Vereinigung, sondern auch jede ,,andersartige Stärkung der Vereinigung und deren Unterstützung mit den Mitteln der Propaganda" ,,Werbung" sei. Dort hatte der Angeklagte ,,Es lebe die RAF" und ,,RAF, wir werden siegen" auf eine Hauswand gesprüht. Hier soll aber bereits die Unterstützung des gerechten Kampfes um bessere Haftbedingungen kriminalisiert werden.

§129 und §129a Strafgesetzbuch sind Bestimmungen, die ohne jede inhaltliche Schranke die Verfolgung gemeinsamer Ziele unter Strafe stellen, wenn nur der bürgerliche Staat diese Ziele ihrerseits für strafbar erklärt hat. Daher die besondere Eignung der Vorschrift für die Kriminalisierung gemeinsamer politischer Tätigkeiten. Nur: Unterstützung der RAF und Unterstützung des Kampfes der Gefangenen aus der RAF für bessere Haftbedingungen ist ein Unterschied. Ist diese letzte Schranke nach dem Willen des Staatsanwalts auch noch gebrochen, steht der Willkür in der Verfolgung des politischen Gegners Tür und Tor offen. Freispruch für die Angeklagten in Stuttgart!



Demnächst nach §129a verboten?

Aufgaben für Kommunisten

bep. ,,Nur wenn Sozialdemokraten innenpolitisch wie außenpolitisch wieder sichtbar etwas tun für mehr soziale Gerechtigkeit und tatsächlich Solidarität mit den Schwachen praktizieren, statt nur davon zu reden, gibt es eine Rechtfertigung für ihre Beteiligung an der Regierung dieser Republik, gibt es eine Chance, Reste von Glaubwürdigkeit zu retten." Das stammt aus dem berühmtgewordenen Beitrag des SPD-Bundestagsabgeordneten Hansen in der Zeitschrift ,,konkret". Hansen droht dafür und für weitere Äußerungen der Ausschluß aus der SPD; zumindest ist ihm der Austritt von prominenten SPD-Politikern recht deutlich nahegelegt worden. Die SPD-Spitze geht derart gegen Hansen vor, nicht obwohl, sondern eher weil solche Äußerungen in den Untergliederungen der SPD wie auch in den Gewerkschaften inzwischen nicht mehr ungewöhnlich, sondern gang und gäbe sind. Ein Exempel soll statuiert werden. Die Auseinandersetzungen in der Sozialdemokratie haben sich rasch entwickelt. Neue Krisen sind abzusehen, wenn

tion agiert ausdrücklich zurückhaltend; ihre Spitzenpolitiker haben durchblicken lassen, daß sie den Verschleißprozeß der SPD noch eine Weile abwarten wollen. Strauß hat in einem Fernsehinterview angedeutet, daß er einen Regierungswechsel für möglich hält, aber die Zeit noch nicht gekommen sieht.

Diese Entwicklung ist nicht einfach günstig für die Arbeiterbewegung. Mit der zunehmenden Konfrontation zwischen SPD und Arbeiterbewegung, vor allem in Gestalt der Gewerkschaften, und der Fraktionierung in der SPD droht nicht nur der SPD, sondern auch der Arbeiterbewegung ein Verschleiß. Die SPD soll die Arbeiterbewegung schwächen und zugleich sich selbst, um einer Verschärfung der Reaktion den Weg zu bereiten. Die Flügelbildung in der SPD ist nicht automatisch ein Ansatz zum politischen Fortschritt der Arbeiterbewegung; wenn die SPD-Linke gegenüber dem Rüstungshaushalt einige fortschrittliche Positionen vertritt, so trägt sie mit ihren Positionen zur Entspannungspolitik oder zur

Zwei-Klassenwahlrecht und kommunale Abhängigkeit

Nach der Schonzeit: Ausschluß des GAL-Vertreters aus kommunalem Ausschuß

ebk. Franz-Hermann Lammersdorf, am 30.9.1979 als Mitglied der vierköpfigen Fraktion der Grünen Alternativen Liste (GAL) in den Rat der Stadt Münster gewählt, darf nicht Mitglied im Ausschuß des Rates für die Angelegenheiten für die zivile Verteidigung sein. Das entschied am 27.1. der Regierungspräsident von Münster. Er stützt sich dabei auf die Verfassungsschutz-,,Erkenntnis", daß Lammersdorf Mitglied im Kommunistischen Bund (KB) sei oder gewesen sei. Damit hat die Verwaltung ihre abschließende Entscheidung in einer Auseinandersetzung getroffen, die seit der Wahl der GAL in den Rat der Stadt Münster schwelte. Im Dezember 1980 kündigte der FDP-Fraktionsvorsitzende Bornefeld-Ettmann an: ,,Wir sind es leid, noch länger anzusehen, daß eine vernünftige

der zivilen Verteidigung der Mitwirkung des Rates oder eines Ausschusses bedürfen". (§41 b GO NRW) Was die Aufgaben dieses Ausschusses sind, beschreibt der Präsident der Akademie für zivile Verteidigung: Im Krisenfall ,,... die Aufrechterhaltung der Staatsfunktionen auf allen Verwaltungsebenen zu gewährleisten sowie Sicherheit und Ordnung zu erhalten ... die Lenkung des Wirtschaftspotentials zu seiner optimalen Ausschöpfung für Zwecke der Verteidigung." (Magazin ,,Zivilschutz" 9/80)

§41b der Gemeindeordnung, am 1.10.1979 eingefügt, legt fest: ,,Dem Ausschuß dürfen nur Mitglieder angehören, die die Voraussetzungen für die Behandlung von Verschlußsachen erfüllen. Bestehen Bedenken, so ent-

der Kommunalen Selbstverwaltung. ,,Die Verwaltung der Gemeinde wird ausschließlich durch den Willen der Bürgerschaft bestimmt. Die Bürgerschaft wird durch den Rat vertreten. Der Rat besteht aus den von der Bürgerschaft gewählten Ratsmitgliedern", bestimmt §27 der Gemeindeordnung, und §29 ergänzt: ,,Die Ratsmitglieder werden von den Bürgern in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl ... gewählt." ,,Soweit das Gesetz nichts anderes bestimmt", sollte der Klarheit halber noch hinzugefügt werden, damit die Grenzen dieser Rechte gleich erkennbar sind, wie sie in der Lammersdorf-Entscheidung deutlich gemacht worden sind. Lammersdorf wird damit für nur beschränkt wählbar erklärt, passives Wahlrecht zweiter Klasse. Die Bürger, die ihn ge-

letzte Schranke nach dem Willen des Staatsanwalts auch noch gebrochen, steht der Willkür in der Verfolgung des politischen Gegners Tür und Tor offen. Freispruch für die Angeklagten in Stuttgart!

Demnächst nach §129a verboten?

bep. ,,Nur wenn Sozialdemokraten innenpolitisch wie außenpolitisch wieder sichtbar etwas tun für mehr soziale Gerechtigkeit und tatsächlich Solidarität mit den Schwachen praktizieren, statt nur davon zu reden, gibt es eine Rechtfertigung für ihre Beteiligung an der Regierung dieser Republik, gibt es eine Chance, Reste von Glaubwürdigkeit zu retten." Das stammt aus dem berühmtgewordenen Beitrag des SPD-Bundestagsabgeordneten Hansen in der Zeitschrift ,,konkret". Hansen droht dafür und für weitere Äußerungen der Ausschluß aus der SPD; zumindest ist ihm der Austritt von prominenten SPD-Politikern recht deutlich nahegelegt worden. Die SPD-Spitze geht derart gegen Hansen vor, nicht obwohl, sondern eher weil solche Äußerungen in den Untergliederungen der SPD wie auch in den Gewerkschaften inzwischen nicht mehr ungewöhnlich, sondern gang und gäbe sind. Ein Exempel soll statuiert werden. Die Auseinandersetzungen in der Sozialdemokratie haben sich rasch entwickelt. Neue Krisen sind abzusehen, wenn z.B. sozialdemokratische Landesregierungen demnächst ihre scharf restriktive Wirtschafts- und Sozialpolitik durchziehen müssen und dem Kapital die ,,Investitionshemmnisse" aus dem Weg räumen. In der Personalpolitik im öffentlichen Dienst, im Gesundheitswesen, in der Schulpolitik, in der Energiepolitik und in anderen Fragen geben die Landesregierungen oft den Prellbock ab.

CDU/CSU und FDP haben sich auf die Lage eingestellt. Die CDU-Opposi-

tion agiert ausdrücklich zurückhaltend; ihre Spitzenpolitiker haben durchblicken lassen, daß sie den Verschleißprozeß der SPD noch eine Weile abwarten wollen. Strauß hat in einem Fernsehinterview angedeutet, daß er einen Regierungswechsel für möglich hält, aber die Zeit noch nicht gekommen sieht.

Diese Entwicklung ist nicht einfach günstig für die Arbeiterbewegung. Mit der zunehmenden Konfrontation zwischen SPD und Arbeiterbewegung, vor allem in Gestalt der Gewerkschaften, und der Fraktionierung in der SPD droht nicht nur der SPD, sondern auch der Arbeiterbewegung ein Verschleiß. Die SPD soll die Arbeiterbewegung schwächen und zugleich sich selbst, um einer Verschärfung der Reaktion den Weg zu bereiten. Die Flügelbildung in der SPD ist nicht automatisch ein Ansatz zum politischen Fortschritt der Arbeiterbewegung; wenn die SPD-Linke gegenüber dem Rüstungshaushalt einige fortschrittliche Positionen vertritt, so trägt sie mit ihren Positionen zur Entspannungspolitik oder zur Konjunkturpolitik zur Verwischung der Fronten bei. Gegenüber dieser Entwicklung ist in der Gewerkschaftsbewegung wie in den anderen Massenbewegungen die Klärung der nächsten Ziele und Schritte der Kämpfe gegen die Folgen der Krise, die politische Reaktion und die Kriegsgefahr ebenso notwendig, wie eine revolutionäre Antwort auf die gegenwärtige bürgerliche Propagandaoffensive und die Fortsetzung der Bemühungen, eine kommunistische Partei aufzubauen.

Zwei-Klassenwahlrecht und kommunale Abhängigkeit

Nach der Schonzeit: Ausschluß des GAL-Vertreters aus kommunalem Ausschuß

ebk. Franz-Hermann Lammersdorf, am 30.9.1979 als Mitglied der vierköpfigen Fraktion der Grünen Alternativen Liste (GAL) in den Rat der Stadt Münster gewählt, darf nicht Mitglied im Ausschuß des Rates für die Angelegenheiten für die zivile Verteidigung sein. Das entschied am 27.1. der Regierungspräsident von Münster. Er stützt sich dabei auf die Verfassungsschutz-,,Erkenntnis", daß Lammersdorf Mitglied im Kommunistischen Bund (KB) sei oder gewesen sei. Damit hat die Verwaltung ihre abschließende Entscheidung in einer Auseinandersetzung getroffen, die seit der Wahl der GAL in den Rat der Stadt Münster schwelte. Im Dezember 1980 kündigte der FDP-Fraktionsvorsitzende Bornefeld-Ettmann an: ,,Wir sind es leid, noch länger anzusehen, daß eine vernünftige Ratsarbeit von einer kleinen Gruppe blockiert, wenn nicht sogar terrorisiert wird ... Deshalb muß die Schonzeit jetzt ein Ende haben ... Es ist an der Zeit, ihnen das grüne Mäntelchen auszuziehen, damit die politische Heimat zum Vorschein kommt." (Westfälische Nachrichten, 16.12.)

Zur Entscheidung kam die Sache mit der Mitgliedschaft von Lammersdorf im Rat für die zivilen Angelegenheiten. Dieser Ausschuß ist nach der nordrhein-westfälischen Gemeindeordnung einzurichten, wenn ,,Angelegenheiten

der zivilen Verteidigung der Mitwirkung des Rates oder eines Ausschusses bedürfen". (§41 b GO NRW) Was die Aufgaben dieses Ausschusses sind, beschreibt der Präsident der Akademie für zivile Verteidigung: Im Krisenfall ,,... die Aufrechterhaltung der Staatsfunktionen auf allen Verwaltungsebenen zu gewährleisten sowie Sicherheit und Ordnung zu erhalten ... die Lenkung des Wirtschaftspotentials zu seiner optimalen Ausschöpfung für Zwecke der Verteidigung." (Magazin ,,Zivilschutz" 9/80)

§41b der Gemeindeordnung, am 1.10.1979 eingefügt, legt fest: ,,Dem Ausschuß dürfen nur Mitglieder angehören, die die Voraussetzungen für die Behandlung von Verschlußsachen erfüllen. Bestehen Bedenken, so ent-scheidet die Aufsichtsbehörde", der Regierungspräsident. Dessen Entscheidung ist damit begründet, daß aufgrund der ,,Erkenntnisse' des Verfassungsschutzes Lammersdorf ein politisches Sicherheitsrisiko für den Ausschuß sei und deshalb nicht Mitglied werden könne.

Die Entscheidung des Regierungspräsidenten in Münster ist ein Schlag gegen das aktive und passive Wahlrecht zu den kommunalen Vertretungskörperschaften und gegen das Recht

der Kommunalen Selbstverwaltung. ,,Die Verwaltung der Gemeinde wird ausschließlich durch den Willen der Bürgerschaft bestimmt. Die Bürgerschaft wird durch den Rat vertreten. Der Rat besteht aus den von der Bürgerschaft gewählten Ratsmitgliedern", bestimmt §27 der Gemeindeordnung, und §29 ergänzt: ,,Die Ratsmitglieder werden von den Bürgern in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl ... gewählt." ,,Soweit das Gesetz nichts anderes bestimmt", sollte der Klarheit halber noch hinzugefügt werden, damit die Grenzen dieser Rechte gleich erkennbar sind, wie sie in der Lammersdorf-Entscheidung deutlich gemacht worden sind. Lammersdorf wird damit für nur beschränkt wählbar erklärt, passives Wahlrecht zweiter Klasse. Die Bürger, die ihn ge-wählt haben, werden entmündigt und die Kommune ebenfalls.

So beschränkt allgemeines Stimmrecht im bürgerlichen Staat auch ist und wie sehr auch die Kommunen in der Gewalt des Zentralstaats sind, ist der Kampf um wirkliches allgemeines Stimmrecht und wirkliche kommunale Selbstverwaltung notwendig, weil diese Rechte den Volksmassen die Mittel sind, ihre Geschlossenheit gegen den bürgerlichen Staatsapparat herauszubilden und sich gegen ihn zur Wehr zu setzen.

Tarifvertrag für studentische Beschäftigte

frb. An den Westberliner Hoch- und Fachhochschulen wurde nach langwierigen Verhandlungen ein Tarifvertrag für die studentischen Beschäftigten abgeschlossen. Die ÖTV hat bereits unterschrieben, die Unterschrift der Vereinigung der Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes steht bevor. Damit kommt eine fünfjährige Auseinandersetzung zu einem vorläufigen Ende. 1975 noch hatte der Wissenschaftssenator Löffler die Beschäftigungsbedingungen durch Senatsrichtlinien geregelt sehen wollen. Nach mehreren Streiks mußte der Senat 1978 Verhandlungen zustimmen. So ist der Abschluß eines Tarifvertrags eine Niederlage für den Dienstherrn, aber der Vertrag birgt auch einige Gefahren. Zwei Vergütungsgruppen wurden eingerichtet und der Senat will eine Reihe von studentischen Beschäftigten um über 4 DM herabstufen. Durchgesetzt wurde eine Mindestvertragsdauer von 40 Std./Monat, Urlaubsgeld von 120 DM und Krankenbezüge. Nach Auffassung der Studenten wiegt dies aber die Nachteile nicht auf. Auf der kommenden Personalversammlung der FU soll darüber beraten werden. Insgesamt sind von dem Vertrag rund 3000 Beschäftigte erfaßt.

Demonstrationen gegen Fahrpreiserhöhung: Köln und Bonn

gis. Mehr als 4000 demonstrierten am 24.1 in Köln und Bonn gegen die Fahrpreiserhöhungen im Verkehrsverbund Rhein-Sieg, die am 1.2. in Kraft treten sollen. In Bonn, wo 2500 bis 3000 an der Demonstration teilnahmen, wurde der Busbahnhof 2½ Stunden lang besetzt und die Brückenüberfahrt nach Bonn-Beuel eine Stunde lang blockiert. Am Donnerstag vorher mußte der Bonner Stadtrat in einer Sondersitzung, die von der SPD einberufen war, unter Ausschluß der Öffentlichkeit über die Fahrpreiserhöhungen beschließen, nachdem 450 Demonstranten im Rathaus durch die Polizei aus dem Saal geräumt worden waren. Während in Köln die SPD-Stadtratsmehrheit für die Fahrpreiserhöhung stimmte, forderte die Bonner SPD gegenüber der CDU-Mehrheit die Aufhebung des Kostendeckungsprinzips, langfristig den Nulltarif und kurzfristig die Einführung eines Einheitstarifs von 0,50 DM. Die Bonner SPD kündigte Kritik an der Kölner Entscheidung der SPD auf dem Bezirksparteitag an.

Kongreß ,,Lehrerausbildung und Schule" der vds

klb. Positives Ergebnis des Kongresses, an dem insgesamt 2500 Schüler, Studenten und Lehrer teilnahmen, ist zunächst eine Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen den Organen der Schüler und Studenten und der GEW, die eine Reihe von Referenten entsandte und den Kongreß in einer Grußadresse seitens des Hauptvorstandes ausdrücklich unterstützte. Positiv auch die Einigung auf ,,Forderungen für aktuelle Sofortmaßnahmen". Gefordert werden u. a. der Stopp der Streichung von Kapazitäten in den Lehramtsstudiengängen, Schaffung von 200000 zusätzlichen Planstellen bis 1990, Einstellung aller ausgebildeten Lehrer mit voller Planstelle, kleine Klassen, Arbeitszeitverkürzung für Lehrer, achtsemestriges Mindeststudium für alle Lehrämter, Stufenlehrerausbildung, einphasige Lehrerausbildung, Ausbildung ohne Trennung in Studienabschnitte mit selektiven Prüfungen. Eingebettet aber wurden alle diese richtigen Forderungen in durchweg reformistische ,,Ansprüche an Schule und Bildung" wie Chancengleichheit, emanzipatorisches und solidarisches Lernen, ohne den Zusammenhang zwischen der Klassenspaltung der Gesellschaft und dem Bildungswesen und die demokratische Kontrolle des Bildungswesens auch nur anzureißen.

H. Kohl: ,,Kein Tabu"

acm. ,,Wir müssen umdenken" (,,Bunte" 5/81). Es sei eine ,,Aufgabe der Opposition, von uns allen die notwendigen Opfer zu fordern." Einsparung, wie bei der Bildungspolitik: ,,Aber wieso soll es eigentlich eine soziale Demontage sein, wenn jemand, der schon vom Steuerzahler einen teuren Studienplatz kostenfrei erhält, das BAföG-Geld wenigstens teilweise später zurückzahlt, wenn er entsprechend verdient? Auch das Thema Lern- und Lehrmittelfreiheit darf kein Tabu sein. Ich frage, unterstützen wir wirklich damit das bedürftige Kind? Warum soll eigentlich diese Kosten z.B. in meiner Einkommensklasse die Allgemeinheit tragen?" Letzteres ist richtig! – Aber wer ist schon in Kohls Einkommensklasse?!

Türkei-Demonstration in Köln

maw. Am Samstag, dem 31. Januar, fand in Köln die Demonstration ,,Solidarität mit den Demokraten in der Türkei" statt. Etwa 2500 Menschen aus dem gesamten Bundesgebiet waren dem Aufruf gefolgt. Getragen wurde die Demonstration von der FIDEF, der KKDK und von der DKP unterstützt. Forderungen nach Einstellung aller Finanzhilfe durch die Bundesregierung bestimmten das Bild.

Waffen für El Salvador

gkr. 977000 DM waren bis Ende vergangener Woche auf einem Spendenkonto der ,,Tageszeitung" eingegangen, um die Befreiungsstreitkräfte El Salvadors mit dringend benötigten Waffen zu versorgen. Die Opposition hatte im Bundestag eine Anfrage eingebracht, der Berliner Senat will Verbotsmöglichkeiten prüfen.

Westberlin: Neuwahlen am 10. Mai

Stobbe-Senat scheiterte an Schwäche gegenüber Arbeiterbewegung und demokratischer Bewegung

hae. Westberlin. Hauptausdruck des „Filzes" ist für die Westberliner CDU keineswegs die Garski-Affäre (in die der CDU-Vorsitzende Lorenz durch einen Beratervertrag mit Garski verwickelt ist), es ist auch nicht die Grundstücksaffäre um den Senatsdirektor Lekutat, der spottbillig ein schönes Grundstück am Tegeler See von einer Wohnungsbaugesellschaft, in deren Aufsichtsrat er sitzt, erwarb, denn ein CDU-Mann erwarb das Grundstück nebenan, zu ähnlich günstigen Konditionen.

Der Filz sitzt nach Ansicht der CDU in den Eigenbetrieben und im übrigen Westberliner öffentlichen Dienst, nicht so sehr, weil es Ämterhäufung, Patronage und ähnliches gibt, sondern weil die Personalräte und Gewerkschaften im öffentlichen Dienst eine relativ starke Position haben und dadurch die Arbeitsbedingungen und sozialen Leistungen im Vergleich zu anderen Städten Westdeutschlands besser sind.

Diese relativ starke Position der Personalräte und Gewerkschaften hat der Stobbe-Senat vergeblich zu beschneiden versucht. Die Einführung der Stempeluhren im öffentlichen Dienst ist am Widerstand der ÖTV gescheitert, im letzten Jahr mußte der Senat 500 Planstellen bei den Krankenhäusern genehmigen. Der Rechnungshof hatte mehrmals während der Amtszeit Stobbes einschneidende Maßnahmen gegen den Einfluß der Personalräte gefordert, insbesondere bei der Berliner Stadtreinigung. Stobbe wollte dieser Förderung durch Änderung des Westberliner Eigenbetriebsgesetzes nachkommen. Damit ist er im Frühjahr gescheitert, nachdem die ÖTV größere Kampfaktionen organisiert hatte. Ein großer Teil der BSR-Arbeiter drohte damals das SPD-Parteibuch hinzuschmeißen. Die Maßnahmen wurden deshalb auf Eis gelegt. Die Erfolge Stobbes in dieser Hinsicht sind kümmerlich, gemessen an den von der Bourgeoisie verfolgten Zielen: Einschränkung der Leistungen für die Volksmassen und Einschränkung der gewerkschaftlich erkämpften und abgesicherten Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst.

Angekreidet wurde der Regierung Stobbes auch der Beschluß, ab Anfang 1979 einheitlich 40 DM Gebühren für einen Kindertagesstättenplatz zu nehmen, wo er vorher zwischen 15 und 19 DM kostete. Dieser Beschluß führte dazu, daß die Zahl der Kinder, die auf einen Kita-Platz warten, auf heute

Stobbe-Senat vergeblich zu beschneiden versucht. Die Einführung der Stempeluhren im öffentlichen Dienst ist am Widerstand der ÖTV gescheitert, im letzten Jahr mußte der Senat 500 Planstellen bei den Krankenhäusern genehmigen. Der Rechnungshof hatte mehrmals während der Amtszeit Stobbes einschneidende Maßnahmen gegen den Einfluß der Personalräte gefordert, insbesondere bei der Berliner Stadtreinigung. Stobbe wollte dieser Förderung durch Änderung des Westberliner Eigenbetriebsgesetzes nachkommen. Damit ist er im Frühjahr gescheitert, nachdem die ÖTV größere Kampfaktionen organisiert hatte. Ein großer Teil der BSR-Arbeiter drohte damals das SPD-Parteibuch hinzuschmeißen. Die Maßnahmen wurden deshalb auf Eis gelegt. Die Erfolge Stobbes in dieser Hinsicht sind kümmerlich, gemessen an den von der Bourgeoisie verfolgten Zielen: Einschränkung der Leistungen für die Volksmassen und Einschränkung der gewerkschaftlich erkämpften und abgesicherten Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst.

Angekreidet wurde der Regierung Stobbes auch der Beschluß, ab Anfang 1979 einheitlich 40 DM Gebühren für einen Kindertagesstättenplatz zu nehmen, wo er vorher zwischen 15 und 19 DM kostete. Dieser Beschluß führte dazu, daß die Zahl der Kinder, die auf einen Kita-Platz warten, auf heute

über 25000 angeschwollen ist. Der angestrebte Effekt, die Kitas auszulasten, wurde jedoch durch den Kampf der Erzieher für mehr Stellen und bessere Arbeitsbedingungen konterkariert, so daß der letzte Rechnungshofbericht vom Senat vergeblich eine 20%ige Überbelegung der Kitas forderte. Aufgrund mehrerer Demonstrationen und Streiks in den Kitas verschwand dieser Plan wieder.

Wachsende Mittel wurden von der Regierung Stobbes in den Wohnungsbau als Subventionen, Sonderprogramme etc. hineingepumpt, mit dem Resultat, daß die Zahl der neuerbauten Wohneinheiten über Jahre hinweg weiter gesunken ist. Die Leerstandssubventionen schließlich brachten den Senat in eine politisch dermaßen ungünstige Lage, daß er, als die Besetzung leerstehender Häuser Massenumfang annahm, den Einsatz der Polizei zum Schutz des Eigentums der Wohnungsbaugesellschaften nicht umfassend anordnen konnte.

Zu alldem kam hinzu, daß sich bei den westdeutschen Bourgeois Unbehagen über die nach Westberlin gezahlten Subventionen breitmacht, sie beklagen ihre mangelnde Effektivität.

Mit der Garski-Affäre war der Stobbe-Senat dann reif: eine Fortführung der Staatsgeschäfte unter Stobbe wäre auf weitere Schwächung in der Auseinandersetzung mit der Arbeiterbewegung und der demokratischen Massenbewegung hinausgelaufen. Dies hatte zu großen Widersprüchen innerhalb der SPD geführt, die sich dann in dem Abstimmungsergebnis niederschlugen.

Der neue Senat unter Vogel, mit dem die Westberliner SPD unter Bonner Kuratel genommen wurde, fängt an den Punkten wieder an, wo Stobbe gescheitert war: Der neue Wirtschaftssenator überlegt, ob nicht alle Eigenbetriebe privatisiert werden sollten. Stobbe, derzeit SPD-Landesvorsitzende warnt: dies würde „Verluste an sozialem Wohlbefinden" bringen. Die neue Senatorin für Familie, Jugend und Sport startet sogleich einen Versuch, den 40-DM-Tarif im Kita-Bereich abzuschaffen, indem sie vorschlägt, die Verpflichtung des Senats, eine Tagesmutter zu bezahlen, falls er keinen Kita-Platz besorgen kann, abzuschaffen. Vogel setzt als eine seiner ersten Amtshandlungen eine Kommission aus Innensenator, Bausenator, Justizsenator und Familiensenator ein, die sich des Problems der Hausbesetzungen „annehmen und baldmöglichst Lösungsvorschläge auf den Tisch legen soll." Unterdessen gehen die Hausbesetzungen weiter: In dieser Woche wurden fünf Häuser besetzt, wovon eines von der Polizei wieder geräumt wurde. Die Stellungnahme des Bausenators ist eher vorsichtig: es werde keine Räumungen in Nacht- und Nebelaktionen geben, sondern erst Gesprächsversuche.

Feststeht, daß der derzeitige Senat keine weitreichenden Entscheidungen treffen wird. Er ist für SPD und FDP die Vorstellung ihrer neuen Regierungsmannschaften, mit denen sie in die Neuwahlen gehen wollen. Neuwahlen werden jetzt am 10. Mai sein – als Termin genauso geschmackvoll wie der 17. Juni: Kurz vorher machen die wirklichen Herren der Stadt, die Besatzer, ihre jährliche Parade. Beide Anträge auf Volksbegehren, das steht fest, haben die nötige Anzahl von Unterschriften erreicht, so daß spätestens am 8. März das Abgeordnetenhaus über die Ausrufung von Neuwahlen hätte beschließen müssen aufgrund des Volksbegehrens. Um diesem zuvorzukommen, haben sich die drei Abgeordnetenhausparteien gütlich auf den 10. Mai geeinigt.

Gleichzeitig sinnt man in den Parteien darüber nach, wie die Alternative Liste am Einzug ins Parlament gehindert werden kann. Eingefallen ist ihnen bisher nur, die Frist für die Unterschriftensammlung zur Beteiligung an den Wahlen zu verkürzen. Die AL diskutiert über ihr Wahlprogramm in ihren bezirklichen Gremien, sie strebt ein breites Wahlbündnis an. Der KBW beteiligt sich an diesen Diskussionen.

ener vorsichtig: es werde keine Räumungen in Nacht- und Nebelaktionen geben, sondern erst Gesprächsversuche.

Feststeht, daß der derzeitige Senat keine weitreichenden Entscheidungen treffen wird. Er ist für SPD und FDP die Vorstellung ihrer neuen Regierungsmannschaften, mit denen sie in die Neuwahlen gehen wollen. Neuwahlen werden jetzt am 10. Mai sein – als Termin genauso geschmackvoll wie der 17. Juni: Kurz vorher machen die wirklichen Herren der Stadt, die Besatzer, ihre jährliche Parade. Beide Anträge auf Volksbegehren, das steht fest, haben die nötige Anzahl von Unterschriften erreicht, so daß spätestens am 8. März das Abgeordnetenhaus über die Ausrufung von Neuwahlen hätte beschließen müssen aufgrund des Volksbegehrens. Um diesem zuvorzukommen, haben sich die drei Abgeordnetenhausparteien gütlich auf den 10. Mai geeinigt.

Gleichzeitig sinnt man in den Parteien darüber nach, wie die Alternative Liste am Einzug ins Parlament gehindert werden kann. Eingefallen ist ihnen bisher nur, die Frist für die Unterschriftensammlung zur Beteiligung an den Wahlen zu verkürzen. Die AL diskutiert über ihr Wahlprogramm in ihren bezirklichen Gremien, sie strebt ein breites Wahlbündnis an. Der KBW beteiligt sich an diesen Diskussionen.



1977 wurde der Steglitzer Kreisel zwangsversteigert. Für das Pleite gegangene Gebäude hatte der Senat ebenfalls eine Millionenbürgschaft gegeben. Mehrere Senatoren mußten deswegen zurücktreten.

Berlin-Förderungsgesetz: ausgefeilte Subventionen für die Kapitalisten

mig. In einem 1979 vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung im Auftrag des Westberliner Senats erstellten Gutachten über die staatlichen Förderungsmaßnahmen für Westberliner Kapitalisten im Vergleich zu ähnlichen Programmen im Bundesgebiet heißt es abschließend: „Berlin ist mit seinem Präferenzsystem gegenüber anderen westdeutschen Förderregionen deutlich im Vorteil. Der Vorsprung hat sich in den 70er Jahren sowohl gesamtwirtschaftlich als auch aus der Sicht einzelner Betriebe nicht verringert; er ist eher etwas größer geworden."

Schon 1950 wurden die Grundzüge der sog. Berlin-Förderung mit massiven Geldmitteln aus der Marshall-Plan-Hilfe der US-Imperialisten und Umsatzsteuerrückerstattungen gelegt. Die Fördermaßnahmen wurden unmittelbar nach dem Mauer-Bau 1961 mit Einführung einer Investitionszulage und Einkommensteuerermäßigungen ausgebaut. Das Berlin-Hilfe-Gesetz wurde 1968 für unbefristet erklärt und zwei Jahre später in das Berlin-Förderungs-Gesetz (BerlinFG) gegossen.

1979 betrugen die Subventionen aus dem BerlinFG 5320 Mio. DM, hinzu kommen weitere Zuwendungen; direkte Zuwendungen des Senats, Ausfallbürgschaften, wie jetzt die 115 Mio. DM aufgrund der Garski-Pleite, zinsverbilligte ERP-Kredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau. Die Kapitalisten machen die Subventionen als Steuerminderungen geltend, sie müs-

Auftrag des Westberliner Senats erstellten Gutachten über die staatlichen Förderungsmaßnahmen für Westberliner Kapitalisten im Vergleich zu ähnlichen Programmen im Bundesgebiet heißt es abschließend: „Berlin ist mit seinem Präferenzsystem gegenüber anderen westdeutschen Förderregionen deutlich im Vorteil. Der Vorsprung hat sich in den 70er Jahren sowohl gesamtwirtschaftlich als auch aus der Sicht einzelner Betriebe nicht verringert; er ist eher etwas größer geworden."

Schon 1950 wurden die Grundzüge der sog. Berlin-Förderung mit massiven Geldmitteln aus der Marshall-Plan-Hilfe der US-Imperialisten und Umsatzsteuerrückerstattungen gelegt. Die Fördermaßnahmen wurden unmittelbar nach dem Mauer-Bau 1961 mit Einführung einer Investitionszulage und Einkommensteuerermäßigungen ausgebaut. Das Berlin-Hilfe-Gesetz wurde 1968 für unbefristet erklärt und zwei Jahre später in das Berlin-Förderungs-Gesetz (BerlinFG) gegossen.

1979 betrugen die Subventionen aus dem BerlinFG 5320 Mio. DM, hinzu kommen weitere Zuwendungen; direkte Zuwendungen des Senats, Ausfallbürgschaften, wie jetzt die 115 Mio. DM aufgrund der Garski-Pleite, zinsverbilligte ERP-Kredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau. Die Kapitalisten machen die Subventionen als Steuerminderungen geltend, sie müs-

sen diese anders als in Westdeutschland nicht beantragen und begründen, sondern nur dem Finanzamt melden.

Wesentlicher Bestandteil des BerlinFG ist die sog. Absatzförderung. Bei Lieferungen von Westberlin ins Bundesgebiet und umgekehrt machen die Kapitalisten eine Kürzung der Umsatzsteuer von 4,2 bis 6% geltend. Aufgrund dieser Umsatzsteuerpräferenz zahlten die Kapitalisten 1979 1680 Mio. DM weniger. Begünstigt werden hierdurch vor allem Großunternehmen mit einem hohen Kapitalumschlag und entsprechend hohem Umsatzsteueraufkommen. Allein zu diesem Zweck ist in Westberlin die Kaffee- und Tabakherstellung aufgebläht worden. Begünstigt werden dadurch weiterhin Unternehmen, deren Hauptgewicht auf der kapitalintensiven Herstellung von relativ standardisierten Waren liegt, wie es in der Westberliner Elektro- und Maschinenbauindustrie vorherrschend ist, während dieselben Konzerne im Bundesgebiet zunehmend auf Produktion und Export von Produktionsanlagen und Produktionsinstrumenten umgestellt haben.

Gleichfalls begünstigt werden Unternehmen mit einer hohen Kapitalintensität (Bruttoanlagevermögen zu Beschäftigten) durch die steuerfreie Investitionszulage, die derzeit 12,5% bei Industriebauten, 20% bei Maschinen und Produktionsanlagen und 40% bei Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen beträgt. 1979 erhielten die Kapitalisten 348 Mio. DM. Von den Investi-

sondern nur dem Finanzamt melden.

Wesentlicher Bestandteil des BerlinFG ist die sog. Absatzförderung. Bei Lieferungen von Westberlin ins Bundesgebiet und umgekehrt machen die Kapitalisten eine Kürzung der Umsatzsteuer von 4,2 bis 6% geltend. Aufgrund dieser Umsatzsteuerpräferenz zahlten die Kapitalisten 1979 1680 Mio. DM weniger. Begünstigt werden hierdurch vor allem Großunternehmen mit einem hohen Kapitalumschlag und entsprechend hohem Umsatzsteueraufkommen. Allein zu diesem Zweck ist in Westberlin die Kaffee- und Tabakherstellung aufgebläht worden. Begünstigt werden dadurch weiterhin Unternehmen, deren Hauptgewicht auf der kapitalintensiven Herstellung von relativ standardisierten Waren liegt, wie es in der Westberliner Elektro- und Maschinenbauindustrie vorherrschend ist, während dieselben Konzerne im Bundesgebiet zunehmend auf Produktion und Export von Produktionsanlagen und Produktionsinstrumenten umgestellt haben.

Gleichfalls begünstigt werden Unternehmen mit einer hohen Kapitalintensität (Bruttoanlagevermögen zu Beschäftigten) durch die steuerfreie Investitionszulage, die derzeit 12,5% bei Industriebauten, 20% bei Maschinen und Produktionsanlagen und 40% bei Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen beträgt. 1979 erhielten die Kapitalisten 348 Mio. DM. Von den Investi-

tionen können die Kapitalisten innerhalb der ersten drei Jahre 75% steuerlich abschreiben. Durch diesen zinslosen Steuerkredit wird ihr verfügbares Geldkapital beträchtlich erhöht, 1979 insgesamt um 246 Mio. DM. Die meisten Kapitalisten nutzen diese Abschreibungsmöglichkeit schon im ersten Jahr voll aus. Bezieher hoher Einkommen erhalten bei Hingabe von Industrie- und Wohnbaukrediten zwar nur einen Zins, der etwas unter der üblichen Rate liegt, sie bekommen aber durch Anrechnung bis zu 50% ihrer Einkommensteuer erlassen. Das machte 1979 eine Steuerminderung von 442 Mio. DM aus. Die Kapitalisten zahlen in Westberlin 30% weniger Einkommensteuer und 15% weniger Körperschaftssteuer. Sie „sparten" dadurch 656 Mio. DM allein 1979.

Die Arbeitnehmerzulage – 8% des Bruttolohns – war in den 60er Jahren eingeführt worden, um die Abwanderungsbewegung aufzuhalten. Sie stellt eine Subventionierung von Lohnkosten für die Kapitalisten dar. Diese überweisen die Zulage mit dem Nettolohn und stellen sie dem Finanzamt als Steuerminderzahlung in Rechnung.

Finanziert werden die Förderungsmaßnahmen aus dem Steueraufkommen Westberlins, der Bundesländer und vor allem des Bundeshaushaltes. Subventioniert werden die Kapitalisten also großteils von den Lohnabhängigen. Diese Subventionen haben häufig den Charakter von Extraprofiten, die sich vor allem Großunternehmen in Westberlin einverleiben. In Anbetracht des Gesamtumfangs dieser Fördermaßnahmen erscheint auch die Bundeshilfe an den Westberliner Haushalt (1979: 8426 Mio.) im anderen Licht, wobei die Steuerzahlungen an den Bund in Höhe von 7547 Mio. DM noch in Rechnung zu stellen sind.

Während SPD, FDP und CDU vor allem auf Anraten der Industrie- und Handelskammer das BerlinFG ständig ausgefeilt und durch Maßnahmen wie Abschaffung der Lohnsummensteuer flankiert haben, hat sich der DGB

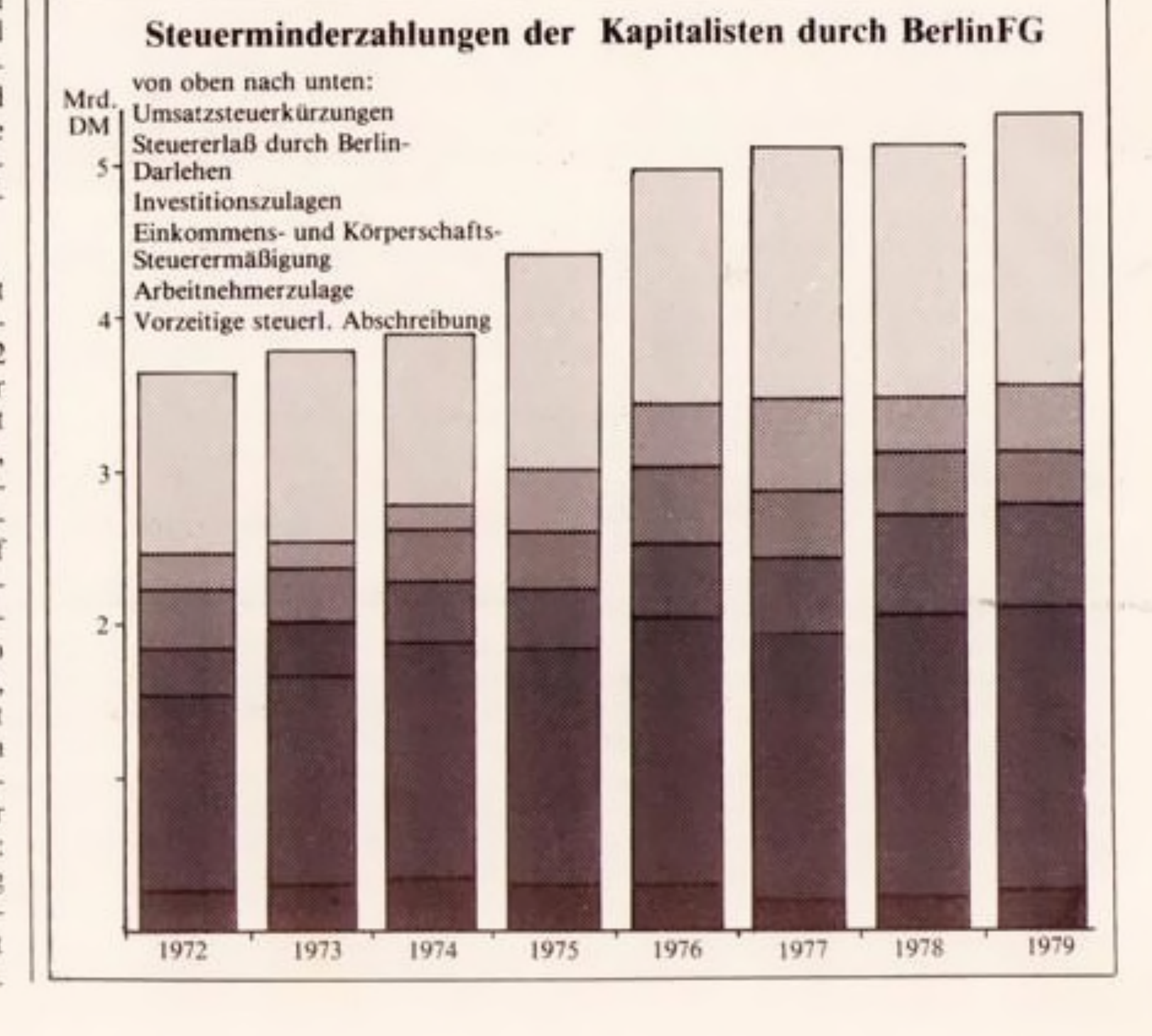
schaftssteuer. Sie „sparten" dadurch 656 Mio. DM allein 1979.

Die Arbeitnehmerzulage – 8% des Bruttolohns – war in den 60er Jahren eingeführt worden, um die Abwanderungsbewegung aufzuhalten. Sie stellt eine Subventionierung von Lohnkosten für die Kapitalisten dar. Diese überweisen die Zulage mit dem Nettolohn und stellen sie dem Finanzamt als Steuerminderzahlung in Rechnung.

Finanziert werden die Förderungsmaßnahmen aus dem Steueraufkommen Westberlins, der Bundesländer und vor allem des Bundeshaushaltes. Subventioniert werden die Kapitalisten also großteils von den Lohnabhängigen. Diese Subventionen haben häufig den Charakter von Extraprofiten, die sich vor allem Großunternehmen in Westberlin einverleiben. In Anbetracht des Gesamtumfangs dieser Fördermaßnahmen erscheint auch die Bundeshilfe an den Westberliner Haushalt (1979: 8426 Mio.) im anderen Licht, wobei die Steuerzahlungen an den Bund in Höhe von 7547 Mio. DM noch in Rechnung zu stellen sind.

Während SPD, FDP und CDU vor allem auf Anraten der Industrie- und Handelskammer das BerlinFG ständig ausgefeilt und durch Maßnahmen wie Abschaffung der Lohnsummensteuer flankiert haben, hat sich der DGB

Landesbezirk Berlin wiederholt gegen das jetzige Fördersystem ausgesprochen mit der Begründung, daß die Inanspruchnahme der Mittel durch Unternehmen mit kapitalintensiver Produktion standardisierter Produktionsverfahren die Westberliner Wirtschaftsstruktur noch krisenanfälliger mache und die Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen befördere. Eine „umfassende Diskussion" um das Förderungssystem wird gefordert.



Westberliner Filz – ein Ausschnitt

mig. „Wenn die Politiker für jede verlorene Bürgschaft ihren Hut nehmen müßten, dann sollten sie auch eine Prämie erhalten für jede Bürgschaft, die nicht fällig wird", so sprach der inzwischen aus dem Verkehr gezogene ehemalige Westberliner Wirtschaftssenator Lüder (FDP). Die Prämie erhalten sie für ihre treuen Dienste. Geregelt wird dies z.B. über Aufsichtsratsposten und den darüber anfallenden Tantiemen, Sitzungsgeldern usw.

In Westberlin sitzen die Senatoren in den Aufsichtsräten aller staatlichen Banken. Der ehemalige Bausenator Ristock (SPD) war Verwaltungsratsvorsitzender der Wohnungsbau-Kreditanstalt (WBK), Kreditinstitut des Landes zur Förderung des Wohnungsbaus. Stellvertretende Vorsitzende waren der Finanzsenator Riebschläger (SPD) und der Finanzsenator Lüder. Letzterer war auch Aufsichtsratsvorsitzender der Berliner Pfandbriefbank, ebenfalls zuständig für den Ausbau von Berlin-Darlehen, die den Pfandbriefzeichnern Einkommensteuerersparnisse bis zu 50% bringen. Lüders Stellvertreter in diesem Bankgremium war Riebschläger. Beide wiederum standen dem Verwaltungsrat der Sparkasse der Stadt Berlin vor. Gleichzeitig saßen sie im Aufsichtsrat der senatseigenen Berliner Bank, deren Vorsitzender Eduard Reuter vom Vorstand der Daimler Benz AG ist. Lüder und Riebschläger bildeten zusammen mit dem Präsidenten der Landeszentralbank Berlin, Hiss (SPD), den Bürgschaftsausschuß des Senats, der bekanntlich den windigen Kredit der Berliner Bank an Garskis Bautechnik KG durch eine Ausfallbürgschaft von 115 Mio. DM für die Bank absicherte.

Nun beschränken sich diese Personalunionen nicht auf die Regierungsparteien. Z.B. ist der CDU-Abgeordnete Franke Verwaltungsratsmitglied der WBK und gleichzeitig im Vorstand der DEGEWO, einer der großen „Sanierungsträger" in Kreuzberg und Wedding. Der CDU-Abgeordnete Landowsky ist sowohl Vorstandsmitglied der WBK wie der Berliner Pfandbrief-Bank.

Vorstandsmitglied der WBK ist seit kurzem auch wieder Riebschläger. Diesen Posten hatte er bereits schon 1972 vor seiner Berufung zum Bausenator inne. Damals war Riebschläger nicht von diesem Posten zurückgetreten, sondern hatte sich von der WBK beurlauben lassen und sich so eine Rückkehr gesichert. Jetzt wolle er nicht auf Kosten der Steuerzahler als Frühpensionär herumlaufen. Sein Senatorenruhegeld beläuft sich auch nur auf 58% seines Senatsgehalts von 157000 DM, also 91000 DM. Bei der WBK verdient er als Vorstandsmitglied dagegen 180000 DM im Jahr, die Nebenverdienste nicht mitgerechnet. Vor vier Wochen hatte Riebschläger erklärt: „Durch die Presseberichterstattung können sich die Berliner nur zwei Arten von Politikern vorstellen: korrupt oder unfähig." Unfähig sind sie nicht.

Zum Artikel: „Zur wirtschaftlichen Lage im Winter 1980/81", in KVZ 1–2/81, S. 8

Die Löhne steigen auch nach Beginn der Krise

... 2) In der KVZ 1–2/81 wird davon gesprochen wie bereits auch schon in den anderen Berichten, daß „die der Arbeiterbevölkerung zur Verfügung stehende Warenmasse nicht mehr steigt, sondern in den meisten Ländern bereits (sinkt)." ... Vom Genossen frb werden diese Zahlen aber noch anders verwendet, nämlich um folgendes zu beweisen: „Denn während der Kapitalismus einerseits die Tendenz hat, die Produktivkräfte grenzenlos zu entwickeln, so entwickelt er diese gleichzeitig durch Verarmung der Massen und untergräbt so die Bedingungen zur Realisierung des produktiven Wertes. Es ist daher nicht verwunderlich, wenn sich die Krise zunächst in einer Stockung der Nachfrage nach Gütern für den Konsum der Arbeiterbevölkerung zeigt" (KVZ 48/80). Das ist unserer Meinung nach weder theoretisch noch empirisch haltbar. Es gibt zahlreiche empirische Untersuchungen, daß die Löhne noch steigen, wenn die Krise schon begonnen hat, und sie noch sinken, wenn bereits ein Aufschwung begonnen hat (siehe z.B. Richter, Schlieper, Friedmann, „Makroökonomie"). Das ist auch nicht verwunderlich, denn zunächst und zuallererst zeigt sich die Krise in einem Stocken der Profitmacherei, in einem Sinken der Profitrate, was die Überakkumulation von Kapital zum Ausdruck bringt. Sinkt die Möglichkeit, das akkumulierte Kapital wieder gewinnträchtig anzulegen, sinkt auch die Bereitschaft zur Investition; das führt unter widersprüchlichen Entwicklungen dann ausgehend von der Produktionsmittelindustrie zu den verschiedenen Erscheinungen der Krise auch in den anderen Bereichen. Man kann nun natürlich feststellen, daß das Niveau der Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit usw. bereits bei Beginn der Krise so hoch war, daß dies sich sofort in sinkendem Konsum ausdrückt bzw. daß die Reallöhne bereits sinken oder daß das Zinsniveau so hoch ist, daß zum Beispiel die Leute die Aufnahme von Konsumentenkrediten scheuen, um langlebige Konsumgüter (Autos) zu kaufen. Man kann auch feststellen, daß trotz beginnender Krise *bestimmte* Investitionen weiterhin gemacht werden, die dann nicht gleich zu einem Zusammenbruch der Produktionsmittelindustrie führen usw. Das alles ist aber kein Nachweis dafür, daß sich die Krise „zunächst in einer Stockung der Nachfrage ..." usw. zeigt.

K.R., Wetzlar

***

Zum Artikel „Regierungskrise in Westberlin", KVZ 4/81, S.1–32

Welche Haltung hat der KBW zu den Berliner Ereignissen?

Ich halte den Artikel „Regierungskrise in Westberlin" deshalb für schlecht und ungeeignet, eine politische Richtschnur für die demokratische und revolutionäre Bewegung zu liefern, insofern er nicht Stellung bezieht zu der Frage: Welche Haltung hat der KBW zum Volksbegehren, ist es richtig, jetzt für Neuwahlen einzutreten?

Mittlerweile sind in dieser Angelegenheit Tausende von Unterschriften gesammelt worden, das war absehbar. Ich teile die Auffassung des Genossen söh nicht, daß sich der KBW angesichts der politischen Auseinandersetzung in Westberlin damit begnügen kann, zu kommentieren, daß diese „Stunde" „... eine Stunde der Bewegung gegen die parlamentarische Politik geworden" ist. Denn sofern sich die demokratische und revolutionäre Bewegung auf diese Haltung einläßt, verschenkt sie politische Möglichkeiten, der Durchsetzung ihrer Ziele näherzukommen. Ist es nicht politisch ausgesprochen gut, wenn in kürzester Zeit neu gewählt werden müßte, somit sich diese Herren Senatspolitiker auf die Straße und die Versammlungen begeben müßten und sich der Kritik und den Forderungen gerade auch der gegenwärtig in heftige Auseinandersetzungen verwickelten Bewegung gegen die Wohnraumzerstörung zu stellen hätten?

Und dies wäre ja das mindeste Ergebnis. Inwieweit politische Bündnisse möglich wären, die zu einer politisch erfolgreichen Kandidatur führen könnten, vermag ich nicht zu sagen. Allemal klar erscheint mir aber auch, daß, egal welche der bürgerlichen Parteien die nächste Regierung zu stellen hätte, diese Regierung sich einige Dinge so schnell nicht wieder leisten könnte. Ich bin also dafür, den Verschleißprozeß dieser bürgerlichen Politiker zu beschleunigen, mit Kommentaren, wie sich die Lage so entwickelt, kann dies aber nicht geleistet werden.

T.W., Hamburg

***

Zum Kommentar: „Türkei-Hilfen", KVZ 4/81, S. 2

Unterstützung des Kampfes gegen die türkische Militärjunta

Berichterstattung und Kommentierung über die Lage in der Türkei und die Kampfmaßnahmen türkischer Organisationen in der BRD gegen die Militärjunta sind nach meiner Meinung ein Skandal. Es sind mittlerweile genügend Fakten vorgelegt worden, die den Charakter der Militärjunta aufdecken: Zahlen über Verhaftungen, Folterungen und Morde, über Verbote von Parteien und Massenorganisationen der Arbeiterklasse und der Volksmassen liegen vor, Zahlen über die Entwicklung der wirtschaftlichen Abhängigkeit, Gesetzesmaßnahmen der Regierung zur Lohnsenkung, zur Verstärkung der Abhängigkeit vom Ausland sind bekannt. Dennoch sieht die KVZ anscheinend ihre Hauptaufgabe darin, sich mit der Solidaritätsbewegung in der BRD auseinanderzusetzen und sie zu kritisieren, was z.T. in abstoßend überheblicher Weise geschieht (so z.B. werden die Argumente für eine Forderung „Stopp der Türkeihilfe der BRD" gar nicht zur Kenntnis genommen, obwohl der Nachweis, daß erhebliche Gelder direkt in den Ausbau des Unterdrückungsapparates fließen, doch durchaus für diese Forderung spricht). In der Beurteilung der Militärjunta wird ziemlich leichtfertig die Position von „Aydinlik" übernommen, die – meines Wissens als einzige Gruppe – die Unterdrückung des „Terrorismus" durch die Militärjunta als positiv für die Volksmassen bezeichnet. Seit wann bejubeln die Kommunisten die Unterdrückung des individuellen Terrors (und bewaffneter Kämpfe von „terroristischen" Bauern um ihr Land gegen Übergriffe von Großgrundbesitzern) durch die herrschende Klasse der Kompradoren? Reicht zur Beurteilung eines Regimes als „kein Marionettenregime" denn aus, daß sich diese Regierung gegen Israel gestellt hat. Die Unterstützung des Kampfes gegen die Militärjunta reicht von Gliederungen der Falken und Jusos über Grüne/Bunte bis zu Gewerkschaften (OV Köln der IG Drupa, DGB Nürnberg). Man muß diesen Kampf unterstützen, anstatt meckernd am Rand zu stehen.

A.K., Köln

***

Frankfurt Die Stadt. CDU-Magistratspolitik 1977–81 – Berichte und Materialien – KBW

Zu beziehen über

Buchvertrieb Hager GmbH

Mainzer Landstraße 147 · Postf. 119151
6000 Frankfurt · Telefon 0611/730234

Aus der Einleitung:

Die vorliegende Broschüre zur Kommunalwahl 1981 soll es erleichtern, sich in den kommenden Auseinandersetzungen zurechtzufinden, und einen Beitrag dazu leisten, die Politik der CDU, die sich gegen die Arbeiterbewegung und das Volk richtet, zu enthüllen.

Inhalt:

Kinderversorgung – Eine Qual für Kinder, Eltern und Erzieher · Jugendpolitik der CDU: billig und reaktionär · Zur kommunalen Altersversorgung · Schulpolitik in den 4 Jahren CDU-Herrschaft · CDU-Verkehrspolitik in den ausgetretenen Pfaden der SPD · Wohnungspolitik in Frankfurt: Förderung von Spekulation und Eigentum · Die Beschäftigten der Stadtverwaltung kämpfen für die Wiedereinstellung ihrer Personalräte · US-Besatzer und Polizei: Die Aufrüstung entwickelt sich schwungvoll

Anhang: KBW – Vorschlag für ein Aktionsprogramm zu den Kommunalwahlen · DGB – Kommunalpolitisches Programm 1974 · CDU – Kommunalprogramm 1981–85 · SPD – Kommunalprogramm 1981–85 *Preis: 4 DM*

Zum Kommentar „Begriffsschwierigkeiten? Ein Vorschlag zur Klärung", KVZ 4/81, S. 2; s. auch: „Keine Zugeständnisse an die NATO. Keine Vorleistungen an die Sowjetunion", KVZ 5/81, S. 2

Rüstungsexport aus strategischen Interessen der BRD

Ich finde es falsch, die Änderung der Rüstungsexportpolitik aus rein ökonomischen Ursachen erklären zu wollen, wie es in dem Artikel geschieht: „Jetzt hat die Rüstungsproduktion einen solchen Umfang erreicht, daß das Rüstungskapital systematisch auf den Weltmarkt drängt." Unter diesem Gesichtspunkt besteht gar kein Unterschied zur Luxusproduktion, nur hat noch nie jemand etwas von einer Beschränkung des Exports von Luxuswaren durch Gesetz gehört.

Rüstungsexportpolitik der imperialistischen Staaten ist doch immer Militärpolitik, d.h. Schaffung von Abhängigkeiten, Gewinnung von Stützpunkten. Z.B. der Export von Leopard II: Wie in der Bild-Zeitung glaubwürdig stand, sind den NATO-Verbündeten mitsamt dem Panzer auch Instrukteure geschickt worden, um die Bedienung und Wartung des komplizierten Geräts anzuleiten. Dies wäre, so folgert der Autor, erst recht bei den Saudis notwendig. Neben Instrukteuren, und das sind Soldaten, entstehen Anhängigkeiten durch notwendige Ersatzteillieferungen. Es geht also nicht um biedere Kaufmannsgeschäfte, sondern um ganz handfeste imperialistische Absichten. Der Grund für die bisherige Beschränkung von Waffenexporten („Spannungsgebiete") liegt darin, daß die BRD-Imperialisten als Verlierer des Weltkriegs eine selbständige imperialistische Politik verboten bekamen von den USA, z.B. den Besitz von Atomwaffen. Aufgrund der wachsenden ökonomischen Stärke des BRD-Imperialismus ist ihm die Rolle als Handlanger der USA zu klein geworden, und er strebt die des Juniorpartners an, auch mit konkurrierenden Interessen. Folglich will er auch militärisch eine Macht in der Welt werden, ohne welche er unter Imperialisten nichts zählt.

Dies steckt dahinter, wenn die politischen Vertreter des BRD-Imperialismus jetzt erklären, beim Export von Waffen solle es nicht um die Frage von Spannungsgebieten gehen, sondern nur um das nationale – imperialistische – Interesse. Früher argumentierten diese Herren doch: „Unser oberstes Interesse ist der Frieden, deshalb kein Export in Spannungsgebiete". Darin drückt sich aus, daß der BRD-Imperialismus sich rauszuhalten hatte beim direkten Schlagabtausch zwischen den Supermächten bzw. den Imperialisten und den um Befreiung kämpfenden Völkern und nur der Unterstützer im Hintergrund sein durfte ohne Anspruch auf Beute. Jetzt ist das „oberste Interesse" – das eigene.

Meiner Meinung nach müßte der Auseinandersetzung mit dieser strategischen Politik und der entsprechenden ideologischen Offensive der Bourgeoisie ein zentraler Platz in der KVZ eingeräumt werden.

Was die Stellung der Arbeiterklasse zum Rüstungsexport betrifft, so finde ich es falsch, zu fordern: Waffen unentgeltlich an alle Länder der 3. Welt. Wie gegenüber der Außenpolitik der Bourgeoisie eigene Außenpolitik, muß sie auch deren Militärpolitik gegenüber eine eigene Militärpolitik entwickeln, d.h. Waffen an Befreiungsbewegungen und an bestimmte Länder der 3. Welt zu fairen Bedingungen, z.B. nicht an die Kriegsgegner Iran und Irak (wohl aber nach einem Friedensschluß).

U.M., Wiesbaden

Internationale Presse:

Zur Geiselfreilassung und dem Abkommen USA – Iran

wahrscheinlich seine *Kompetenzen überschritten* hat. Selbst der Rechtsanwalt, der die iranischen Interessen in New York vertritt, Paul O'Dwyer, zweifelt, daß das Dekret Carters rechtmäßig ist, welches die amerikanischen Staatsbürger auffordert, Ort und Umfang von Vermögenswerten des verstorbenen Schahs und seiner Angehöri-

mentiert Ball, das ausgehandelte Abkommen mit Iran gar nicht für ungültig zu erklären: „Es ist ungültig."

Die Illegalität des iranischen Vorgehens gegen die amerikanischen Diplomaten sei im übrigen, wie der Verfasser feststellt, hinlänglich durch den Spruch des Haager Gerichtshofes vom 24. Mai 1980 dokumentiert

tion der Schwäche heraus zu einer Übereinkunft über die Freilassung der Geiseln gezwungen zu sein.

Die „Süddeutsche Zeitung" vom 29.1. schreibt:

den anderen Bereichen. Man kann nun natürlich feststellen, daß das Niveau der Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit usw. bereits bei Beginn der Krise so hoch war, daß dies sich sofort in sinkendem Konsum ausdrückt bzw. daß die Reallöhne bereits sinken oder daß das Zinsniveau so hoch ist, daß zum Beispiel die Leute die Aufnahme von Konsumentenkrediten scheuen, um langlebige Konsumgüter (Autos) zu kaufen. Man kann auch feststellen, daß trotz beginnender Krise *bestimmte* Investitionen weiterhin gemacht werden, die dann nicht gleich zu einem Zusammenbruch der Produktionsmittelindustrie führen usw. Das alles ist aber kein Nachweis dafür, daß sich die Krise „zunächst in einer Stockung der Nachfrage ..." usw. zeigt.

K.R., Wetzlar

***



Zu beziehen über

Buchvertrieb Hager GmbH

Mainzer Landstraße 147 · Postf. 119151
6000 Frankfurt · Telefon 0611/730234

leisten, die Politik der CDU, die sich gegen die Arbeiterbewegung und das Volk richtet, zu enthüllen.

Inhalt:

Kinderversorgung – Eine Qual für Kinder, Eltern und Erzieher · Jugendpolitik der CDU: billig und reaktionär · Zur kommunalen Altersversorgung · Schulpolitik in den 4 Jahren CDU-Herrschaft · CDU-Verkehrspolitik in den ausgetretenen Pfaden der SPD · Wohnungspolitik in Frankfurt: Förderung von Spekulation und Eigentum · Die Beschäftigten der Stadtverwaltung kämpfen für die Wiedereinstellung ihrer Personalräte · US-Besatzer und Polizei: Die Aufrüstung entwickelt sich schwungvoll

Anhang: KBW – Vorschlag für ein Aktionsprogramm zu den Kommunalwahlen · DGB – Kommunalpolitisches Programm 1974 · CDU – Kommunalprogramm 1981–85 · SPD – Kommunalprogramm 1981–85 *Preis: 4 DM*

Zum Kommentar „Begriffsschwierigkeiten? Ein Vorschlag zur Klärung", KVZ 4/81, S. 2; s. auch: „Keine Zugeständnisse an die NATO. Keine Vorleistungen an die Sowjetunion", KVZ 5/81, S. 2

Rüstungsexport aus strategischen Interessen der BRD

Ich finde es falsch, die Änderung der Rüstungsexportpolitik aus rein ökonomischen Ursachen erklären zu wollen, wie es in dem Artikel geschieht: „Jetzt hat die Rüstungsproduktion einen solchen Umfang erreicht, daß das Rüstungskapital systematisch auf den Weltmarkt drängt." Unter diesem Gesichtspunkt besteht gar kein Unterschied zur Luxusproduktion, nur hat noch nie jemand etwas von einer Beschränkung des Exports von Luxuswaren durch Gesetz gehört.

kämpfenden Völkern und nur der Unterstützer im Hintergrund sein durfte ohne Anspruch auf Beute. Jetzt ist das „oberste Interesse" – das eigene.

Meiner Meinung nach müßte der Auseinandersetzung mit dieser strategischen Politik und der entsprechenden ideologischen Offensive der Bourgeoisie ein zentraler Platz in der KVZ eingeräumt werden.

Was die Stellung der Arbeiterklasse zum Rüstungsexport betrifft, so finde ich es falsch, zu fordern: Waffen unentgeltlich an alle Länder der 3. Welt. Wie gegenüber der Außenpolitik der Bourgeoisie eigene Außenpolitik, muß sie auch deren Militärpolitik gegenüber eine eigene Militärpolitik entwickeln, d.h. Waffen an Befreiungsbewegungen und an bestimmte Länder der 3. Welt zu fairen Bedingungen, z.B. nicht an die Kriegsgegner Iran und Irak (wohl aber nach einem Friedensschluß).

U.M., Wiesbaden

Internationale Presse:

Zur Geiselfreilassung und dem Abkommen USA – Iran

„The Economist", britische Wochenzeitschrift, vom 24.–30.1.

Kein Kompromiß, sondern erniedrigender iranischer Abstieg

Betrachtet man es von der Höhe der iranischen Forderungen, die nach der Geiselnahme aufgestellt wurden, so ist der Handel kein Kompromiß, sondern ein erniedrigender iranischer Abstieg. Die Iraner forderten zunächst die Auslieferung des Schahs; er kam nicht mehr zurück. Sie forderten ein amerikanisches Zugeständnis, für frühere Einmischung im Iran verantwortlich zu sein; nichts kam heraus. Sie forderten die Rückgabe des Vermögens des Schahs; es ist nicht gekommen, und ziemlich sicher wird nur sehr wenig kommen. Sie forderten die Streichung aller bestehenden amerikanischen Forderungen gegenüber dem Iran. Statt dessen strich die amerikanische Regierung nur ihre eigenen Forderungen und stimmte zu, alle Forderungen, die sich aus der Haft der Geiseln ergeben, zu unterbinden, aber andere Kläger können ihre Forderung gegenüber einem Fonds geltend machen, der während der nächsten 6 Monate einer Höhe von wenigstens 500 Mio. $ von nach Hause transferiertem iranischem Geld gehalten werden muß.

Die Iraner sicherten sich ein Ende des Einfrierens ihrer Vermögenswerte und der westlichen wirtschaftlichen Sanktionen. Aber es wäre nichts eingefroren worden, es hätte keine Sanktionen gegeben, wären nicht die Geiseln genommen worden. Auch scheint die Freigabe nicht die militärische Ausrüstung im Wert von 500 Mio. $ zu umfassen, die vom Iran bezahlt ist und für seinen Krieg mit dem Irak gebraucht wird – damit die amerikanische Neutralität in diesem Krieg erhalten bleibt. Erst im letzten Dezember noch forderten die Iraner insgesamt 24 Mrd. $ von Amerika. Sie haben gerade 2,85 Mrd. $ ihres eigenen Geldes erhalten, können bis 4 Mrd. $ bekommen, aber es ist unwahrscheinlich, daß sie weitere 4 Mrd. $ an Vermögenswerten, die sie ursprünglich gefordert hatten, sehen werden.

Sieht man auf das Ergebnis von amerikanischer Seite aus, so sind die Zugeständnisse klein, aber nicht unbedeutend. Das amerikanische Versprechen hat den Beigeschmack von „Ich will meine Frau nicht mehr schlagen". Der Versuch der amerikanischen Regierung, ihre Bürger daran zu hindern, den Iran für das, was er den Geiseln getan hat, zu verklagen – was schlimmer als befürchtet war, wie Mr. Carter sagte, als er die Geiseln in Westdeutschland begrüßte – ist ungerecht. Aber es kann sein, daß sich herausstellt, daß dies keine Bedeutung hat, da dies wahrscheinlich auch verfassungswidrig ist. Das Versprechen, Vermögenswerte des Schah und der Familienmitglieder einzufrieren und Bankiers zur Preisgabe all dieser Konten, die sie noch führen, zu bringen, ist zweifelhaft. Hier haben sich die Amerikaner die Hände gebunden, da sie einem verbindlichen Schiedsspruch zugestimmt haben – der dem Iran einen Ausgleich zuerkennen kann – falls der Kongreß oder die Gerichte sich weigern, dies Versprechen auszuführen.

Die „Neue Zürcher Zeitung" am 24.1.:

Ist das Abkommen rechtmäßig?

Das Abkommen Carters mit der iranischen Regierung über die Freilassung der 52 Geiseln und die Freigabe blockierter iranischer Vermögenswerte wird zuerst von der *Regierung Reagan* und später voraussichtlich vom *Kongreß* genau überprüft werden. Reagan behält sich seinen Entscheid darüber vor. Nach den internationalen Regeln müßte sich die neue amerikanische Regierung an die Vereinbarungen Carters halten.

Aber es gibt zwei Punkte, in denen Carter wahrscheinlich seine *Kompetenzen überschritten* hat. Selbst der Rechtsanwalt, der die iranischen Interessen in New York vertritt, Paul O'Dwyer, zweifelt, daß das Dekret Carters rechtmäßig ist, welches die amerikanischen Staatsbürger auffordert, Ort und Umfang von Vermögenswerten des verstorbenen Schahs und seiner Angehörigen anzumelden. Den amerikanischen *Gerichten* wird ferner nahegelegt, dem Schah nicht die Immunität als Staatsoberhaupt zuzuerkennen oder die Einsprache zuzulassen, daß er im Namen des iranischen Staates gehandelt habe. Ferner ist es fraglich, ob die Gerichte in den Vereinigten Staaten die Vereinbarung mit Iran akzeptieren werden, nach welcher Amerikaner weder vor amerikanischen Gerichten gegen Iran klagen noch das internationale Schiedsgericht anrufen dürften.

Die „Welt" schreibt am 28.1. zum selben Thema:

Die veröffentlichte Meinung in den USA ist durchweg gespalten über die Frage, ob Washington das mit den Iranern ausgehandelte Abkommen zur Befreiung der Geiseln einhalten sollte oder nicht. In die Diskussion hat sich jetzt auch George Ball eingeschaltet, der in der Johnson-Regierung als Staatssekretär im State Department diente und heute als Berater für Außenpolitik und internationale Rechtsfragen tätig ist.

Ball nahm in der „Washington Post" eindeutig Partei für die „Ablehnungsfront"; er warnte lediglich vor allzu ostentativen Gesten der Zurückweisung, da viele Nebenaspekte zu berücksichtigen seien, so vor allem die Rolle der Algerier beim Zustandekommen der Vereinbarung, die Rücksicht auf die Gemäßigten in der iranischen Regierung, schließlich Amerikas internationaler Ruf.

Die Argumente des Juristen gegen das Abkommen stützen sich wesentlich auf nachprüfbare internationale Abmachungen. So weist Ball auf die Wiener Konvention über die Gesetze zur Einhaltung von Verträgen (1969) hin, in der es unter Artikel 52 heißt, daß Verträge ungültig sind, „die unter der Drohung oder der Anwendung von Gewalt zustande gekommen" sind. Präsident Reagan brauche daher, so argumentiert Ball, das ausgehandelte Abkommen mit Iran gar nicht für ungültig zu erklären: „Es ist ungültig."

Die Illegalität des iranischen Vorgehens gegen die amerikanischen Diplomaten sei im übrigen, wie der Verfasser feststellt, hinlänglich durch den Spruch des Haager Gerichtshofes vom 24. Mai 1980 dokumentiert worden. Damals wurde Iran aufgefordert, die Geiseln sofort freizulassen; für seine Gewalttat sei Teheran außerdem „ersatzpflichtig". Der Haager Internationale Gerichtshof stützte sich in seinem Urteil vor allem auf das durch Iran verletzte Recht auf Legation, wie es die Wiener Konvention über diplomatische Beziehungen (1961) festgelegt hat.

Die „Tageszeitung" vom 27.1. schreibt:

Der Imperialismus reibt sich die Hände

Die bisher schärfste Kritik an dem Abkommen von Algier übte am Sonntag Banisadrs Zeitung „Islamische Revolution". Ohne Umschweife warf das Blatt den iranischen Verhandlungsführern vor, das iranische Volk betrogen zu haben. Keine der vier Bedingungen, die das iranische Parlament im November auf die Weisung von Imam Khomeini an die Freilassung der Amerikaner geknüpft hatte – amerikanische Nichteinmischung, Rückerstattung der blockierten iranischen Guthaben, Einstellung der Pfändungsklagen gegen Iran, Rückerstattung des Schahvermögens – sei erfüllt worden. Die Zeitung Banisadrs bezeichnete es als falsch, von einem iranischen Sieg im Zusammenhang mit dem Abkommen zu sprechen. Der Imperialismus könne sich die Hände reiben: Iran habe nur 2,7 von 13,9 Milliarden eingefrorener Dollar erhalten. Was den Rest angehe, sei völlig ungewiß. Die „Islamische Revolution" wies auf die Verluste hin, die sich für Iran aus dem westlichen Wirtschaftsboykott in der Folge der Geiselnahme ergaben. Diese Frage habe viel schwerere Probleme wie die Senkung der Produktion verschleiert. Banisadr hatte von Anfang an eine kritische Position gegenüber der Botschaftsbesetzung vertreten und davor gewarnt, eines Tages aus einer Position der Schwäche heraus zu einer Übereinkunft über die Freilassung der Geiseln gezwungen zu sein.

Die „Süddeutsche Zeitung" vom 29.1. schreibt:

Bericht über Mißhandlungen relativiert

Eine der beiden freigelassenen Frauen hat bestritten, daß sie gegenüber dem Nachrichtenmagazin *Newsweek* Angaben über angebliche Mißhandlungen während ihrer Haftzeit im Iran gemacht habe. Auf einer Pressekonferenz erklärte die 39jährige Elisabeth Ann Smith, sie habe niemals mit einem Mitarbeiter der Zeitschrift gesprochen. *Newsweek* hatte unter wörtlicher Zitierung von Frau Smith geschrieben, sie sei von einem Geiselnehmer mit einer Todesdrohung gequält worden. Ein Mitarbeiter der Zeitschrift erklärte auf Befragen, man habe sich inzwischen wegen dieser Darstellung bei Frau Smith schriftlich entschuldigt und eine Untersuchung eingeleitet.

Das amerikanische Außenministerium ist nach Angaben seines Sprechers William Dyess noch nicht bereit, einen Bericht über die Behandlung der Geiseln im Iran vorzulegen. Dyess bezog sich auf Beschwerden einiger Heimkehrer, daß die Berichte über Folter während der Geiselhaft übertrieben seien. Der Auswärtige Ausschuß des Senats hat beschlossen, für die nächste Zeit geplante Anhörungen über die Geiselaffäre vorläufig aufzuschieben und abzuwarten, bis die erste Aufregung nachgelassen hat.

Und in der „Frankfurter Rundschau" vom 24.2. heißt es dazu:

Der römisch-katholische Priester Darrell Rupiper, der die US-Geiseln in Iran zweimal besucht hatte, sagte, er sei ebenfalls von den Berichten über Mißhandlungen überrascht. Die Geiseln, die er Ostern 1980 persönlich gesprochen habe, seien voll des Lobes darüber gewesen, wie sie behandelt worden seien. Rupiper zweifelt daran, daß sich die Häftlinge nur aus Furcht vor Repressalien so äußerten.

Polen: Wichtige Forderungen der ,,Solidarität'' bleiben unerfüllt

krk. In der Nacht vom Freitag auf Samstag einigte sich die Gewerkschaft ,,Solidarität'' mit der Regierungskommission in Warschau auf einen Kompromiß: die Forderung der Gewerkschaft nach Einführung der 40-Stunden-Woche wird prinzipiell erfüllt, wegen der angespannten Wirtschaftslage wird jedoch in diesem Jahr noch an jeweils einem Samstag im Monat gearbeitet. Die Gewerkschaft hat auch nicht ausgeschlossen, daß bei Nachweis eines dringenden Bedarfs auch an anderen Samstagen gearbeitet werden kann, die geleisteten Stunden müssen dann allerdings als Überstunden bezahlt werden. Auch in der Frage des Zugangs der ,,Solidarität'' zu den Massenmedien ist eine Einigung erzielt worden. Dem Plan der Gewerkschaft, eine Wochenzeitung herauszugeben, hat die Regierungskommission zustimmen müssen. Die erste Ausgabe wird Mitte Februar erscheinen, mit einer Startauflage von 600 000 Exemplaren. Chefredakteur wird der bisherige Chefredakteur der Katholischen Monatszeitschrift ,,Wiez'', Mazowieski.

Die Erfüllung der Forderungen nach Abschaffung der Pressezensur und der Zulassung der ,,Land-Solidarität'' lehnt die Regierung weiterhin ab, sie scheint in diesen Fragen keinerlei Kompromisse eingehen zu wollen. Erst vergangene Woche erklärte ein Vertreter der Warschauer Staatsanwaltschaft, an den bisherigen Bestimmungen über die Zensur hätte sich nichts geändert, auch wenn die Vielzahl der unzensiert erscheinenden Presseprodukte einen anderen Eindruck vermitteln sollte. Sie alle würden geprüft, und wenn es sich als notwendig erweisen sollte, wird man gegen sie gerichtlich vorgehen. Am gleichen Tag haben die Parlamentsjournalisten beschlossen, den Kampf für die Lockerung der Zensurbestimmungen aufzunehmen.

Da die nicht erfüllten Forderungen für die Volksmassen wichtig sind, werden die Auseinandersetzungen in Polen weiter andauern. Härtere Methoden hat der Ministerrat am 29.1. in einem Kommunique angedroht: ,,Der Ministerrat erklärt, daß er im Rahmen seiner verfassungsmäßigen Rechte verpflichtet ist, Recht, Ordnung und Disziplin zu sichern.'' Fast gleichzeitig verstärken sich die Angriffe der UdSSR und der ihr hörigen KP-Führungen. Am 28.1. beschuldigte Tass die ,,Solidarität'' in einer Meldung, sie wende Methoden wie ,,Erpressung, Drohungen und Provokationen'' an und greife nun direkt zu physischer Gewalt. ,,Die Führer und Extremisten in der ,Solidarität' (erheben) immer arrogantere politische Forderungen und stellen dabei die Gewerkschaft ,Solidarität' in eine Position der politischen Opposition zur PVAP.'' Noch weiter gehen die Angriffe in der tschechoslowakischen Presse, wo inzwischen nur noch von ,,Walesas Gewerkschaft'' die Rede ist, welche als ,,Terroristenorganisation'' bezeichnet wird.

Vietnamesische Aggressoren in einer Sackgasse

Um so intensivere diplomatische Intrigen, um die ASEAN-Staaten zu spalten

lup. Es ist jetzt 2 Monate her, seit in Kampuchea die Ende November einsetzende Trockenzeit begonnen hat. Trotzdem haben die vietnamesischen Aggressoren noch keinerlei größere Operationen gegen die Stützpunkte und befreiten Gebiete des Demokratischen Kampuchea durchführen können und sich bislang auf kleinere Angriffe beschränkt, die allesamt von den Guerillaeinheiten des Demokratischen Kampuchea zurückgeschlagen werden konnten. Im letzten Jahr noch hatten die vietnamesischen Truppen unmittelbar zu Beginn der Trockenzeit durch größere Operationen ihre großangekündigte Trockenzeitoffensive eingeleitet. Dies sei, so erklärte der Ministerpräsident Khieu Samphan gegenüber thailändischen Journalisten, eine der Tatsachen, die zeigen, daß es dem Demokratischen Kampuchea gelungen sei, während des letzten Jahres eine strategische Wende herbeizuführen.

Diese Angaben der Regierung des Demokratischen Kampuchea werden auch durch ausländische Presseberichte bestätigt. Thailändische Zeitungen hätten in gewissem Umfang Truppen von der thailändischen Grenze abziehen müssen, um ihre Positionen im Inneren Kampucheas zu verstärken. Vietnamesische Kommandeure hätten wiederholt verlangt, schlecht ausgebildete und unzuverlässige Rekruten aus Südvietnam durch Eliteeinheiten aus Nordvietnam zu ersetzen. Unterdessen haben die Hanoier Machthaber in Vietnam erneut zu einer Mobilisierung der wehrpflichtigen Jugend zwischen 17 und 25 Jahren aufgerufen, um die Armee erneut aufzustocken, die mit 1,2 Mio. Mann bereits 17% der arbeitsfähigen männlichen Bevölkerung umfaßt.

Vor dem Beginn der Außenministerkonferenz der Blockfreien, die Februar in Neu-Delhi stattfindet, hat Hanoi jetzt erneut seine diplomatischen Manöver verstärkt, die auf Spaltung der internationalen Front zur Unterstützung des Demokratischen Kampuchea abzielen. Das von Vietnam eingesetzte Marionettenregime in Phnom Penh hat Kuba in seiner Eigenschaft als vorsitzender Staat der Blockfreienbewegung eingeladen, die von den vietnamesischen Truppen vorübergehend besetzten Gebiete zu besuchen. Soweit konnten Fidel Castro und sein Regime nun aber dann doch nicht gehen, nachdem 2/3 der Mitgliedsstaaten der Blockfreienbewegung in der UNO für den Abzug der vietnamesischen Truppen aus Kampuchea gestimmt hatten. Es ist schon sicher, daß in Neu-Delhi die Frage des Sitzes des Demokratischen Kampuchea auf die Tagesordnung kommt, auch wenn noch nicht sicher ist, ob es

haben die Hanoier Machthaber in Vietnam erneut zu einer Mobilisierung der wehrpflichtigen Jugend zwischen 17 und 25 Jahren aufgerufen, um die Armee erneut aufzustocken, die mit 1,2 Mio. Mann bereits 17% der arbeitsfähigen männlichen Bevölkerung umfaßt.

Vor dem Beginn der Außenministerkonferenz der Blockfreien, die Februar in Neu-Delhi stattfindet, hat Hanoi jetzt erneut seine diplomatischen Manöver verstärkt, die auf Spaltung der internationalen Front zur Unterstützung des Demokratischen Kampuchea abzielen. Das von Vietnam eingesetzte Marionettenregime in Phnom Penh hat Kuba in seiner Eigenschaft als vorsitzender Staat der Blockfreienbewegung eingeladen, die von den vietnamesischen Truppen vorübergehend besetzten Gebiete zu besuchen. Soweit konnten Fidel Castro und sein Regime nun aber dann doch nicht gehen, nachdem 2/3 der Mitgliedsstaaten der Blockfreienbewegung in der UNO für den Abzug der vietnamesischen Truppen aus Kampuchea gestimmt hatten. Es ist schon sicher, daß in Neu-Delhi die Frage des Sitzes des Demokratischen Kampuchea auf die Tagesordnung kommt, auch wenn noch nicht sicher ist, ob es
gelingen wird, die einseitige Entscheidung Fidel Castros aufzuheben, der auf dem letzten Gipfeltreffen der Blockfreien den Sitz des Demokratischen Kampuchea für vakant erklärt hatte.

Nguyen Co Thach, der vietnamesische Außenminister, hat am 24. Januar in einem Interview mit der ,,Süddeutschen Zeitung'' erneut erklärt, Vietnam werde seine Truppen erst dann aus Kampuchea abziehen, wenn die ,,chinesische Bedrohung Vietnams'' aufhöre. Diese angebliche chinesische Bedrohung Vietnams soll darin bestehen, daß China und die ASEAN-Staaten die legitime Regierung des Demokratischen Kampuchea nach wie vor anerkennen und unterstützen. Die gleiche Forderung hatte eine sowjetische Regierungsdelegation in Bangkok an die thailändische Regierung gestellt und zudem Druck auf die thailändische Regierung gemacht, in bilaterale Verhandlungen mit Hanoi über ,,Frieden und Sicherheit in Südostasien'' einzutreten. Ergebnislos. Die thailändische Regierung hat an ihrem Standpunkt festgehalten, daß nicht sie sich mit Vietnam in Kriegszustand befindet, daß die Probleme in Südostasien aus der vietnamesischen Besetzung Kampucheas herrühren und sie diese nicht als fait accompli hinnehmen werde. Sie hat zudem auf die letzte Kampuchea-Resolution der UNO verwiesen, die den Abzug der vietnamesischen Truppen und die Einberufung einer internationalen Kampuchea-Konferenz fordert. Vietnam versucht jetzt, diese UNO-Resolution mit dem Vorschlag zu kontern, eine gemeinsame Konferenz zwischen den ASEAN-Staaten und den ,,3 indochinesischen Staaten'' über Frieden und Sicherheit in Südostasien durchzuführen. Auf dieser Konferenz könne ohne Vorbedingungen über alles, auch über Kampuchea, gesprochen werden – nachdem die vietnamesische Aggression in Kampuchea durch Teilnahme seiner Marionettenregierung bereits anerkannt worden ist.

Die vietnamesischen Intrigen setzten stets an der Tatsache an, daß manche ASEAN-Regierungen, insbesondere aber die westlichen Imperialisten, gerne die Regierung des Demokratischen Kampuchea ausgeschaltet und durch eine ,,Dritte Kraft'' ersetzt sähen, in Form Norodom Sihanouks oder Son Sanns. Entsprechende Absichten scheitern aber an der Tatsache, daß die Regierung des Demokratischen Kampuchea die einzige Kraft ist, die den Kampf gegen die vietnamesischen Aggressoren effektiv führt. Dieser Kampf aber dient dem Interesse, insbesondere der ASEAN-Staaten, das Vordringen Vietnams und der Sowjetunion in Südostasien zu stoppen.

Um den Spaltungsbemühungen der vietnamesischen Aggressoren noch wirksamer begegnen zu können und die internationale Einheitsfront gegen die vietnamesische Aggression besser zu sichern, verstärkt die Regierung des Demokratischen Kampuchea ihre Bemühungen, alle Kräfte und Organisationen, so gering auch ihre effektive Stärke im Land ist, in die Front gegen Vietnam einzubeziehen und auch an der Regierung zu beteiligen. Diese Bemühungen hat auch der Sohn Sihanouks, Norodom Naridropong, öffentlich unterstützt. In einem Interview mit der ,,Bangkok Post'' im Demokratischen Kampuchea hat Naridropong am 13. Januar seinen Vater aufgefordert, sich der Regierung des Demokratischen Kampuchea im Kampf gegen die vietnamesische Aggression anzuschließen.

Spendenkonto für das Demokratische Kampuchea:
Frankfurter Volksbank EG, Mainzer Landstraße 150, Kto.-Nr. 01/27132 - 6
Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW) *Spendenkonto Kampuchea*

Der Unterstützung dieser Bemühungen dienen auch die Kontakte, die die Regierung der VR China auf Basis der Anerkennung der Regierung des Demokratischen Kampuchea zu verschiedenen kampucheanischen Kräften unterhält. Etwa zu Norodom Sihanouk trotz der Ausfälle, die er immer wieder gegen das Demokratische Kampuchea unternimmt. Auch die Einladung an Son Sann, der Anfang dieses Monats die VR China besucht hatte, diente diesem Zweck.



die vietnamesische Aggression in Kampuchea durch Teilnahme seiner Marionettenregierung bereits anerkannt worden ist.

Die vietnamesischen Intrigen setzten stets an der Tatsache an, daß manche ASEAN-Regierungen, insbesondere aber die westlichen Imperialisten, gerne die Regierung des Demokratischen Kampuchea ausgeschaltet und durch eine ,,Dritte Kraft'' ersetzt sähen, in Form Norodom Sihanouks oder Son Sanns. Entsprechende Absichten scheitern aber an der Tatsache, daß die Re-

Der Unterstützung dieser Bemühungen dienen auch die Kontakte, die die Regierung der VR China auf Basis der Anerkennung der Regierung des Demokratischen Kampuchea zu verschiedenen kampucheanischen Kräften unterhält. Etwa zu Norodom Sihanouk trotz der Ausfälle, die er immer wieder gegen das Demokratische Kampuchea unternimmt. Auch die Einladung an Son Sann, der Anfang dieses Monats die VR China besucht hatte, diente diesem Zweck.



Transportgruppe von Frauen befördert Getreide an die Front

Labour-Parteitag beschließt Wahlverfahren / Spaltung angedroht

gkr. Am 24.1. führte ein Sonderparteitag der britischen Labour-Party aus, was auf dem Parteitag Anfang Oktober 1980 im Prinzip beschlossen war: ein neues Wahlverfahren für den Vorsitzenden der Partei. Bisher wurde dieser alleine von der Parlamentsfraktion der Labour-Party gewählt und hatte bei der Formulierung der Wahlplattform ein Veto-Recht. Es handelt sich bei der Parlamentsfraktion mithin fast um eine eigenständige Partei. Die Labour-Party ihrerseits ist, ein Ergebnis der Gründungsgeschichte, in erster Linie ein Zusammenschluß der meisten Gewerkschaften. Diese verfügen nun, jeweils als ein Block, über insgesamt 90% der Stimmen. Die Anzahl der Stimmen einer Einzelgewerkschaft richtet sich nach den Zahlungen in die Parteikasse. So hat z.B. die TGWU (Transportarbeitergewerkschaft), die stärkste britische Gewerkschaft, 1,25 Mio. Stimmen, fast 20% aller Stimmen auf dem Labour-Parteitag. Die Mitglieder in den ca. 600 Wahlbezirks-

auf Direktwahl durch die Mitglieder erhielt gerade 5% der abgegebenen Stimmen. Er hätte nichts anderes bedeutet, als erneut die Mehrzahl der Mitglieder von einer Wahl auszuschließen. Mit 3,4 Mio. Stimmen wurde für die Aufteilung innerhalb des Wahlmännergremiums folgender Schlüssel festgelegt: 40% für die Gewerkschaften, je 30% für die Parlamentsfraktion und die Wahlbezirksgruppen. Michael Foots (derzeitiger Vorsitzender) Kompromißversuch (50% für die Parlamentsfraktion, je 25% für Gewerkschaften und Wahlbezirksgruppen) wurde bei 2,9 Mio. Stimmen abgelehnt.

Die Gewerkschaften konnten mit dem Beschluß ihre Position in dem Konflikt zwischen Regierungs- bzw. Parlaments-Gewerkschaftsfraktion stärken. Für einige ehemalige Regierungsmitglieder und jetzt Mitglieder eines Schattenkabinetts war dies der Anlaß, einen ,,Rat für Sozialdemokratie'' zu bilden und damit eine Abspaltung

Labour-Parteitag beschließt Wahlverfahren / Spaltung angedroht

gkr. Am 24.1. führte ein Sonderparteitag der britischen Labour-Party aus, was auf dem Parteitag Anfang Oktober 1980 im Prinzip beschlossen war: ein neues Wahlverfahren für den Vorsitzenden der Partei. Bisher wurde dieser alleine von der Parlamentsfraktion der Labour-Party gewählt und hatte bei der Formulierung der Wahlplattform ein Veto-Recht. Es handelt sich bei der Parlamentsfraktion mithin fast um eine eigenständige Partei. Die Labour-Party ihrerseits ist, ein Ergebnis der Gründungsgeschichte, in erster Linie ein Zusammenschluß der meisten Gewerkschaften. Diese verfügen nun, jeweils als ein Block, über insgesamt 90% der Stimmen. Die Anzahl der Stimmen einer Einzelgewerkschaft richtet sich nach den Zahlungen in die Parteikasse. So hat z.B. die TGWU (Transportarbeitergewerkschaft), die stärkste britische Gewerkschaft, 1,25 Mio. Stimmen, fast 20% aller Stimmen auf dem Labour-Parteitag. Die Mitglieder in den ca. 600 Wahlbezirks-
kommen dagegen insgesamt höchstens auf 700000 Mitglieder, etwa 10%. Die so zusammengesetzten Parteitage beschlossen das Parteiprogramm und wählten den Parteivorstand.

Der Sonderparteitag legte fest, daß der Vorsitzende jährlich von einem Wahlmännergremium, parallel zu den Parteitagen, zu wählen sei. Der von Owen, einem derjenigen, die mit Abspaltung drohen, unterstützte Antrag

auf Direktwahl durch die Mitglieder erhielt gerade 5% der abgegebenen Stimmen. Er hätte nichts anderes bedeutet, als erneut die Mehrzahl der Mitglieder von einer Wahl auszuschließen. Mit 3,4 Mio. Stimmen wurde für die Aufteilung innerhalb des Wahlmännergremiums folgender Schlüssel festgelegt: 40% für die Gewerkschaften, je 30% für die Parlamentsfraktion und die Wahlbezirksgruppen. Michael Foots (derzeitiger Vorsitzender) Kompromißversuch (50% für die Parlamentsfraktion, je 25% für Gewerkschaften und Wahlbezirksgruppen) wurde bei 2,9 Mio. Stimmen abgelehnt.

Die Gewerkschaften konnten mit dem Beschluß ihre Position in dem Konflikt zwischen Regierungs- bzw. Parlaments-Gewerkschaftsfraktion stärken. Für einige ehemalige Regierungsmitglieder und jetzt Mitglieder eines Schattenkabinetts war dies der Anlaß, einen ,,Rat für Sozialdemokratie'' zu bilden und damit eine Abspaltung
vorzubereiten. Shirley Williams, David Owen, Bill Rodgers und der ehemalige Präsident der EG-Kommission unterzeichneten ein programmatisches Papier, das mittlerweile mindestens 9 weitere Labour-Parlamentarier unterstützten. Wichtige Punkte darin sind der Verbleib in der EG und die Unterstützung der NATO, beide Punkte stehen im Gegensatz zu den Beschlüssen des Labour-Parteitags vom Oktober letzten Jahres.

Begin will vor Neuwahlen Siedlungspolitik verstärken

lup. Noch vor den vorgezogenen Neuwahlen will die Regierung Begin ihre Siedlungspolitik am Westufer des Jordans verstärken. Die Neuwahlen sind für den 17. Juni diesen Jahres angesetzt. Durch den Bau zehn neuer Siedlungen und die Anlage von 3000 neuen Häusern soll die Zahl der zionistischen Siedler in den von Israel seit 1967 besetzten Gebieten von 17000 auf 30000 erhöht werden. Die UNO-Generalversammlung und auch der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hatten in der Vergangenheit die zionistische Siedlungspolitik wiederholt als Bruch des Völkerrechts verurteilt. Begin will durch die forcierte Siedlungspolitik verhindern, daß auch im Falle eines Sieges der Opposition bei den Neuwahlen die zionistische Okkupation des Westufers aufgegeben wird. Tatsächlich sind sich aber Regierung und Opposition darin einig, mit aller Macht die Errichtung eines palästinensischen Staates am Westufer zu verhindern. – Am 29. Januar haben israelische Flugzeuge erneut Angriffe auf den Südlibanon durchgeführt.

Zusagen an irische Gefangene gebrochen

bep. Bei Beendigung ihres Hungerstreiks haben die irischen politischen Gefangenen erklärt: ,,Wir vertrauen all denen ..., daß sie nun für die Erfüllung der britischen Zusicherungen sorgen werden. Wir wissen, daß die Massen, die für uns auf die Straße gegangen sind, unsere wirklichen Garanten sind.'' Bis zum 27. Januar hat die englische Regierung bis auf die Verlegung einzelner Gefangener in möblierte Zellen keine der Forderungen erfüllt. Die Gefangenen zerschlugen daraufhin die Zellenmöbel und haben, falls die zugesicherten Forderungen nicht umgehend erfüllt werden, einen erneuten Hungerstreik angekündigt. Das irische H-Block/Armagh-Komitee hat auf seiner nationalen Konferenz mit 600 Delegierten von 242 Komitees am 25.1. beschlossen, in der nächsten Zeit durch Streikaktionen der Arbeiter auch in der südirischen Republik und verstärkte Einbeziehung der Jugend- und Frauen-Organisationen mehr Druck auf die südirische und englische Regierung auszuüben sowie auf verstärkten internationalen Druck hinzuwirken (aus einer Presseerklärung des Anti-H-Block Komitee Westdeutschland).

Flughafen Narita: keine Ruhe für japanische Bourgeoisie

wos. Die japanische Bourgeoisie wird mit ihrem neuen Großflughafen Narita bei Tokyo nicht glücklich. Die Flugpassagiere murren über zahlreiche Kontrollen, umgerechnet ca. 20 DM ,,Benutzungsgebühren'', 3 Std. Anfahrtszeit vom Zentrum usw. Vor zwei Wochen warf außerdem ,,eine Gruppe maskierter Täter'' (Kyodo-Nachrichten) Brandbomben in eine Pumpstation der Pipeline, durch die Kerosin (Treibstoff für Flugzeuge) zum Flughafen transportiert wird. Solche Einzelaktionen hören nicht auf. Wer immer die ,,Gruppe'' war – Tatsache ist, daß sich ein Teil der Bauern, von denen der japanische Staatsapparat seit 1964 mit Gewalt Land für den Flughafenbau zwangsenteignet hatte, weiterhin in verschiedensten Formen Widerstand leistet. Mit den Bauern haben sich Eisenbahner der Gewerkschaft im Ortsbezirk Chiba (50 km von Narita) solidarisiert: mehrfach verweigerten sie den Transport von Material in Güterzügen. Die dann gebaute Pipeline muß auf voller Länge Tag und Nacht bewacht werden. Eigentlich wollte die Bourgeoisie das für sie dunkle ,,Kapitel Narita'' schon längst abgeschlossen haben ...

Weltjugendkonferenz kritisiert Besetzung Afghanistans

acm. Auf dem ,,Weltjugendforum für Frieden, Entspannung und Abrüstung'' am 24./25.1. in Helsinki mußte die Sowjetunion eine Niederlage hinnehmen. Trotz größter Anstrengungen seitens ihrer Delegation wurde von der Mehrheit der 500 Delegierten aus über 90 Ländern eine Resolution mit der Forderung nach einem Abzug aller ausländischen Truppen aus Afghanistan verabschiedet. Auch mehrere Delegationen der Dritten Welt griffen die Okkupation der Sowjetunion an und legten ihre ,,tiefe Unruhe'' darüber dar. – Auch am Rande der Konferenz konnte die Sowjetunion mit ihrem Versuch, die finnische Delegation zu einem bilateralen Abkommen zu überreden, in dem nicht, wie sonst üblich zwischen den beiden Staaten, auf die ,,Neutralitätspolitik'' Finnlands hingewiesen werden sollte, nicht durchkommen.

Einigung über Regierungsumbildung in Zimbabwe

lup. Die Auseinandersetzungen zwischen ZANU und ZAPU über die Regierungsumbildung in Zimbabwe sind in der letzten Woche endgültig beigelegt worden. Nkomo, zuvor Innenminister, wird jetzt Minister ohne Geschäftsbereich, ist aber Mitglied eines neueingerichteten Sicherheitsrates der Regierung. Er soll außerdem die Integration der ZIPRA, der Befreiungsarmee der ZAPU, in die neue, nationale Armee Zimbabwes unterstützen. Das Verteidigungsministerium selber wird durch den Premierminister, Robert Mugabe, geführt. – Die von der Regierung beantragte Verlängerung des Ausnahmezustandes war von der ZAPU-Fraktion im Parlament nicht unterstützt worden. Parlamentsmitglieder der ZAPU und der Rhodesischen Front hatten dabei der ZANU vorgeworfen, den Ausnahmezustand für parteipolitische Zwecke zu mißbrauchen.

Für das Selbstbestimmungsrecht des Volkes von El Salvador

Während US-Imperialisten intervenieren, lauert bereits der Sozialimperialismus

lup. Wird der bewaffnete Befreiungskampf in El Salvador die jahrhundertelange Ausbeutung der salvadorianischen Arbeiter- und Bauernmassen durch einheimische Großgrundbesitzer und ausländische Monopole zerschlagen und eine unabhängige Entwicklung dieses mittelamerikanischen Landes ermöglichen? Reagan ist offenbar entschlossen, dies mit aller Macht zu verhindern. Ostentativ hatte er unmittelbar nach seiner Regierungsübernahme die angekündigte, aber vorübergehend stornierte Militärhilfe an die salvadorianische Militärjunta auf 10 Mio. $ verdoppelt und nun auch offiziell US-Militärberater nach El Salvador entsandt, die das bereits bestehende Corps von 300 US-Militärberatern verstärken sollen.

Die Mittel, die die US-Regierung zur Verteidigung dieses morbiden Regimes investiert hat, sind die größten und umfangreichsten seit der US-Militärinvasion in Santo Domingo, heißt es in einer Studie, die 30 höhere Beamte des US-Außen- und Verteidigungsministeriums sowie des Nationalen Sicherheitsrats in Opposition zu der Politik Carters verfaßt hatten. Diese Studie wurde Ende letzten Jahres in die Öffentlichkeit lanciert. „Sollte Präsident Reagan eine militärische Lösung für El Salvador wählen, werden Geschichtswissenschaftler zeigen können, daß die Voraussetzungen dafür im letzten Jahr der Carter-Regierung gelegt wurden", heißt es in dieser Studie.

Strategische Interessen der USA

Etwa die Hälfte der ausländischen Direktinvestitionen in Entwicklungsländern geht nach Lateinamerika, das nach wie vor den Hinterhof der US-imperialistischen Hegemonialmacht bildet. Etwa ein Zehntel davon geht in die mittelamerikanischen Staaten zwischen Mexiko und Panama. Elektrizitäts- und Transportunternehmungen sind vollständig unter Kontrolle der US-amerikanischen Monopole. Stärker noch als von den direkten ökonomischen Interessen ist die Politik der USA gegenüber den zentralamerikanischen Ländern von deren strategischer Bedeutung für den gesamten lateinamerikanischen Kontinent bestimmt. „Die zentralamerikanische Landenge ist von ganz besonderer Bedeutung als Posten, der die Land- und Seelinien zwischen Nord- und Südamerika beherrscht; d.h. den Zugang zu den Rohstoffen Südamerikas über relativ einfache Wege. Ein kommunistisches Regime in Zentralamerika würde nicht nur die Nachrichtenwege und die Zusammenarbeit in der Region bedrohen, sondern auch das Anwachsen des Kommunismus in den angrenzenden Ländern stärken, mit eindeutiger Bedrohung für den Kanal und seine Betreiber", erklärte 1970 US-General Matthes, Chef des Südkommandos der Streitkräfte.

Dem Interesse der USA, ihre traditionelle Vorherrschaft in diesem Teil

Strategische Interessen der USA

Etwa die Hälfte der ausländischen Direktinvestitionen in Entwicklungsländern geht nach Lateinamerika, das nach wie vor den Hinterhof der US-imperialistischen Hegemonialmacht bildet. Etwa ein Zehntel davon geht in die mittelamerikanischen Staaten zwischen Mexiko und Panama. Elektrizitäts- und Transportunternehmungen sind vollständig unter Kontrolle der US-amerikanischen Monopole. Stärker noch als von den direkten ökonomischen Interessen ist die Politik der USA gegenüber den zentralamerikanischen Ländern von deren strategischer Bedeutung für den gesamten lateinamerikanischen Kontinent bestimmt. „Die zentralamerikanische Landenge ist von ganz besonderer Bedeutung als Posten, der die Land- und Seelinien zwischen Nord- und Südamerika beherrscht; d.h. den Zugang zu den Rohstoffen Südamerikas über relativ einfache Wege. Ein kommunistisches Regime in Zentralamerika würde nicht nur die Nachrichtenwege und die Zusammenarbeit in der Region bedrohen, sondern auch das Anwachsen des Kommunismus in den angrenzenden Ländern stärken, mit eindeutiger Bedrohung für den Kanal und seine Betreiber", erklärte 1970 US-General Matthes, Chef des Südkommandos der Streitkräfte.

Dem Interesse der USA, ihre traditionelle Vorherrschaft in diesem Teil
der „westlichen Hemisphäre" zu verteidigen, entspricht das Interesse der Sozialimperialisten, in der unmittelbaren Nachbarschaft ihres imperialistischen Rivalen Fuß zu fassen. Sie stützen sich dabei vor allem auf das kubanische Regime und die Tatsache, daß dieses Regime unter den kleinbürgerlichen Führungen der Volksbewegungen dieser Länder nach wie vor großes Ansehen besitzt. Bewunderung für Kuba ist in manchen karibischen Ländern verbunden mit der Neigung, Hilfe bei der Sowjetunion und Kuba zu suchen, bei der Überwindung der Folgen der US-imperialistischen Vorherrschaft. Wieweit der Einfluß der Sowjetunion und Kubas in dieser Region reicht, dafür ist ein gewisser Indikator das Abstimmungsverhalten dieser Länder in der UNO, wenn es um Anträge der Dritten Welt geht, die die Aggressionen des Sozialimperialismus in Afghanistan und Kampuchea ausdrücklich verurteilen. Kuba, Nicaragua, Grenada, bis zum jüngsten Regierungswechsel auch Jamaika gehören zu den wenigen Ländern, die die Sowjetunion in Ablehnung dieser Anträge um sich scharen konnte. „Es fördert die *positiven Veränderungen ihrer Innen- und Außenpolitik*", schreibt die „Neue Zeit", das außenpolitische Organ der Sowjetunion, über die karibischen Länder, „daß sie Beziehungen zu den sozialistischen Ländern, vor allem zur UdSSR und zu Kuba unterhalten."

Das Großgrundeigentum ist die innere Basis der US-imperialistischen Vorherrschaft

Innere Basis für die Abhängigkeit El Salvadors von der US-imperialistischen Supermacht ist die Herrschaft des Großgrundeigentums. 96% der Landbesitzer leben auf Kleinstparzellen von weniger als einem Hektar oder sind ganz ohne Land, gezwungen, auf den gewaltigen Haziendas als Saisonarbeiter zu arbeiten, die im wesentlichen von 14 Familien beherrscht werden. Diese 14 Familien bilden das Zentrum der Reaktion des Landes. Sie haben die entscheidenden Funktionen des Staatsapparates inne, besetzen die Direktorenposten der einheimischen Banken und verfügen nahezu uneingeschränkt über die Armee und die paramilitärischen Organisationen. Es sind Nachkommen der spanischen Konquistadoren, die im 17. Jahrhundert Mittelamerika erobert hatten. Anders als in Südamerika war in Zentralamerika die Armee nie auch nur im Ansatz Instrument eines Unabhängigkeitskampfes gegen die spanische Kolonialherrschaft. Die Unabhängigkeitserklärung Zentralamerikas 1821 erfolgte, nachdem die spanische Kolonialmacht im Süden des Kontinents bereits geschlagen war. Die zentralamerikanischen Bürgerkriege zu Beginn des letzten Jahrhunderts waren vielmehr Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Fraktionen der Großgrundbesitzer als Unabhängigkeitskämpfe. In einem aber waren sie sich von vornherein einig: daß es darum ginge, „den Konsequenzen zuvorzukommen, die für den Fall zu befürchten wären, wenn sie (die Unabhängigkeit) vom Volk selbst proklamiert würde", wie es in der ersten Klausel der Unabhängigkeitsakte von 1821 heißt.

Die Armee war das Instrument, mit dem die Abkömmlinge der spanischen Eroberer die Umwandlung des ursprünglich indianischen Gemeindelandes in privates Grundeigentum durchsetzten, um auf dieser Grundlage El Salvador in eine riesige Plantage für Kaffee zu verwandeln, der vor dem 2. Weltkrieg 90% der Gesamtexporte des Landes ausmachte. Die Armee war auch das Instrument, mit dem die Großgrundbesitzer die Kämpfe der Landarbeiter und Kleinbauern brutal niederschlugen, – wie 1932, wo bei einem Massaker 30000 Bauern ermordet wurden.

Innere Basis für die Abhängigkeit El Salvadors von der US-imperialistischen Supermacht ist die Herrschaft des Großgrundeigentums. 96% der Landbesitzer leben auf Kleinstparzellen von weniger als einem Hektar oder sind ganz ohne Land, gezwungen, auf den gewaltigen Haziendas als Saisonarbeiter zu arbeiten, die im wesentlichen von 14 Familien beherrscht werden. Diese 14 Familien bilden das Zentrum

1821 heißt.

Die Armee war das Instrument, mit dem die Abkömmlinge der spanischen Eroberer die Umwandlung des ursprünglich indianischen Gemeindelandes in privates Grundeigentum durchsetzten, um auf dieser Grundlage El Salvador in eine riesige Plantage für Kaffee zu verwandeln, der vor dem 2. Weltkrieg 90% der Gesamtexporte des Landes ausmachte. Die Armee war auch das Instrument, mit dem die



1979 beginnt der Bürgerkrieg

Die Widerstandsorganisation und die FDR

Im April letzten Jahres haben sich die Widerstandsorganisationen El Salvadors in der Revolutionär-Demokratischen Front FDR zusammengeschlossen, ein gemeinsames Programm verabschiedet und später die Grundzüge eines Regierungsprogramms vorgelegt. Ihren Ausgangspunkt hat die FDR in einem Zusammenschluß der Guerillaorganisationen bzw. ihrer politischen Verbände. Angeschlossen haben sich den Guerillaverbänden die (von der Sowjetunion abhängige) KP Salvadors sowie eine sozialdemokratische Partei. Die FDR wird ferner unterstützt von Teilen der christdemokratischen Partei, nachdem deren Vorsitzender, Duarte, zur Gallionsfigur der Militärjunta ernannt worden war. Unterstützt wird die FDR von Teilen der Kirche, deren führender Repräsentant, Erzbischof Romero, im März letzten Jahres ermordet worden war, sowie von Teilen des Unternehmerverbandes.

Die Guerillaorganisationen sind alle in den 70er Jahren entstanden, als die Klassenkämpfe in El Salvador einen neuen Aufschwung nahmen. Hervorgegangen sind sie zu einem Teil aus Abspaltungen der KP Salvadors, die nach den großen Kämpfen der 30er Jahre, in denen sie eine führende Rolle gespielt hatte, einen zunehmend revisionistischen Kurs eingeschlagen hatte und 1969 schließlich die salvadorianische Regierung im Krieg gegen Honduras unterstützt hatte. Ihre Wurzeln haben diese Guerillaorganisationen ferner in einem christlichen Landarbeiterverband, der in den 70er Jahren zu einem wichtigen Instrument des Kampfes der Landbevölkerung geworden war, sowie in wichtigen Industriegewerkschaften. Der Spaltung und Zersplitterung der Guerillaorganisationen liegen Differenzen über die Einschätzung der ökonomischen Lage El Salvadors wie über den Weg des Befreiungskampfes zugrunde: ob auf dem Land feudale oder bürgerliche Eigentumsverhältnisse vorherrschen, ob nach der Zerschlagung der herrschenden Junta unmittelbar sozialistische Aufgaben oder zunächst eine Übergangsphase anstehen, in der vor allem demokratische Aufgaben angestrebt werden sollen, ob entsprechend ein Bündnis mit Teilen der Armee und der nationalen Bourgeoisie angestrebt werden muß; und welchen Weg der bewaffnete

len des Unternehmerverbandes.

Die Guerillaorganisationen sind alle in den 70er Jahren entstanden, als die Klassenkämpfe in El Salvador einen neuen Aufschwung nahmen. Hervorgegangen sind sie zu einem Teil aus Abspaltungen der KP Salvadors, die nach den großen Kämpfen der 30er Jahre, in denen sie eine führende Rolle gespielt hatte, einen zunehmend revisionistischen Kurs eingeschlagen hatte und 1969 schließlich die salvadorianische Regierung im Krieg gegen Honduras unterstützt hatte. Ihre Wurzeln haben diese Guerillaorganisationen ferner in einem christlichen Landarbeiterverband, der in den 70er Jahren zu einem wichtigen Instrument des Kampfes der Landbevölkerung geworden war, sowie in wichtigen Industriegewerkschaften. Der Spaltung und Zersplitterung der Guerillaorganisationen liegen Differenzen über die Einschätzung der ökonomischen Lage El Salvadors wie über den Weg des Befreiungskampfes zugrunde: ob auf dem Land feudale oder bürgerliche Eigentumsverhältnisse vorherrschen, ob nach der Zerschlagung der herrschenden Junta unmittelbar sozialistische Aufgaben oder zunächst eine Übergangsphase anstehen, in der vor allem demokratische Aufgaben angestrebt werden sollen, ob entsprechend ein Bündnis mit Teilen der Armee und der nationalen Bourgeoisie angestrebt werden muß; und welchen Weg der bewaffnete
Kampf gehen muß: ob durch Kommandoaktionen rasch der bewaffnete Aufstand angestrebt werden soll oder ob der allgemeine Aufstand seine Grundlage haben muß in einem langandauernden Kampf, der vor allem vom Land her geführt werden muß.

Der Militärputsch vom Oktober 1979 hatte die Differenzen in der Opposition zunächst verschärft. Die UDN, eine legale Organisation der KP Salvadors, die MNR (Sozialdemokraten), die Christdemokraten und eine der Guerillaorganisationen (FAPU) hatten zunächst ein Forum für die Beteiligung des Volkes an der Regierung gebildet, Verhandlungen mit der Junta aufgenommen und Vertreter in die Regierung entsandt. Basis dieser Regierungsbeteiligung war das Versprechen der Militärjunta, eine Landreform durchzuführen, die militärischen Sicherheitsorgane aufzulösen und eine Änderung des außenpolitischen Kurses der Regierung einzuleiten, insbesondere Beziehungen zu Kuba und Nicaragua aufzunehmen. Tatsächlich wurde von der Militärjunta keine ihrer Versprechungen verwirklicht. Die „Landreform", durchgeführt vom Militär, beraten von einem amerikanischen Professor Roy Prostermann, der bereits in den 60er Jahren in Südvietnam eine „Landreform" beraten hatte, diente im wesentlichen dazu, Militär auf das Land zu entsenden und die Führer der Bauern niederzumetzeln. Im Kampf gegen die Verschärfung der Reaktion kam es im Frühjahr 1980 zu verschiedenen Zusammenschlüssen der Guerillaorganisationen und anderer Oppositionsparteien, die schließlich in der Gründung der FDR mündeten.

Das Regierungsprogramm der FDR

Im September 1980 hat die FDR die Grundzüge des Programms einer demokratischen revolutionären Regierung veröffentlicht. Hauptziel ist die Eroberung der politischen Macht und die Bildung einer Regierung, die sich auf eine breite Basis von Bauern, Landarbeitern sowie auf die mittleren Unternehmen, den progressiven Klerus und die Teile der Armee stützen soll, die für die Errichtung einer wirklichen Demokratie kämpfen. Die öffentlichen Belange sollen von einem Apparat verwaltet werden, der sich als Dienst am Volk versteht. Die Wirtschaft El Salvadors soll nach dem Prinzip der zentralisierten Planung arbeiten, wobei die nationalisierten Monopole mit einheimischem Privateigentum koexistieren sollen. Der Industriesektor soll gegenüber den Agrarexporten ausgedehnt werden. In der Wirtschaft soll die „volle Beteiligung der Arbeiter, Landarbeiter und des Mittelstandes an Entscheidung, Mitbestimmung und Aufsicht" verwirklicht werden.

Sowohl in bezug auf die ökonomischen Maßnahmen wie auch in bezug auf den Aufbau eines neuen Staatsapparats sind die Ausführungen des Regierungsprogramms unbestimmt. Sicher ist, daß eine radikale Umwälzung der Eigentumsverhältnisse auf dem Land, die den Landhunger der armen Bauern befriedigt, und der Aufbau eines demokratischen Staates entscheidend sind, um die Interessen der Volksmassen zu befriedigen und die nationale Unabhängigkeit zu verwirklichen. Voraussetzung dafür ist die Verwirklichung der Volkssouveränität und

Eroberung der politischen Macht und die Bildung einer Regierung, die sich auf eine breite Basis von Bauern, Landarbeitern sowie auf die mittleren Unternehmen, den progressiven Klerus und die Teile der Armee stützen soll, die für die Errichtung einer wirklichen Demokratie kämpfen. Die öffentlichen Belange sollen von einem Apparat verwaltet werden, der sich als Dienst am Volk versteht. Die Wirtschaft El Salvadors soll nach dem Prinzip der zentralisierten Planung arbeiten, wobei die nationalisierten Monopole mit einheimischem Privateigentum koexistieren sollen. Der Industriesektor soll gegenüber den Agrarexporten ausgedehnt werden. In der Wirtschaft soll die „volle Beteiligung der Arbeiter, Landarbeiter und des Mittelstandes an Entscheidung, Mitbestimmung und Aufsicht" verwirklicht werden.

Sowohl in bezug auf die ökonomischen Maßnahmen wie auch in bezug auf den Aufbau eines neuen Staatsapparats sind die Ausführungen des Regierungsprogramms unbestimmt. Sicher ist, daß eine radikale Umwälzung der Eigentumsverhältnisse auf dem Land, die den Landhunger der armen Bauern befriedigt, und der Aufbau eines demokratischen Staates entscheidend sind, um die Interessen der Volksmassen zu befriedigen und die nationale Unabhängigkeit zu verwirklichen. Voraussetzung dafür ist die Verwirklichung der Volkssouveränität und
die Bekämpfung aller Interventionsmaßnahmen des US-Imperialismus. Entscheidende Unterstützung des Selbstbestimmungsrechts des Volkes von El Salvador ist auch der wirksamste Beitrag, um zu verhindern, daß sich die Schwächung der US-imperialistischen Supermacht als Stärkung der sozialimperialistischen Supermacht, die am Vordringen ist, auswirken wird.

Die Urteile im Prozeß gegen die Viererbande

Streng nach den rechtlichen Grundsätzen der sozialistischen Demokratie

thh.Beijing. Im Prozeß gegen die Viererbande und die Lin-Biao-Clique in Beijing wurden am 23. Januar die Urteile verkündet. Die ehemaligen Politbüro-Mitglieder Jiang Qing, die während des Prozesses keinerlei Einsehen bewiesen, sondern ihre Taten (den Angeklagten wurden in der Anklageschrift 34000 Todesfälle als nachweisbar angelastet) auch noch gerechtfertigt hatte und Zhang Chunqiao, der den ganzen Prozeß über geschwiegen hatte, wurden zum Tode verurteilt. Die Vollstreckung des Urteils ist auf zwei Jahre zur Bewährung ausgesetzt. Während dieser Zeit können, wie im chinesischen Strafgesetz vorgesehen, beide im Verlauf der Zwangsarbeit ihre Reue und Besserung unter Beweis stellen. Der Oberste Gerichtshof Chinas wird dann darüber befinden, ob die Hinrichtungen noch stattfinden. Der ehemalige stellvertretende Parteivorsitzende Wang Hongwen, ebenfalls Mitglied der Viererbande, wurde zu lebenslanger Haft verurteilt. Das Viererbandenmitglied Yao Wenyuan zu 20 Jahren Gefängnis. Die Urteile gegen die Mitglieder der Viererbande sind deswegen so unterschiedlich ausgefallen, weil es (abgesehen vom Ziel des Sturzes der Diktatur des Proletariats und der versuchten Machtübernahme) Unterschiede hinsichtlich des Charakters der Verbrechen und in der Haltung der Angeklagten gab. Von den vieren hat vor allem Jiang Qing durch ihre verleumderischen Anschuldigungen eine große Zahl von Kadern direkt auf dem Gewissen, Wang war der organisatorische Wegbereiter der Rebellion in Schanghai und vieler blutiger Zwischenfälle. Yao hat vor allem in propagandistischer Hinsicht gewirkt, indem er eine öffentliche Meinung für die Machtübernahme der Vier zu schaffen versuchte. Wang war ebenfalls organisatorischer Wegbereiter der Schanghaier Rebellion und vieler blutiger bewaffneter Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Massenorganisationen in der Kulturrevolution. Im Gegensatz zu Jiang und Zhang hatte sich Wang voll schuldig bekannt, Yao zum Teil, wobei letzterer seine Straftaten nicht als Straftaten, sondern als Fehler gewertet wissen wollte. Das ehemalige Politbüro-Mitglied Chen Boda, ebenfalls verantwortlich für den Tod vieler Menschen und die fünf ehemaligen Generäle, die am Mordkomplott Lin Biaos gegen Mao und an der Vorbereitung eines Staatsstreichs beteiligt waren, erhielten zwischen 16 und 18 Jahren Gefängnis. Diese sechs Angeklagten hatten ihre Schuld alle eingestanden. Mit Ausnahme der beiden Todesurteile handelt es sich um bemerkenswert milde Urteile. Die Richter haben sich bei diesem Prozeß, dessen Beweismittel überwältigend und überzeugend waren, und beim Urteil streng an die Gesetze des Strafgesetzes gehalten. Das zeigt das Urteil, daß alles, was mangels Beweisen nicht zum Verbrechen erklärt werden konnte, beim Urteil nicht berücksichtigt wurde. Einige Anklagen in der Anklageschrift wurden vom Gericht nicht nachgewiesen, weil keine ausreichenden Beweise vorlagen oder weil nicht bewiesen werden konnte, daß es sich um Straftaten handelte. Zum Beispiel wurde der Viererbande vorgeworfen, sie hätte im Oktober 1974 beim Parteivorsitzenden Mao Zedong die falsche Anklage erhoben, Zhou Enlai und Deng Xiaoping wollten die Führungsmacht an sich reißen. Die Untersuchungen des Gerichts ergaben, daß diese Tat das Strafgesetz nicht verletzt. Entsprechend wurde dieser Anklagepunkt im Urteil nicht berücksichtigt.

Als der Fall vom Ministerium für öffentliche Sicherheit der Staatsanwaltschaft übergeben wurde, wurden den Angeklagten 60 Verbrechen vorgeworfen. Als aber die Sonderstaatsanwaltschaft am Sondergericht Anklage erhob, listete die Anklageschrift nur noch 48 Anklagepunkte auf, und nach der Verhandlung wurden auch diese 48 Anklagepunkte nicht alle bestätigt.

Die Angeklagten wurden nur wegen der Taten, die das Strafgesetz verletzt haben, verurteilt, aber nicht wegen ihrer Fehler bei der Arbeit und wegen ihrer Fehler in der Linie strafrechtlich zur Verantwortung gezogen. Das Gericht hat auch die 10 Angeklagten nicht im gleichen Ausmaß für sämtliche Verbrechen der Clique strafrechtlich zur Verantwortung gezogen, sondern je nachdem, wieweit die Angeklagten an der Planung, Organisierung, Leitung und Ausführung beteiligt waren. Jiang Qing zum Beispiel hat nicht an der Planung eines Attentats auf Mao und nicht an der Planung eines bewaffneten Putsches teilgenommen. Daher wurde sie dafür auch nicht strafrechtlich zur Verantwortung gezogen.

Ein Leitartikel der Remnim Ribao anläßlich des Urteils erklärte, die Bedeutung des Prozesses liege nicht nur in der Aufdeckung und der Bestrafung dieser Verbrechen und in der Erziehungsfunktion, die er für das Volk habe, sondern gerade auch in der Wiederherstellung eines Rechtssystems. Zugleich sei er ein Beispiel dafür, wie staatliche Angelegenheiten nach dem Gesetz entschieden werden. Ein funktionierendes Rechtssystem erschwere nicht nur Leuten wie der Viererbande und der Lin Biao-Clique derartige Machenschaften, sondern sei auch ein wichtiger Schritt in Richtung sozialistischer Demokratie, und es habe sich längst erwiesen, daß sich ohne sozialistische Demokratie und ohne ein funktionierendes Rechtssystem der Sozialismus nicht verwirklichen lasse.

Valery Giscard d'Estaing – die Laufbahn eines Präsidenten

pem. Am 26.4.81 findet der erste, zwei Wochen später der zweite Wahlgang für die Wahl des französischen Staatspräsidenten statt. Die Wiederwahl Giscards galt bisher als sicher. Zumindestens keiner der anderen Kandidaten der Parlamentsmehrheit konnte und kann ihn gefährden. Und dies, obgleich sein bisheriges Leben, insbesondere seine Regierungszeit, von Skandalen nur so übersät ist. Trotzdem hat die französische Finanzbourgeoisie ihn nicht fallenlassen, sondern sieht in ihm bislang den einzigen Mann, der eine Regierungsübernahme durch die Sozialisten verhindern kann.

Der Weg des Giscard d'Estaing in die Politik

Mit 30 Jahren hält Giscard d'Estaing den Zeitpunkt für gekommen, in das politische Leben Frankreichs einzutreten. Nachdem er seinen Großvater davon überzeugt hat, zu seinen Gunsten nicht mehr zu den Parlamentswahlen zu kandidieren, erhält er Platz zwei auf einer Liste, gut versteckt hinter einem angesehenen einheimischen Kandidaten. Er wird gewählt und ist somit Abgeordneter der französischen Nationalversammlung.

Durch die Empfehlungen seines Großvaters beginnt er seine politische Karriere mit einer ziemlichen Geschwindigkeit. Er wird sogleich stellvertretendes Mitglied des Finanzausschusses, ein Posten, den andere Abgeordnete, wenn überhaupt, erst dann erreichen, wenn sie sich jahrelang vorher in unbedeutenden Ausschüssen aufgehalten haben.

1973 wird er Finanzminister. Als Pompidou im Jahre 1974 stirbt, meldet Giscard d'Estaing sechs Tage später seine Kandidatur an. Zunächst erhält er als Zentrale für den Wahlkampf von Georges Rioud, ehemaliger Mitarbeiter des Marschall Pétain und guter Geschäftsfreund von seinem Vater, ein vierstöckiges Hotel in der Innenstadt von Paris zur Verfügung gestellt. Die finanziellen Mittel, z.B. allein 60000 F pro Tag nur für die Männer, die seine Wahlplakate kleben, werden ihm von verschiedenen Kapitalisten zur Verfügung gestellt, deren gemeinsames Kennzeichen ist, daß sie allesamt stark in Algerien engagiert waren. Eine Ordnungstruppe wird aufgestellt, die sich im wesentlichen aus ehemaligen Mitgliedern der O.A.S. und anderen zweifelhaften Elementen rekrutiert. Um dies ein wenig zu kaschieren, wird die Bezahlung dieser Truppe nicht im Wahlkampfsitz Giscards vorgenommen, sondern von einem engen Freund der Familie in dessen Haus.

Für eine öffentliche Wahlkampfsendung, in der er mit Mitterand diskutieren soll, läßt Valery vorsichtshalber gefälschte Eintrittskarten drucken, die er dann an seine politischen Freunde verteilen läßt. Damit das nicht aufkommt, wird die Einlaßkontrolle von dem Chefredakteur von „Minute" durchgeführt, ebenfalls ein ehemaliger An-

hänger der O.A.S. Selbst der „Figaro" muß sich nach dieser Sendung etwas befremdlich über die aggressive Stimmung gegenüber Mitterands von seiten des Publikums äußern.

Die publizistische Unterstützung wird durch den „France-Matin" gewährleistet, der in den düstersten Farben beschreibt, was eintreten wird, sollte Mitterand die Wahl gewinnen. Als Eigentümer der Zeitung fungiert ein gewisser Patrick Legrand, ehemals Herausgeber eines Blättchens, daß eng ebenfalls mit der O.A.S. zusammengearbeitet hat. Da aber weder Straße noch Telefonnummer des Impressums stimmen, wie es Drucker des „Nice-Matin" herausfinden, kommt ein Gericht in Paris zu der Auffassung, daß es sich bei Patrick Legrand nicht um den wirklichen Eigentümer handelt, und das Blatt muß sein Erscheinen einstellen. Tatsächlich wurde die Zeitung mit einem Betrag von 2 Millionen Francs finanziert, durch Emmanuel Lepoyvre, Präsident der Arbeitergebervereinigung der Stahlwerks- und Minen-Besitzer in Lothringen.

Nachdem, offensichtlich beeindruckt von den forschen Methoden des Giscards auch der nationale Kapitalistenverband damit beginnt, ihn zu unterstützen, kann er sich der Unterstützung der gesamten Kapitalistenklasse bis zum zweiten Wahlgang erfreuen. Tatsächlich wird er dann mit 51 zu 49% gegenüber Mitterand zum Staatspräsidenten gewählt.

Der Präsident Giscard d'Estaing

Innerhalb seiner Amtszeit bringen es seine drei Cousins dank seiner großzügigen Unterstützung auf immerhin mehr als 50 Aufsichtsrats- und Verwaltungsposten. An den Präsidenten der Zentralafrikanischen Republik, Bokassa, schreibt er anläßlich der Nominierung seines Cousins Jacques zum Vorsitzenden einer Kommission, die die Untersuchung von Uranvorkommen durchführen soll: „Um Ihnen einen Beweis meines Interesses an dieser Aufgabe zu geben, habe ich mich entschlossen, meinen eigenen Cousin mit der Wahrnehmung der französischen Interessen zu beauftragen."

Auch seine Frau darf sich an dieser Aufgabe beteiligen. Sie wird 1974 Ehrenvorsitzende des „Klubs investierender Frauen", in dem bereits eine Schwester von Giscard Mitglied ist. In der Annahme, daß die Frau des Präsidenten einen gewissen Überblick über die Vorgänge am Aktienmarkt hat, vergrößert sich die Mitgliedschaft erheblich. Die Mitglieder sehen sich in ihren Erwartungen nicht enttäuscht. Kurz vor der Pleite einer größeren Firma verkauft Anne-Aymone ihre gesamten Aktien, wie dies auch die anderen Mitglieder des Clubs tun. In bezug auf Giscard hatte es lange Zeit den Anschein, als könnte er sich solcher Art Freizeitbeschäftigung nicht widmen. Doch als 1978 seine Steuererklärung veröffentlicht wird, stellt sich heraus, daß er über ein Aktienpaket von mehr als drei Millionen Franc verfügt. Giscard beeilt sich, zu erklären, daß er mit dem Verkauf und dem Kauf von Aktien gar nichts zu tun habe, sondern dies alles in den Händen eines Börsenmaklers namens Xavier de la Fournieré



lege. Der aber wiederum rühmt sich unter seinesgleichen schon lange damit, daß er monatlich einmal eine Zusammenkunft mit dem Staatspräsidenten habe. Dadurch ist natürlich nicht bewiesen, daß die beiden über etwas anderes als über das Wetter gesprochen haben, doch liegt es nahe, daß der Börsenspekulant d'Estaing sich die Kenntnisse des Staatspräsidenten d'Estaing zunutze gemacht hat, so z.B. bei größeren Staatskrediten an die staatliche Erdölgesellschaft Elf-Aquitaine oder den Elektrokonzern Thompson, bei dem zudem noch sein Cousin Philippe Aufsichtsratsmitglied ist. Auch hat es Giscard bisher versäumt, durch schlichte Veröffentlichung der im Jahre '78 vorgenommenen Transaktionen Licht in diese Affäre zu bringen, so daß man immer noch ungestraft behaupten kann, Frankreich werde von einem Börsenspekulanten regiert.

Der größte Skandal aber, der sich mit dem Namen d'Estaing verbindet, ist die sogenannte Bokassa-Affäre, die ihren Ursprung bereits vor der Zeit des Präsidenten d'Estaing nimmt.

Während sich Giscard gerade in Tokio befindet, erscheint in der satirischen Wochenzeitschrift „Carnard enchaine" der erste enthüllende Artikel inklusive faksimilierter Dokumente des Zentralarchivs der Zentralafrikanischen Republik, die belegen, daß Giscard mehrfach Diamanten als Geschenke des damaligen Kaisers Bokassa erhalten hat, die er in seiner eigenen Tasche verschwinden ließ. Bei seiner Rückkehr aus Tokio dazu von Journalisten befragt, erklärt er, ganz Staatsmann: „Wissen Sie, wenn man gerade aus Tokio zurückkommt ..." Später erklärt er, er werde zum gegebenen Zeitpunkt eine Erklärung dazu abgeben. Die Enthüllungen werden indes fortgesetzt, und es stellt sich heraus, daß Giscard bei jedem Zusammentreffen mit Bokassa Diamanten erhalten hat. Die Echtheit der von „Carnard" veröffentlichten Dokumente wird unterdessen von einer ehemaligen Privatsekretärin bestätigt. Auch dadurch läßt Giscard sich nicht dazu bewegen, eine Erklärung abzugeben. Der gegebene Zeitpunkt, d.h. für ihn ganz offensichtlich, daß erst einmal die Quellen zum Versiegen gebracht werden müssen. Deshalb entsendet Giscard erst einmal eine Fallschirmjägertruppe und andere zwielichtige Elemente in die Zentralafrikanische Republik, die sich der entscheidenen Teile des Zentralarchivs bemächtigen sollen, was ihnen auch gelingt. Zugleich beauftragt er seinen Berater für afrikanische Fragen, der ehemaligen Sekretärin Bokassas einen Besuch abzustatten, wobei es sich gut trifft, daß ihr Mann in engen geschäftlichen Verbindungen mit einem der Cousins Giscards steht. Nach dem Besuch erklärt die Sekretärin, daß sie mittlerweile Zweifel an der Echtheit der vom „Carnard" veröffentlichten Dokumente habe. Und auf Anfrage, daß sie jetzt nichts mehr sagen wolle, da ihr die ganze Angelegenheit sowieso zu gefährlich geworden sei.

Jetzt hält Giscard den Zeitpunkt für Erklärungen gekommen. Durch seinen Pressesprecher läßt er mitteilen, daß er in seiner ganzen politischen Laufbahn zwar Diamanten von Bokassa erhalten habe, diese aber einen Wert von 10 bis 12 Tausend Franc nicht übersteigen. Und im Gefühl, mit der Beseitigung der Quellen ganze Arbeit geleistet zu haben, fügt er hinzu, daß der Präsident alle Staatsgeschenke entweder französischen Museen zur Verfügung gestellt oder aber in den Elyseé geschaffen lassen habe. Dabei hatte er allerdings nicht bedacht, daß eine genaue Liste der französischen Museen existiert, in der genau Buch geführt wird, welche Geschenke sie von wem erhalten haben. Der Name d'Estaing taucht in den Jahren 73–78 ganze zwölf Mal auf, in den Jahren 73–76 gar nicht. Unter den Geschenken befinden sich dabei solche Dinge wie eine Tracht aus Lothringen, für die der Präsident offensichtlich keine persönliche Verwendung finden konnte. Gleichzeitig werden im Abstand von wenigen Tagen zweimal Lastwagen beobachtet, die, einmal aus der Privatwohnung, einmal vom Schloß Giscards kommend, ganz offensichtlich Geschenke in den Elyseé transportieren.

halten haben.

1973 wird er Finanzminister. Als Pompidou im Jahre 1974 stirbt, meldet Giscard d'Estaing sechs Tage später seine Kandidatur an. Zunächst erhält er als Zentrale für den Wahlkampf von Georges Rioud, ehemaliger Mitarbeiter des Marschall Pétain und guter Geschäftsfreund von seinem Vater, ein vierstöckiges Hotel in der Innenstadt von Paris zur Verfügung gestellt. Die finanziellen Mittel, z.B. allein 60000 F pro Tag nur für die Männer, die seine Wahlplakate kleben, werden ihm von verschiedenen Kapitalisten zur Verfügung gestellt, deren gemeinsames Kennzeichen ist, daß sie allesamt stark in Algerien engagiert waren. Eine Ordnungstruppe wird aufgestellt, die sich im wesentlichen aus ehemaligen Mitgliedern der O.A.S. und anderen zweifelhaften Elementen rekrutiert. Um dies ein wenig zu kaschieren, wird die Bezahlung dieser Truppe nicht im Wahlkampfsitz Giscards vorgenommen, sondern von einem engen Freund der Familie in dessen Haus.

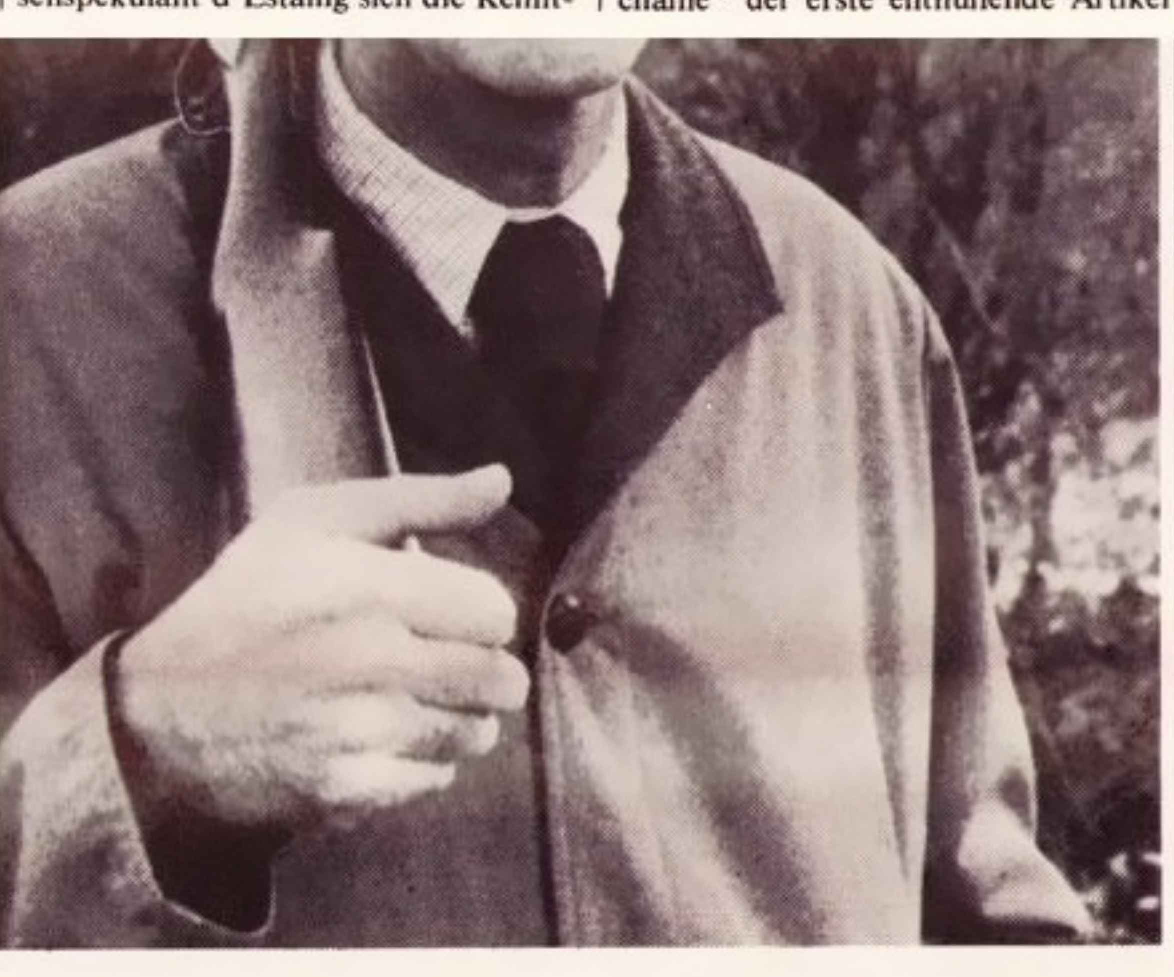
Für eine öffentliche Wahlkampfsendung, in der er mit Mitterand diskutieren soll, läßt Valery vorsichtshalber gefälschte Eintrittskarten drucken, die er dann an seine politischen Freunde verteilen läßt. Damit das nicht aufkommt, wird die Einlaßkontrolle von dem Chefredakteur von „Minute" durchgeführt, ebenfalls ein ehemaliger An-

bis zum zweiten Wahlgang erfreuen. Tatsächlich wird er dann mit 51 zu 49% gegenüber Mitterand zum Staatspräsidenten gewählt.

Der Präsident Giscard d'Estaing

Innerhalb seiner Amtszeit bringen es seine drei Cousins dank seiner großzügigen Unterstützung auf immerhin mehr als 50 Aufsichtsrats- und Verwaltungsposten. An den Präsidenten der Zentralafrikanischen Republik, Bokassa, schreibt er anläßlich der Nominierung seines Cousins Jacques zum Vorsitzenden einer Kommission, die die Untersuchung von Uranvorkommen durchführen soll: „Um Ihnen einen Beweis meines Interesses an dieser Aufgabe zu geben, habe ich mich entschlossen, meinen eigenen Cousin mit der Wahrnehmung der französischen Interessen zu beauftragen."

Auch seine Frau darf sich an dieser Aufgabe beteiligen. Sie wird 1974 Ehrenvorsitzende des „Klubs investierender Frauen", in dem bereits eine Schwester von Giscard Mitglied ist. In der Annahme, daß die Frau des Präsidenten einen gewissen Überblick über die Vorgänge am Aktienmarkt hat, vergrößert sich die Mitgliedschaft erheblich. Die Mitglieder sehen sich in ihren Erwartungen nicht enttäuscht. Kurz vor der Pleite einer größeren Firma verkauft Anne-Aymone ihre ge-



lege. Der aber wiederum rühmt sich unter seinesgleichen schon lange damit, daß er monatlich einmal eine Zusammenkunft mit dem Staatspräsidenten habe. Dadurch ist natürlich nicht bewiesen, daß die beiden über etwas anderes als über das Wetter gesprochen haben, doch liegt es nahe, daß der Börsenspekulant d'Estaing sich die Kennt-

Der größte Skandal aber, der sich mit dem Namen d'Estaing verbindet, ist die sogenannte Bokassa-Affäre, die ihren Ursprung bereits vor der Zeit des Präsidenten d'Estaing nimmt.

Während sich Giscard gerade in Tokio befindet, erscheint in der satirischen Wochenzeitschrift „Carnard enchaine" der erste enthüllende Artikel

Dokumente habe. Und auf Anfrage, daß sie jetzt nichts mehr sagen wolle, da ihr die ganze Angelegenheit sowieso zu gefährlich geworden sei.

Jetzt hält Giscard den Zeitpunkt für Erklärungen gekommen. Durch seinen Pressesprecher läßt er mitteilen, daß er in seiner ganzen politischen Laufbahn zwar Diamanten von Bokassa erhalten habe, diese aber einen Wert von 10 bis 12 Tausend Franc nicht übersteigen. Und im Gefühl, mit der Beseitigung der Quellen ganze Arbeit geleistet zu haben, fügt er hinzu, daß der Präsident alle Staatsgeschenke entweder französischen Museen zur Verfügung gestellt oder aber in den Elyseé geschaffen lassen habe. Dabei hatte er allerdings nicht bedacht, daß eine genaue Liste der französischen Museen existiert, in der genau Buch geführt wird, welche Geschenke sie von wem erhalten haben. Der Name d'Estaing taucht in den Jahren 73–78 ganze zwölf Mal auf, in den Jahren 73–76 gar nicht. Unter den Geschenken befinden sich dabei solche Dinge wie eine Tracht aus Lothringen, für die der Präsident offensichtlich keine persönliche Verwendung finden konnte. Gleichzeitig werden im Abstand von wenigen Tagen zweimal Lastwagen beobachtet, die, einmal aus der Privatwohnung, einmal vom Schloß Giscards kommend, ganz offensichtlich Geschenke in den Elyseé transportieren.

Die Rolle des Staatspräsidenten, die Wahlgesetzgebung und die politischen Parteien in Frankreich

pem. Das parlamentarische System Frankreichs mit seiner Präsidialverfassung unterscheidet sich beträchtlich von dem der BRD und hat in Zusammenhang mit dem Mehrheitswahlrecht auch die Herausbildung der politischen Parteien beeinflußt.

Mit der Gründung der V. Republik 1958 durch de Gaulle und der Einführung der Direktwahl des Staatspräsidenten durch das Volk im Jahre 1962 hat der Staatspräsident eine besondere Bedeutung bekommen. Er hat das Recht, jederzeit die Nationalversammlung aufzulösen, kann aber seinerseits nicht abgewählt werden. Er ernennt den Premierminister und auf dessen Vorschlag auch die Minister, die nicht der Zustimmung durch das Parlament bedürfen. Er kann sich jederzeit mit einem Volksentscheid an das gesamte Volk wenden, um seine Politik durchzusetzen.

Durch die lange Amtsperiode von 7 Jahren und die direkte Wahl durch das Volk erhöht sich sein Gewicht noch. Die Wahl findet gewöhnlich in zwei Wahlgängen statt. Im ersten Wahlgang ist der Kandidat gewählt, der 50% der abgegebenen Stimmen erhält. Gelingt dies keinem, so findet ein zweiter Wahlgang statt, an dem sich nur noch die Kandidaten beteiligen können, die mindestens 12,5% der Stimmen im ersten Wahlgang erhalten haben. Gewählt ist der Kandidat, der die meisten Stimmen erhält.

Um sich an den Wahlen zu beteiligen, muß man die schriftliche Unterstützung von 500 Mandatsträgern haben, d.h. Bürgermeistern, Stadträten, Abgeordneten des Parlaments etc. (Bis 1976 waren es nur 100.) Die Unterschriften müssen aus mindestens 30 verschiedenen Départements stammen, und pro Département werden 50 als Höchstgrenze anerkannt.

Da keine der politischen Parteien in der Lage ist, allein Mehrheiten zu bilden, gleichzeitig aber ein relativ starker rechter Flügel in Form der gaullistischen Bewegung besteht und eine relativ starke revisionistische KP, kann von beiden Seiten die Macht nur behauptet bzw. errungen werden unter dem Zwang der Bildung von Koalitionen. Dennoch ist es nicht zur Entwicklung einer großen Partei der Rechten gekommen, sondern die Finanzbourgeoisie zieht es vor, aus einer Reihe von Parteien den ihr geeignet erscheinenden Kandidaten zu unterstützen. So geschehen, als Giscard d'Estaing schon vor dem ersten Wahlgang ihre Unterstützung erhielt. Offensichtlich sollen dadurch auch allzuschnelle Verschleißerscheinungen im Lager der Regierungsparteien verhindert werden.

So ergeben sich heute im wesentlichen 4 verschiedene Strömungen, die bis auf die PC alle in ihrer jetzigen Form erst in den 70er Jahre entstanden sind und keine kontinuierliche Geschichte aufweisen.

Die stärkste Strömung auf seiten der Regierungspartei ist die gaullistische Bewegung, heute durch den 1976 gegründeten Rassemblement pour la République dargestellt, dessen Vorsitzender Jacques Chirac ist, Bürgermeister von Paris und Präsidentschaftskandidat. Die R.P.R. ist heute eine Massenpartei von etwa 400–500000 Mitgliedern, deren oberstes Ziel es ist, „die Politik des Präsidenten und seiner Regierung im Volk zu vertreten" und so dafür zu sorgen, daß diese an der Regierung bleibt. In seiner Propaganda greift der R.P.R. die alten gaullistischen Ideen wieder auf. Ausgehend von der Einheit der Nation, in der die Klassenunterschiede ausgelöscht sind, soll die Stärkung der Unabhängigkeit Frankreichs, die Sicherung des Friedens und sozialer und ökonomischer Fortschritt erreicht werden. In der französischen Nationalversammlung verfügt die R.P.R. derzeit über 150 Sitze und ist damit die stärkste Partei. Zweitstärkste Fraktion der Regierungsmehrheit ist die 1978 gegründete Union démocratique française (U.D.F.). Sie verfügt über 71 Sitze. Die U.D.F. ist ein reines Wahlbündnis aus drei verschiedenen Parteien, der Parti républican (P.R.), die mit Giscard d'Estaing den Staatspräsidenten stellt, den Chrétiens democrates et sociaux (C.D.S.) und dem Centre National des Indépendants (C.N.I.). Allen dreien ist gemeinsam, daß sie über eine kaum nennenswerte Mitgliedschaft verfügen, die sich überwiegend aus den höheren Schichten rekrutiert. Ihre politische Aktivität beschränkt sich auf die Teilnahme an den Wahlkämpfen.

Die Opposition wird gebildet aus der Parti socialiste (P.S.) und der Parti communiste (P.C.) sowie dem Mouvement des Radicaux de Gauche (M.R.G.), der allerdings nur mit der P.S. zusammen kandidiert.

Die P.S. entstand 1971 aus dem Zusammenschluß von der Section française de l'Internationale ouvrière (S.F.I.O.) und einer anderen sozialdemokratischen Organisation. Die S.F.I.O. war in den 60er Jahren fast zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken, nachdem sie eine Zeitlang mit den Gaullisten koaliert hatte. Sie erhielt bei den Wahlen 1969 nur noch 5% der Stimmen. Die Mitgliedschaft sank von 300000 unmittelbar nach dem Kriege auf etwa 50000 Ende der 60er Jahre. Mit der Entscheidung, das Bündnis mit der P.C. zu suchen, der Unterzeichnung des gemeinsamen Programms von P.C. und P.S. 1972 änderte sich diese Entwicklung, was der Anstieg der Mitgliederzahlen auf 150000 ausdrückt. 1974 wurde der gemeinsame Präsidentschaftskandidat Mitterand nur knapp geschlagen. Die P.S. verfügt heute über 104 Abgeordnete im Parlament. Die P.S. fordert in ihrem Grundsatzprogramm u.a. die Verstaatlichung all der Betriebe, die überwiegend von Staatsaufträgen leben, eine faktische Monopolstellung innehaben oder mit staatlichen Mitteln subventioniert werden. In diesen Betrieben soll auch zunächst die Selbstverwaltung eingeführt werden. Für alle anderen Betriebe sollen bis zur Einführung der Selbstverwaltung die Rechte der Betriebsräte erheblich erweitert werden.

Die P.C. ist heute wieder die mitgliederstärkste Partei Frankreichs. Nach eigenen Angaben verfügt sie über 700000 Mitglieder. Mit 86 Abgeordneten ist sie drittstärkste Fraktion. Die Geschichte der P.C. ist eng mit der revisionistischen Entartung der SU verknüpft. So hat sie schon vor einiger Zeit die Forderung der Diktatur des Proletariats aus ihrem Programm gestrichen, hat sie den Einmarsch der SU nach Afghanistan unterstützt, sich gleichzeitig aber gegen die Einschränkungen von demokratischen Rechten in der SU gewandt. Durch die Zusammenarbeit mit der P.S. hat sie zunächst wieder an Bedeutung gewonnen, die sie aber erneut zu verlieren Gefahr läuft, da aufgrund geringer programmatischer Unterschiede ihr Verhältnis zur Sowjetunion besondere Bedeutung erhält. Aus diesem Grunde verfolgt sie gegenwärtig eine Politik der Abgrenzung gegenüber der P.S.; die bis hin zur Unterstützung von Regierungspolitikern bei Wahlen gegen die P.S. geht. Die P.C. kontrolliert die größte Gewerkschaft C.G.T. und verfügt außerhalb des Regierungslagers über eine eigene Tageszeitung, die Humanité.

UdSSR baut wirtschaftliche Fäden zur Türkei aus

frb. Die Türkei und die UdSSR wollen ihre wirtschaftlichen Beziehungen im Bereich gemeinsamer Industrieprojekte sowie im Warenhandel wesentlich intensivieren. Dies wurde, wie die Bundesstelle für Außenhandelsinformation meldet, nach einem Besuch des türkischen Ministers für Industrie und Technologie, Sahap Koctopcu, in Moskau bekanntgegeben. Der Minister nahm an der Sitzung der türkisch-sowjetischen Kommission für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Moskau teil. Bei den Kooperationen soll es sich vor allem um die Erweiterung bereits bestehender Produktionsanlagen der Schwerindustrie in der Türkei, an der die Sowjetunion beteiligt ist, handeln. Das Stahlwerk bei Iskenderun soll von 1 Mio. jato auf 4 Mio. jato ausgebaut werden. Die Kapazität des Aluminiumwerks bei Seydisehir in Zentralanatolien wird die UdSSR verdoppeln, in Westanatolien errichtet sie eine Wasserstoffperoxidanlage. Weiterhin werden die sowjetischen Stromlieferungen in die Türkei erhöht. Anfang des Monats war in Ankara das 22. Türkisch-Sowjetische Handelsprotokoll über den Warenaustausch 1981 veröffentlicht worden.

Verhandlungen EG – Japan ohne Ergebnis

frb. Ohne greifbares Ergebnis sind die Verhandlungen zwischen der EG und Japan letzten Donnerstag in Tokio zu Ende gegangen. Die Initiative zu diesen Verhandlungen war vom Ministerrat der EG ausgegangen, der im November einen „substantiellen Fortschritt" gegenüber Japan verlangt hatte. Die EG hatte 1980 ein Handelsdefizit von 8 Mrd. Dollar gegenüber Japan. Es ist damit größer als das Defizit der USA gegenüber Japan, obwohl das Handelsvolumen geringer ist. Das japanische Handelsministerium hat lediglich vage Zusagen gemacht, eine Vorhersage für die Automobil- und Farbfernsehexporte in die BRD und in die Benelux-Länder zu treffen und den japanischen Monopolen von einer „exzessiven Exportschwemme" abzuraten. Andererseits hat Japan zu verstehen gegeben, daß es eine baldmögliche Aufhebung zahlreicher Einfuhrschranken für seine Waren in die EG erwarte. Die EG indes hält sich alle Schritte offen, und am 17. Februar wird der Ministerrat aufgrund des Berichts der Verhandlungsdelegation über das weitere Vorgehen befinden. So kann der Handelspoker in eine neue Runde treten.

Spanien droht EG mit Gegenmaßnahmen

frb. Ohne jegliches Ergebnis sind Gespräche der EG-Kommission mit Spa-

Ende gegangen. Die Initiative zu diesen Verhandlungen war vom Ministerrat der EG ausgegangen, der im November einen „substantiellen Fortschritt" gegenüber Japan verlangt hatte. Die EG hatte 1980 ein Handelsdefizit von 8 Mrd. Dollar gegenüber Japan. Es ist damit größer als das Defizit der USA gegenüber Japan, obwohl das Handelsvolumen geringer ist. Das japanische Handelsministerium hat lediglich vage Zusagen gemacht, eine Vorhersage für die Automobil- und Farbfernsehexporte in die BRD und in die Benelux-Länder zu treffen und den japanischen Monopolen von einer „exzessiven Exportschwemme" abzuraten. Andererseits hat Japan zu verstehen gegeben, daß es eine baldmögliche Aufhebung zahlreicher Einfuhrschranken für seine Waren in die EG erwarte. Die EG indes hält sich alle Schritte offen, und am 17. Februar wird der Ministerrat aufgrund des Berichts der Verhandlungsdelegation über das weitere Vorgehen befinden. So kann der Handelspoker in eine neue Runde treten.

Spanien droht EG mit Gegenmaßnahmen

frb. Ohne jegliches Ergebnis sind Gespräche der EG-Kommission mit Spa-
nien zur Beschränkung dessen Stahlexports in die EG abgebrochen worden. Die spanische Delegation hatte auf dem Grundsatz *gegenseitiger* Ausfuhrbeschränkungen bestanden, während die EG-Delegation erklärte, sie habe vom Ministerrat nur ein Mandat zur Beschränkung der spanischen Exporte in die EG. Spanien hat jetzt erstmals offiziell mit Gegenmaßnahmen gedroht, falls die EG einseitig Handelsbeschränkungen erzwingen wolle.

Preissteigerung 6%

frb. Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte wird den Vorjahresstand im Januar voraussichtlich um 6% übersteigen. Dies hat das Statistische Bundesamt nach Vorliegen der Ergebnisse aus vier Bundesländern mitgeteilt.

Sowjetunion erreicht Planziel 1980 nicht

frb. Die UdSSR hat ihre Planziele im vergangenen Jahr nicht erreicht, wenngleich kein Einbruch wie 1979 zu verzeichnen war. Dies geht aus der Veröffentlichung des Planerfüllungsberichtes in der „Prawda" vom 24.1. hervor. Insgesamt stieg die industrielle Bruttoproduktion um 3,6% gegenüber geplanten 4,5%. Nicht erfüllt wurden u.a. die Pläne für Kohle, Stahlwalzgut, Mineraldünger, spanende Werkzeugmaschinen, Güterwaggons, Nutzholz, Zement, Textilgewebe. Die Steigerung der Arbeitsproduktivität, auf die die ganze Planung zugeschnitten war, blieb mit plus 2,6% weit hinter dem Ziel von 3,8%. Die Getreideernte ergab 189 Mio. t, geplant waren 235 Mio. t. Der durchschnittliche nominale Lohn der Arbeiter und Angestellten soll um 3,2% gestiegen sein.

Keine Raubfischerei in den Gewässern Grönlands!

Im Kielwasser der „Deutschen Hochseefischerei" führt der berechtigte Kampf der Hochseefischer in die Irre

frb. Zu einem vorläufigen und teilweisen Kompromiß in der Fischereipolitik haben die EG-Agrarminister Mitte letzter Woche nach einer von Protesten begleiteten Sitzung gefunden. Die Übereinkunft erlaubt die Ratifizierung des seit langem ausgehandelten Fischereiabkommens mit Norwegen und damit die Ausnutzung einer Fangquote für die westdeutsche Hochseefischerei bis Mitte Februar in der Größenordnung von 3000 t Kabeljau. Für die Ratifizierung des ebenfalls seit langem ausgehandelten Vertrages mit Kanada sind weitere Klärungen vorgesehen. 10000 t wollen die westdeutschen Fischereikonzerne vor dessen Küste fangen, insgesamt beanspruchen sie 80000 t außerhalb der EG-Gewässer.

Der Ministerrat soll sich am 9. und 10. Februar erneut zusammenfinden, um die noch offenen internen Probleme der Fangquoten und den Zugang zu den Küstengewässern zu klären. Die westdeutschen Fischereikonzerne wollen von der angekündigten Blockade absehen.

Die seit Jahren andauernde Auseinandersetzung um die gemeinsame Fischereipolitik hat dazu geführt, daß rund 10000 westdeutsche Hochseefischer, die von den wenigen Konzernen zu wüstesten Bedingungen ausgebeutet werden, um ihre Arbeitsplätze fürchten. Ein Arbeitskreis der Betriebsräte im Fischereihafen von Bremerhaven und Cuxhaven hatte eine Demonstration in Bonn organisiert und sich in einem Flugblatt an die Öffentlichkeit gewandt. Sie rufen darin zur Unterstützung für die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze auf und beklagen die „mangelnde Einigungsfähigkeit der EG-Politiker", die die Arbeitsplätze bedrohe.

Der Fall zeigt, wie sehr der Schacher um handfeste imperialistische Interessen die EG beherrscht und daß die Interessen der Völker in der EG nicht zum Ausdruck kommen. Da ist von historischen Fangrechten, ja von solchen, die zwar nicht ausgenutzt wurden, aber doch bestehen, die Rede. Van de Vring (SPD) bezichtigte Dänemark der „Kanonenbootpolitik", weil die dänische Regierung den Einsatz ihrer Marine androhte, falls westdeutsche Fangschiffe nicht ihre Piratenakte vor Grönland beenden.

Die Hoheitsrechte der Staaten über ihre Gewässer müssen geschützt werden, Fischerei in fremden Gewässern nur unter voller Wahrung dieser Rechte entsprechend der Seerechtskonferenz. Die westdeutschen Fischereikonzerne, die die einzige Hochseeflotte in der EG laufen haben, sind als Provokateure verschrien. Sie haben ganz andere Interessen als die Hochseefischer, obwohl sie jetzt scheinbar Hand in Hand gehen. Gerade deshalb ist eine deutliche Trennung zur „Nordsee" & Co. notwendig, die Erpresserpolitik muß bekämpft werden. Von der EG muß verlangt werden, daß sie die Verträge mit Norwegen und Kanada ihrerseits unverzüglich erfüllt und die Rechte Grönlands nicht länger verletzt werden.

Grönland sieht sich immer mehr betrogen

bag.Aarhus. Das neue Fischereiabkommen der EG hat in Dänemark und Grönland starke Reaktionen ausgelöst. Noch während der Verhandlungen in Brüssel stimmte der dänische Wirtschaftsausschuß von Kopenhagen aus dem Abkommen zu, mit vier Gegenstimmen allerdings, darunter der Linkssozialisten und der Sozialistischen Volkspartei, die von einem Aus-



Grönländische Fischer beim Fischfang

verkauf grönländischer Interessen sprachen. In der Presse und im Fernsehen wurde einerseits ein Erfolg für die dänische Fischerei konstatiert: das Norwegen-Abkommen, das Dänemark ca. 200000 t Industriefisch sichert, schaffe eine gewisse Entlastung bis zu den Verhandlungen über die neuen Quoten im nächsten Monat, wo für die dänische Fischerei eine Reduzierung zu erwarten sei. Auf der anderen Seite kommentierten zahlreiche Zeitungen das Abkommen mit Überschriften wie: „Grönland wurde im neuen EG-Fischereiabkommen betrogen" (Politiken, 28.1.) und „Die Grönländer überdenken ihre EG-Mitgliedschaft" (Information, 29.1.).

Die grönländischen Mitglieder der EG-Fischereikommission nahmen das Ergebnis unter dem Druck der Verhandlungen an, kritisierten jedoch nach ihrer Rückkehr die Mißachtung grönländischer Interessen durch die Vertreter der EG-Länder, besonders auch der Bundesrepublik, in scharfen Worten. Fast einmütig wurden sie in dieser Kritik von anderen grönländischen Regierungsvertretern und den Gewerkschaften unterstützt. Gegen das Argument des westdeutschen Landwirtschafts- und Fischereiministers Josef Ertl, daß Grönland für die hohen Summen aus den EG-Fonds Gegenleistungen erbringen müsse, rechnete die grönländische Regierung aus, daß Grönland 1979 zwar 90 Mio. Kronen von der EG bekommen habe, daß aber im selben Jahr allein westdeutsche Trawler für 300–400 Mio. Kronen Fisch in grönländischen Gewässern fingen. Ein Vertreter der regierenden Unabhängigkeitspartei Siumut sagte: „Die 1000 t Garnelen, die Norwegen, und die 3000 t Dorsch, die die BRD jetzt bekommen haben, bedeuten kurzfristig nicht so sehr viel. Entscheidend ist die Tendenz, die u.a. in der Rede Josef Ertls in Brüssel zum Ausdruck kam, daß wir keine Rechte mehr in unseren eigenen Gewässern haben sollen." Der Vorsitzende des grönländischen Gewerkschaftsverbandes (SIK) sagte: „Das Abkommen hat uns erneut bestätigt, daß in der EG nach kapitalistischen Interessen vorgegangen wird, die in direktem Gegensatz zu den Interessen der grönländischen Lohnabhängigen stehen." Und wie zahlreiche andere Grönländer meinte er, daß „dieses Abkommen mit dazu beiträgt, den Widerstand gegen die EG in Grönland zu verschärfen."

Die grönländische Wirtschaft wurde vom dänischen „Mutterland" nach 1945 vom Wal- und Seehundfang auf Fischerei umgestellt und der Handel von der KGH, der „Königlich-Grönländischen Handelsgesellschaft" monopolisiert. Erst Ende der 60er Jahre begann Grönland mit einer eigenen Fischindustrie, und noch heute ist die Fangflotte klein und fast ausschließlich für Küsten- und Fjordfischerei geeignet: rund 320 Schiffe mit insgesamt 12800 BRT, davon 290 Schiffe unter 50 BRT und nur 6 über 500. Was den Dorsch betrifft, um den es bei dem jetzigen Konflikt vor allem ging, so entfielen auf grönländische Fischer bis Ende der 60er Jahre nur 8% des Fangs, um 1970 waren es 18% (BRD: 36,5%). Danach gingen die Fangmengen insgesamt sehr stark zurück, wegen Klimaveränderungen und Überfischung.

Mit 20000 t Dorsch pro Jahr fangen die grönländischen Fischer heute trotz wesentlich höherer Fangkapazitäten weniger Dorsch als zwischen 1960 und 1970. Dabei haben sich die Produktionskosten ständig erhöht, u.a. weil die weniger dichten Fischvorkommen kostspielige technische Ausrüstungen und längere Ausfahrten nötig machen. Inzwischen liegen die Produktionskosten höher als die Verkaufspreise; die Differenz wird mit staatlichen Subventionen ausgeglichen. Trotzdem wächst die Verschuldung der Fischer bei den Banken; bereits 1974 waren es über 100 Mio. Kronen.

Zum Ausgleich wurde der Fang von Garnelen intensiviert, von rund 8000 t um 1970 auf heute rund 20000 t. Auch der Lachsfang in den Fjorden und an den Küsten konnte gesteigert werden.

Der Fischfang der Grönländer konzentriert sich auf die Südwestküste des Landes. Die ostgrönländischen Gewässer, um die es in diesem Konflikt ging, sind fast ausschließlich den Trawlern der großen imperialistischen Länder überlassen, weil dort fast keine Häfen liegen, die für die überwiegend kleinen Fangschiffe der Grönländer unerläßlich sind.

Wenn es in den Statistiken „grönländische Fischer" heißt, so ist dies irreführend, denn ein Teil der Fangflotte, und zwar vor allem die Trawler, sind im Besitz der dänischen KGH. Die grönländischen Fischer selbst sind in der Jäger- und Fängerorganisation KNAPP zusammengeschlossen. Diese hatte sich 1973 gegen den Beitritt Grönlands zur EG ausgesprochen und hat seit der Zwangseingliederung (bei 71% Neinstimmen) immer wieder den Austritt aus der EG gefordert.

im Fischereihafen von Bremerhaven und Cuxhaven hatte eine Demonstration in Bonn organisiert und sich in einem Flugblatt an die Öffentlichkeit gewandt. Sie rufen darin zur Unterstützung für die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze auf und beklagen die „mangelnde Einigungsfähigkeit der EG-Politiker", die die Arbeitsplätze bedrohe.

Der Fall zeigt, wie sehr der Schacher um handfeste imperialistische Interessen die EG beherrscht und daß die Interessen der Völker in der EG nicht zum Ausdruck kommen. Da ist von historischen Fangrechten, ja von solchen, die zwar nicht ausgenutzt wurden, aber doch bestehen, die Rede. Van de Vring (SPD) bezichtigte Dänemark der „Kanonenbootpolitik", weil die dänische Regierung den Einsatz ihrer Marine androhte, falls westdeutsche Fangschiffe nicht ihre Piratenakte vor Grönland beenden.

Die Hoheitsrechte der Staaten über ihre Gewässer müssen geschützt werden, Fischerei in fremden Gewässern nur unter voller Wahrung dieser Rechte entsprechend der Seerechtskonferenz. Die westdeutschen Fischereikonzerne, die die einzige Hochseeflotte in der EG laufen haben, sind als Provokateure verschrien. Sie haben ganz andere Interessen als die Hochseefischer,



Grönländische Fischer beim Fischfang

verkauf grönländischer Interessen sprachen. In der Presse und im Fernsehen wurde einerseits ein Erfolg für die dänische Fischerei konstatiert: das Norwegen-Abkommen, das Dänemark ca. 200000 t Industriefisch sichert, schaffe eine gewisse Entlastung bis zu den Verhandlungen über die neuen Quoten im nächsten Monat, wo für die dänische Fischerei eine Reduzierung zu erwarten sei. Auf der anderen Seite kommentierten zahlreiche Zeitungen das Abkommen mit Überschriften wie: „Grönland wurde im neuen EG-Fischereiabkommen betrogen" (Politiken, 28.1.) und „Die Grönländer überdenken ihre EG-Mitgliedschaft" (Information, 29.1.).

gen. Ein Vertreter der regierenden Unabhängigkeitspartei Siumut sagte: „Die 1000 t Garnelen, die Norwegen, und die 3000 t Dorsch, die die BRD jetzt bekommen haben, bedeuten kurzfristig nicht so sehr viel. Entscheidend ist die Tendenz, die u.a. in der Rede Josef Ertls in Brüssel zum Ausdruck kam, daß wir keine Rechte mehr in unseren eigenen Gewässern haben sollen." Der Vorsitzende des grönländischen Gewerkschaftsverbandes (SIK) sagte: „Das Abkommen hat uns erneut bestätigt, daß in der EG nach kapitalistischen Interessen vorgegangen wird, die in direktem Gegensatz zu den Interessen der grönländischen Lohnabhängigen stehen." Und wie zahlreiche an-

sten höher als die Verkaufspreise; die Differenz wird mit staatlichen Subventionen ausgeglichen. Trotzdem wächst die Verschuldung der Fischer bei den Banken; bereits 1974 waren es über 100 Mio. Kronen.

Zum Ausgleich wurde der Fang von Garnelen intensiviert, von rund 8000 t um 1970 auf heute rund 20000 t. Auch der Lachsfang in den Fjorden und an den Küsten konnte gesteigert werden.

Der Fischfang der Grönländer konzentriert sich auf die Südwestküste des Landes. Die ostgrönländischen Gewässer, um die es in diesem Konflikt ging, sind fast ausschließlich den Trawlern der großen imperialistischen Länder überlassen, weil dort fast keine Häfen liegen, die für die überwiegend kleinen Fangschiffe der Grönländer unerläßlich sind.

Wenn es in den Statistiken „grönländische Fischer" heißt, so ist dies irreführend, denn ein Teil der Fangflotte, und zwar vor allem die Trawler, sind im Besitz der dänischen KGH. Die grönländischen Fischer selbst sind in der Jäger- und Fängerorganisation KNAPP zusammengeschlossen. Diese hatte sich 1973 gegen den Beitritt Grönlands zur EG ausgesprochen und hat seit der Zwangseingliederung (bei 71% Neinstimmen) immer wieder den Austritt aus der EG gefordert.

Kein Kernkraftwerk in Brokdorf

Demonstration anläßlich Hamburger SPD-Sonderparteitag

uwz. Am Montag, dem 2. Februar findet ein von der SPD-Hamburg beschlosser Sonderparteitag statt. Beraten werden soll die Frage, ob die SPD, die im Hamburger Senat die alleinige Regierungsmehrheit hat, die HEW aus dem Projekt Kernkraftwerk Brokdorf zurückzieht oder nicht. Innenminister Baum hatte die Absicht der Bundesregierung bekräftigt, auf jeden Fall Brokdorf zu bauen und hat bereits die zweite Teilerrichtungsgenehmigung angekündigt. In der Hamburger SPD hat diese Ankündigung und der Beschluß der Bürgerinitiativen auf ihrer „Kolmarer Konferenz", bei Baubeginn in Brokdorf zu demonstrieren, eine Diskussion ausgelöst, die Bürgermeister Klose als Vertreter der sogenannten Brokdorf-Gegner eröffnet hat. Im Landesvorstand der SPD konnte er für den Rückzug aus Brokdorf keine Mehrheit finden. Die Mehrheit der Vorstandsmitglieder wollen auf dem Kurs der Bundesregierung Brokdorf durchsetzen.

Was liegt der Haltung von Klose zugrunde? Klose als Vertreter eines Teils vor allem der Hamburger Finanzbourgeoisie fordert den Ersatz des Kernkraftwerkes Brokdorf durch mehrere Kohlekraftwerke. Dabei geht er auch von der bereis 1973 gemachten Rechnung der Bundesregierung aus, daß unter den jetzigen Bedingungen (verstärkter Ausfall des KKW Brunsbüttel, Widerstand in breiten Kreisen der Bevölkerung) die Kosten für ein Kernkraftwerk in derselben Höhe liegen, wie ein mittleres Kohlekraftwerk kostet. So sollen die Kapitalisten ihren billigen Strom bekommen, und die Energiekonzerne wie die HEW auch die Möglichkeit erhalten, auf dem Wärmemarkt einzusteigen. Dies erscheint ihnen mit dem bis heute durch die Bewegung gegen das Energieprogramm verhinderten KKW Brokdorf und dem Schrottreaktor Brunsbüttel, der andauernd ausfällt, offensichtlich nicht gewährleistet. Die Teile der Bourgeoisie, die das Kernernergieprogramm wie geplant durchsetzen wollen, gehen weiter von einer Position aus, wie sie bereits 1973 in einer Dokumentation der Bundesregierung formuliert ist: „Zusammengefaßt können die wichtigsten Vorteile der Kernernergie für die Volkswirtschaft folgendermaßen formuliert werden: 1. Sicherung der Energieversorgung. 2. Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit. 3.. Erhöhung der Produktivität. 4. Verbesserung des Außenhandels durch Export hochwertiger Technologien." Beiden Teilen der Bourgeoisie – ob für oder gegen AKW's – geht es darum, wie die Kapitalisten gegenüber ihren Konkurrenten auch auf dem Weltmarkt einen Vorsprung erzielen können.

Die Beweggründe, warum Klose aber in der SPD bei Abstimmungen in den Hamburger SPD-Kreisen 511 Delegierte für seine Position (307 dagegen) gewinnen konnte, liegen in der Situation begründet, daß sich in der SPD die sich in der Arbeiterbewegung entwickelnden Widersprüche gegen das Kernenergieprogramm widerspiegeln. Gerade in den Gewerkschaften wird die Forderung von Klose nach einem Kohlekraftwerk eher begrüßt als die nach den abenteuerlichen Kernkraftwerken. Der Fortschritt, der in der Vorbereitung der Demonstration gegen das KKW Brokdorf anläßlich des SPD-Sonderparteitages gemacht wurde, läßt sich nicht übersehen. Zwar hatten die Regierungssozialdemokraten versucht, innerhalb der Gewerkschaftsbewegung diese auf die Position „für Kernenergie" festzulegen. Johannes Müller als Bevollmächtigter der Hamburger IG Metall mußte als SPD-Landesvorstandsmitglied in die Bresche springen. Die Ortsverwaltung der IGM erkärte sich für den Bau von Brokdorf, weil dies die Arbeitsplätze sichern würde. Auf einer großen Funktionärsversammlung konnte nur mittels der persönlichen Autorität der Ortsverwaltung die Debatte, sowie gegenteilige Anträge der Vertrauensleute der Firmen Still und Ortmann und Herbst mit 97 zu 129 abgebügelt werden. Die IG Druck und Papier hat sowohl in der Delegiertenversammlung beschlossen, gegen Brokdorf und für die Stillegung aller AKW's zu sein, wie auch, daß der Bezirksvorstand zur Demonstration am 2.2 aufrufen wird.

Im Kreisvorstand des DGB konnte kein einheitlicher Pro-AKW-Brokdorf-Beschluß durchgesetzt werden. Die Gewerkschaften IG Druck, JBW, GHK, GGLF, GEW und die DGB-Jugend stimmten dagegen. GEW, HBV und IG Druck rufen zur Demonstration gegen Brokdorf am 2. Februar in Hamburg auf.

Dennoch gibt es trotz dieser Fortschritte der Arbeiterbewegung in der Aktionseinheit Schwierigkeiten. Die Jusos hatten – ohne Absprache – eine Demonstration zum DGB-Haus angemeldet und Flugblätter verteilt. Auf Bündnisgesprächen mit den Bürgerinitiativen mußten sie sich jedoch bereit erklären, die Forderung „Kein AKW in Brokdorf und anderswo" zu unterstützen. Daß es zu keiner gemeinsamen Aktion kam, lag an den Vertretern einiger autonomer BUU's, die praktische Aktionen und Angriffe auf die KKW-Betreiber durchführen und mit niemandem zusammengehen wollten, der dies nicht unterstützt. Das war ein Vorwand für den Innensenator, die Juso-Demonstration zu verbieten (die sollte zum Gewerkschaftshaus führen, wo die SPD tagt). Die Jusos spalteten dann die Aktionseinheit, indem sie sich einem Demonstrationsverbot vor dem DGB-Haus unterwarfen und eine andere Demonstration – außerhalb der Innenstadt – anmeldeten. Am Sonnabend haben jetzt die BUU's eine Demonstration durch die Innenstadt, aber nicht zum DGB-Haus, angemeldet. IG Druck und Bundesverband der Bürgerinitiativen betrachten die Aktionen als gemeinsamen Kampf gegen das Kernkraftwerk Brokdorf. Die Eigenständigkeit der Bewegung gegenüber der SPD und dem bürgerlichen Staat wurde gefördert und die mühsam errungenen Fortschritte in der Aktionseinheit zwischen Arbeiterbewegung und demokratischer Bewegung nicht ganz zunichte gemacht.

Der Reallohn ist gesunken

Die Warenmasse, die sich gegen den durchschnittlichen Lohn austauscht, lag 1980 unter dem Niveau von 1979. Über den Arbeitsmarkt findet ein immer rascherer Umschlag der Arbeitskraft statt / Hundertausende finden nur noch kurzfristig Beschäftigung

frb. Seit Anfang 1980 sinkt zum ersten Mal in der Geschichte Westdeutschlands der reale Durchschnittslohn über einen längeren Zeitraum, und nur unter größten Anstrengungen wird es zu verhindern sein, daß er auch im laufenden Jahr weiter sinkt. Sinkt der reale Durchschnittslohn auch 1981, so wird damit auch die reale Lohnsumme unter das Niveau des Vorjahres sinken. Hat die gestiegene Beschäftigung im vergangenen Jahr noch einen gewissen Ausgleich gebracht, so ist es damit im laufenden Jahr vorbei. Die Reproduktion der Arbeiterklasse ist nur ein Moment der Reproduktion des Kapitals, und kommt die Reproduktion des Kapitals in eine Krise, so ist es für die Arbeiterklasse, für alle, die von ihrer Arbeit leben, besonders schwer, ein Sinken der ihr zur Verfügung stehenden Lebensmittel zu verhindern. Alle Propaganda der „wirtschaftlichen Vernunft" fordert die Erfüllung dieses kapitalistischen Gesetzes. Die Parlaments-Opposition fordert „Stärkung der Privatinitiative", die die Kapitalisten damit beweisen, daß sie soviel Arbeiter außer Kraft gesetzt haben, wie in der gesamten Bauwirtschaft arbeiten. Die Regierung antwortet: „Was sollen wir denn noch tun?" Zukunftsinvestitionsprogramm, Steuernachlässe am laufenden Band, Rationalisierungsprämien, Investitionszuschüsse, die Kapitalisten haben's geschluckt, und jetzt schreien sie wieder. Seit Jahren hat sich die Verteilung des Volkseinkommens, des produzierten Neuwerts, zugunsten der Kapitalisten verändert. 1979 sind die Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen um 12% gestiegen (die Nettolohn- und -gehaltssumme um 7%), 1980 sind die Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen um 6,5% gestiegen, die entnommenen Gewinne um 12,5% (Lohnsumme netto plus 6%). Nicht einfach sinkende Profitmasse ist es, die den Kapitalisten die Geschäftslust nimmt, sondern die vergangenen Profite haben sie zu solcher Akkumulation des Kapitals getrieben, daß die Profite dann nicht mehr ausgereicht haben, das neue zusätzliche Kapital in ausreichendem Maße zu verwerten.

Er rede nicht einer Reallohnsenkung das Wort, hat Karl Otto Pöhl, der neue Präsident der Bundesbank im „Vorwärts" geantwortet, und auch die Metallkapitalisten haben schon Gleiches verlauten lassen. Pöhl: „Wir hatten im vorigen Jahr eine Zunahme der Realeinkommen von rund 1,5 Prozent." Dabei hatte die „Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände" in ihrem Jahresbericht schon zugegeben, daß die Realeinkommen des Jahres 1980 im Durchschnitt 0,5% unter dem Niveau des Jahres 1979 lagen. Wofür Pöhl nicht das Wort reden will, ist schon eingetroffen. Er vertauscht kurzerhand die Begriffe, um die Lage zu beschönigen, so wie es die Bundesbankiers schon seit geraumer Zeit machen.

Die Lohnentwicklung 1980

und Vermögen um 6,5% gestiegen, die entnommenen Gewinne um 12,5% (Lohnsumme netto plus 6%). Nicht einfach sinkende Profitmasse ist es, die den Kapitalisten die Geschäftslust nimmt, sondern die vergangenen Profite haben sie zu solcher Akkumulation des Kapitals getrieben, daß die Profite dann nicht mehr ausgereicht haben, das neue zusätzliche Kapital in ausreichendem Maße zu verwerten.

Er rede nicht einer Reallohnsenkung das Wort, hat Karl Otto Pöhl, der neue Präsident der Bundesbank im „Vorwärts" geantwortet, und auch die Metallkapitalisten haben schon Gleiches verlauten lassen. Pöhl: „Wir hatten im vorigen Jahr eine Zunahme der Realeinkommen von rund 1,5 Prozent." Dabei hatte die „Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände" in ihrem Jahresbericht schon zugegeben, daß die Realeinkommen des Jahres 1980 im Durchschnitt 0,5% unter dem Niveau des Jahres 1979 lagen. Wofür Pöhl nicht das Wort reden will, ist schon eingetroffen. Er vertauscht kurzerhand die Begriffe, um die Lage zu beschönigen, so wie es die Bundesbankiers schon seit geraumer Zeit machen.

Die Lohnentwicklung 1980

Entscheidend für die Entwicklung des Lohnes ist der *Tariflohn*, den die Gewerkschaften erkämpfen. Für 95% der Arbeiter und Angestellten waren die neuen Tarifverträge bereits im ersten Halbjahr abgeschlossen worden. Für die Arbeiter erhöhten sich die Stundenlohnsätze im Durchschnitt um 6,8%, für die Angestellten erhöhten sich die Gehälter ebenfalls um 6,8%. Besonders wichtig für die Entwicklung war der Tarifabschluß in der nordrhein-westfälischen Metallindustrie am 13. Februar, der eine Lohnerhöhung von 6,8% linear plus einmalige Sonderzahlung zwischen 30 DM und 165 DM in den unteren Lohn- und Gehaltsgruppen brachte. Die IG Metall bezifferte das Gesamtvolumen auf 7%. Das Ergebnis wurde in den anderen Bezirken ohne wesentliche Abänderungen übernommen, in der Eisen- und Stahlindustrie ohne Sonderzahlung. Am 28.3.80 schloß die ÖTV mit 6,3% ab. Erreichte diese Erhöhung nicht 110 DM, so wurde eine einmalige zusätzliche Zahlung bis zu 200 DM gezahlt. Für alle, die nach der Erhöhung um 6,3% weniger als 1900 DM erhielten, wurden zusätzlich 13 DM als persönliche Zulage, die ab 1.3.81 als „vermögenswirksame Leistung" in den Tarifvertrag eingebaut wird, gezahlt. Einen Tag vor dem öffentlichen Dienst war bereits in der Bauindustrie abgeschlossen worden. Der Abschluß von 6,6% machte zusammen mit dem Relationsvertrag 9,1 für die Spezialbaufacharbeiter (40% der Beschäftigten), 6,8% für die unterste Gruppe der Bauwerker aus. In der Chemieindustrie wurde im Juni mit 7 bis 7,1% abgeschlossen.

In der amtlichen Statistik bewegt sich die Entwicklung des Tariflohns in der Gesamtwirtschaft (auf Stundenbasis) zwischen 7 im Juni und 7,2% im Oktober, wofür die letzten Werte vorliegen.

Zwar weisen verschiedene Statistiken im ersten Halbjahr eine erhebliche positive Lohndrift, d.h. ein schnelleres Steigen der effektiven als der tariflichen Löhne, aus, aber es spricht viel dafür, daß dies auf der Erhebungsmethode und nicht auf einem wirklichen Vorgang beruht. Die Sonderzahlungen gehen nämlich nicht in den Index der Tariflöhne, wohl aber in die Erfassung der Effektivlöhne ein. In allen Statistiken reduzierte sich auch die Lohndrift im dritten Vierteljahr oder wird sogar negativ. Es ist daher wahrscheinlich, daß die Kapitalisten nicht nur im einzelnen, sondern auch im Durchschnitt die Tariferhöhung nicht voll gezahlt haben.

Die *Durchschnittslöhne und -gehälter* haben sich wie folgt erhöht, wobei die Angabe für das 4. Vierteljahr die Schätzung des „Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung" angibt:

1980, Vierteljahre	I	II	III	IV
Insgesamt	6,4	6,6	7,0	6,6
Produz. Gewerbe	7,9	7,0	7,4	–
Dienstlstg.	5,0	6,0	6,6	–

Am unteren Ende stand im 3. Vierteljahr die Entwicklung in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie, wo die Löhne ohnehin schon 20% unter dem Durchschnitt liegen, mit 5,8% Erhöhung.

Die Entwicklung der Durchschnittslöhne blieb noch hinter der Entwicklung der Stundenlöhne zurück, weil in den Durchschnittslohn (Lohnsumme pro Beschäftigten) die Abnahme der bezahlten Arbeitsstunden eingeht. So führt jetzt die Zahlung des Lohns als Stundenlohn und der Zwang, mehr als die 8 Stunden des Normalarbeitstags arbeiten zu müssen, um den Tageswert der Arbeitskraft bezahlt zu erhalten, dazu, daß mit der gesunkenen Stundenzahl nicht mehr der Tageswert der Arbeitskraft gezahlt wird.

Folgt man den neuesten vorliegenden Angaben über die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, so *hat sich die Bruttolohn- und -gehaltssumme je Beschäftigten im Jahre 1980 um 6,5% erhöht*. Die Arbeiter und Angestellten haben diese 6,5% Erhöhung des Bruttolohns nicht in die Hand bekommen. Wie vorherzusehen, ist die betrügerische Seite der letzten Lohnsteueränderungen 1980 wieder voll durchgeschlagen und hat die Lohnabzüge mit der doppelten Rate steigen lassen wie die Bruttolöhne. Dadurch ist die Erhö-

Am unteren Ende stand im 3. Vierteljahr die Entwicklung in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie, wo die Löhne ohnehin schon 20% unter dem Durchschnitt liegen, mit 5,8% Erhöhung.

Die Entwicklung der Durchschnittslöhne blieb noch hinter der Entwicklung der Stundenlöhne zurück, weil in den Durchschnittslohn (Lohnsumme pro Beschäftigten) die Abnahme der bezahlten Arbeitsstunden eingeht. So führt jetzt die Zahlung des Lohns als Stundenlohn und der Zwang, mehr als die 8 Stunden des Normalarbeitstags arbeiten zu müssen, um den Tageswert der Arbeitskraft bezahlt zu erhalten, dazu, daß mit der gesunkenen Stundenzahl nicht mehr der Tageswert der Arbeitskraft gezahlt wird.

Folgt man den neuesten vorliegenden Angaben über die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, so hat sich die Bruttolohn- und -gehaltssumme je Beschäftigten im Jahre 1980 um 6,5% erhöht. Die Arbeiter und Angestellten haben diese 6,5% Erhöhung des Bruttolohns nicht in die Hand bekommen. Wie vorherzusehen, ist die betrügerische Seite der letzten Lohnsteueränderungen 1980 wieder voll durchgeschlagen und hat die Lohnabzüge mit der doppelten Rate steigen lassen wie die Bruttolöhne. Dadurch ist die Erhö-

hung der Nettolöhne erheblich hinter der Entwicklung der Bruttolöhne zurückgeblieben. *Der durchschnittliche Nettolohn hat sich 1980 um etwa 5% erhöht.*

Noch schlechter, als sich die Lage in der Entwicklung des Nettolohnes darstellt, zeigt sie sich beim Vergleich der Warenmasse, in die sich dieser Lohn tauscht, mit der Warenmasse, in die sich der Nettolohn des Vorjahres getauscht hat. Der Arbeiter tauscht seinen Lohn gegen Lebensmittel im weitesten Sinn. Um einen Maßstab zu erhalten, ob sich die ihm zur Verfügung stehende Masse Lebensmittel erhöht oder vermindert hat, muß die Teuerung berücksichtigt werden, die vom Statistischen Bundesamt für das Jahr 1980 mit 5,5% (Lebenshaltung aller privaten Haushalte) angegeben wird. Entsprechend hat der Nettolohn an Wert verloren. *Real, d.h. in Waren ausgedrückt, ist der Durchschnittslohn 1980 um etwa 0,5% gesunken.*

Diese Entwicklung, durch die dem beschäftigten Arbeiter 1980 weniger Waren zur Verfügung standen als 1979, wurde etwas gemildert durch eine gegenüber 1979 höhere Beschäftigung. Allerdings ist diese Entwicklung bereits im Verlauf des dritten Quartals wieder umgeschlagen. Den Zeitraum des ganzen Jahres genommen, hat die *Bruttolohnsumme (Summe aller Löhne) 1980 um 7,5% zugenommen, die Nettolohnsumme um 6%*. Die „Empfangenen laufenden Übertragungen" in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, worunter die gesetzlichen Renten, Kindergeld, Wohngeld, Pensionen der Beamten, Arbeitslosengeld usw. erfaßt sind, sind ebenfalls um 6% gestiegen. Selbst wenn man also nicht den Durchschnittslohn, sondern die gesamte Lohnsumme, und selbst wenn man Lohnsumme plus Versicherungszahlungen plus staatliche Zahlungen, nimmt, bleibt die Entwicklung nur gerade eben über der Entwicklung der Teuerungsrate. Auch das reale Gesamteinkommen ist 1980 nur eben noch um 0,5% gestiegen.

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung über einen längeren Zeitraum. Dabei schließt das Bruttoeinkommen die Arbeitgeberbeiträge zu den Sozialversicherungen mit ein.

Entwicklung der Durchschnittseinkommen
(Vierteljährl. Veränderg. in % gg. Vorj.)

		Brutto-Eink.	Brutto-Lohn/Gehalt	Netto-Lohn/Gehalt	Preise	Real Netto
1975	I	9,4	7,6	9,4	6,1	3,3
	II	7,6	6,9	7,0	6,3	0,7
	III	6,7	6,0	6,3	6,2	0,1
	IV	7,0	6,5	6,3	5,7	1,0
1976	I	9,6	7,8	3,2	5,4	–2,2
	II	12,7	7,3	4,2	4,7	–0,5
	III	10,9	7,4	4,6	3,9	0,7
	IV	9,7	6,9	4,0	3,6	0,4
1977	I	7,2	7,0	5,4	3,6	1,8
	II	7,7	7,3	5,7	3,5	2,2
	III	6,7	6,8	5,5	3,6	1,9
	IV	6,5	6,4	6,3	3,4	2,9
1978	I	5,5	5,5	6,5	2,8	3,7
	II	5,7	5,0	5,6	2,7	2,9
	III	5,7	5,8	7,2	2,3	4,9
	IV	5,5	5,8	6,6	2,2	4,4
1979	I	5,5	5,7	5,7	2,7	3,0
	II	6,0	5,6	5,8	2,7	3,1
	III	4,6	5,0	5,0	4,4	0,6
	IV	6,2	6,5	7,4	5,0	2,4
1980	I	6,3	6,4	4,6	5,2	–0,6
	II	6,9	6,9	4,7	5,7	–1,0
	III	6,6	6,9	4,7	5,1	–0,4

Berechnung nach der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, Vierteljahreswerte des DIW. Angaben jeweils pro Beschäftigten. Preise: Preisindex für die Lebenshaltung eines 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalts mit mittlerem Einkommen, nach: Jahresgutachten des Sachverständigenrates 1980/81 und 1977/78.

Feste Daten für 1981

Auch für 1981 stehen einige Daten bereits fest. Die Steuerreform wird bewirken, daß die Nettolöhne vorübergehend nicht hinter der Entwicklung der Bruttolöhne zurückbleiben. Die Nettolöhne werden 1981 etwa mit derselben Rate steigen wie die Bruttolöhne. Dabei werden aber die hohen Löhne netto mehr steigen als brutto, niedrige Löhne werden netto weniger steigen als brutto. (1982 bereits wird die Lohnsteuersumme wieder mit der doppelten Rate der Bruttolöhne steigen.) Die Erhöhung des Beitragssatzes der Rentenversicherungen am 1. Januar von 18 auf 18,5% und die Erhöhung der Beitragssätze der Krankenversicherungen um durchschnittlich ebenfalls 0,5%, wovon jeweils die Hälfte vom Bruttolohn abzuziehen ist, wird allerdings den Nettolohn trotz Steuerreform um

1979 I 5,5 5,7 5,7 2,7 3,0
II 6,0 5,6 5,8 2,7 3,1
III 4,6 5,0 5,0 4,4 0,6
IV 6,2 6,5 7,4 5,0 2,4
1980 I 6,3 6,4 4,6 5,2 –0,6
II 6,9 6,9 4,7 5,7 –1,0
III 6,6 6,9 4,7 5,1 –0,4

Berechnung nach der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, Vierteljahreswerte des DIW. Angaben jeweils pro Beschäftigten. Preise: Preisindex für die Lebenshaltung eines 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalts mit mittlerem Einkommen, nach: Jahresgutachten des Sachverständigenrates 1980/81 und 1977/78.

Feste Daten für 1981

Auch für 1981 stehen einige Daten bereits fest. Die Steuerreform wird bewirken, daß die Nettolöhne vorübergehend nicht hinter der Entwicklung der Bruttolöhne zurückbleiben. Die Nettolöhne werden 1981 etwa mit derselben Rate steigen wie die Bruttolöhne. Dabei werden aber die hohen Löhne netto mehr steigen als brutto, niedrige Löhne werden netto weniger steigen als brutto. (1982 bereits wird die Lohnsteuersumme wieder mit der doppelten Rate der Bruttolöhne steigen.) Die Erhöhung des Beitragssatzes der Rentenversicherungen am 1. Januar von 18 auf 18,5% und die Erhöhung der Beitragssätze der Krankenversicherungen um durchschnittlich ebenfalls 0,5%, wovon jeweils die Hälfte vom Bruttolohn abzuziehen ist, wird allerdings den Nettolohn trotz Steuerreform um

0,5% weniger steigen lassen.

Geplante Erhöhung der indirekten Steuern und die Streichung von „Subventionen" werden die Preise treiben. Die Erhöhung der Branntweinsteuer kostet 0,75 Mrd. DM, die Erhöhung der Mineralölsteuer 1,7 Mrd. DM. Von den Maßnahmen des „Subventionsabbaus" wird sich 1981 vor allem die Erhöhung der Ablieferung der Bundespost an den Bundeshaushalt um 1,27 Mrd. DM, die sich in einer Erhöhung der Postgebühren niederschlagen wird, wirksam werden. Allein diese Maßnahmen werden notwendige Lebensmittel um etwa 0,5% verteuern.

Schließlich wird 1981 in jedem Fall die gesamte Lohnsumme weniger steigen als der Durchschnittslohn. Das DIW rechnet mit einer Erhöhung des Durchschnittslohns um 4% und einer Erhöhung der Lohnsumme (brutto wie netto) von 3%. Die „Laufenden Übertragungen" sollen nach dieser Prognose wegen Erhöhung des Kindergeldes und der häufigeren Arbeitslosengeldzahlungen um 8% steigen. Das Gesamteinkommen würde danach etwa um 4,5% steigen, deutlich weniger, als dies schon 1980 der Fall war.

Die Entwicklung der Beschäftigung

Über die Entwicklung der Beschäftigten liegen Angaben bis zum 3. Vierteljahr 1980 vor. Die schon im Verlauf des 3. Vierteljahres und seither sprunghaft gestiegene Zahl der Arbeitslosen läßt die weitere Entwicklung erkennen. Nach der Krise von 1975 hatte die Zahl der Beschäftigten in der Gesamtwirtschaft erstmals Anfang 1976 – gegenüber dem geschrumpften Niveau des Vorjahres – wieder etwas zugenommen. Bereits ein Jahr später allerdings sank die Zahl der Beschäftigten, vor allem wegen eines Einbruchs in der Bauwirtschaft, wieder. Erst seit dem 3. Vierteljahr 1977 nimmt die Beschäftigtenzahl in der Gesamtwirtschaft wieder zu.

Seither hat die Gesamtzahl der Beschäftigten um 3,7% zugenommen. Daß aber selbst diese bescheidene Zunahme, nach der die Gesamtzahl der Beschäftigten immer noch ½ Million unter dem Stand des Herbstes 1973 bleibt, nicht nur der Entwicklung der Produktion, sondern weit mehr der Ausweitung unproduktiver Arbeiten und einer Auswucherung von Verwaltungstätigkeiten geschuldet ist, zeigt die unterdurchschnittliche Entwicklung im produzierenden Gewerbe. Hier ist nämlich die Zahl der Beschäftigten im verglichenen Zeitraum nur um 2,9% gestiegen. Innerhalb des produzierenden Gewerbes wiederum ist die Zahl in der verarbeitenden Industrie weniger gestiegen als in der Bauwirtschaft.

Die Zahl der Beschäftigten im produzierenden Gewerbe liegt heute um über 10% unter dem Stand von Ende 1973.

Schon im dritten Vierteljahr 1980 lag die noch geringe Zunahme der beschäftigten Lohnabhängigen vor allem an einer Zunahme der Ausbildungsstellen. Zwei Drittel der Steigerung gegenüber dem Vorjahr entfällt hierauf. Stagniert hat die Beschäftigtenzahl im Investitionsgütergewerbe, das noch im Vorquartal überdurchschnittlich expandiert hatte. In den anderen Bereichen des verarbeitenden Gewerbes hat die Beschäftigtenzahl bereits abgenommen. Überdurchschnittlich war der Rückgang im Straßenfahrzeugbau, in der Elektrotechnik, der Herstellung von Kunststoffwaren und im Textil- und Bekleidungsgewerbe. Auch im Baugewerbe sank die Zahl der Beschäftigten wie schon im Vorquartal.

Trotz des Rückgangs im produzierenden Gewerbe weitete sich die Beschäftigung in den Dienstleistungen auch absolut immer noch aus. Die langfristige Entwicklung der Zuführung eines größeren Anteils der gesellschaftlichen Arbeitskraft in diesen Bereich setzt sich damit fort. Es zeigt sich daran auch, auf welch tönernen Füßen der kurze Aufschwung seit 1975 und damit die weitere Entwicklung steht.

Spaltung des Arbeitsmarktes

Wie für die Entwicklung des Lohnes, so gibt es auch für die Entwicklung des Arbeitsmarktes einige feste Daten, die zwar nicht entscheidend sind, aber Bedingungen setzen. Im einzelnen dazu die Tabelle über die Entwicklung des Erwerbspotentials (Selbständige eingeschlossen) aus der Arbeitskräfte-Gesamtrechnung, die die Bundesanstalt für Arbeit neuerdings veröffentlicht. Daraus ergibt sich, daß die Zahl der Schulabgänger, die eine Ausbildungs- und Arbeitsstelle suchen, zunehmen wird, daß die Entlastung, die die westdeutschen Imperialisten durch die willkürliche Einreisesperre bewirkt haben, an Wirkung verliert. Anfang der 70er Jahre lieferte das Ausland 40% der Zufuhr zum Arbeitsmarkt. Die Tabellen zeigen auch, daß, mit Ausnahme der Sondereffekte bei der Einführung der flexiblen Altersgrenze, ebensoviele Arbeiter als Erwerbsunfähige ausscheiden wie als Altersrentner.

Gegenwärtig verzeichnen die Arbeitsämter jährlich rund 3,2 Millionen Abgänge der bei ihnen registrierten Arbeitslosen. Lediglich ¾ hiervon aber haben wieder Arbeit bekommen. 1970 waren es noch 95%. Einerseits hat die Zahl Neueinstellungen Arbeitsloser selbst im Höhepunkt der Krise 1975 das Doppelte früherer Jahre erreicht (entsprechend stieg die Zahl der Entlassungen), andererseits zeigen eine Reihe empirischer Untersuchungen, daß sich in den letzten Jahren eine ganze Schicht Lohnabhängiger herausbildet, die keine langandauernde Anstellung mehr findet. Über ein Viertel der Abgänger aus Arbeitslosigkeit waren in den zurückliegenden fünf Jahren mehrfach arbeitslos. 53% waren zuletzt weniger als 10 Jahre fest beschäftigt, von einer Gruppe genau erfaßter Arbeitsloser waren 27% vier Monate nach ihrer Vermittlung wieder arbeitslos. Nach neun Monaten sind 16% wieder arbeitslos, nur ⅓ haben Arbeit. Dies, obwohl über die Hälfte Branche oder Beruf wechselt; selbst von jenen, die wegen einer neuen Stelle umziehen, waren nach einem Jahr 10% wieder arbeitslos. Es sind vor allem ungelernte Arbeiter, Arbeiter mit gesundheitlichen Schäden, Unfallverletzungen, Bandscheibenschäden oder die zuvor unter besonderen Belastungen gearbeitet haben, die von den Kapitalisten aussortiert oder nach Belieben verfügbar gehalten werden. Jene, die schon seit dem Entstehen einer ständigen Reservearmee hin- und hergeschoben werden, werden auch jetzt zuerst entlassen werden. Davon geht ein schwerer Druck auf die ganze Arbeiterklasse aus.

Bestände, Zu- und Abgänge bei dem Erwerbspotential (Deutsche und Ausländer) 1970 bis 1978
Absolute Zahlen in Tausend
1970 1971 1972 1973 1974 1975 1976 1977 1978
Jahresanfangsbestand 26641,0 26876,0 26973,5 27082,5 27165,5 26953,5 26819,5 26742,5 26767,5

an einer Zunahme der Ausbildungsstellen. Zwei Drittel der Steigerung gegenüber dem Vorjahr entfällt hierauf. Stagniert hat die Beschäftigtenzahl im Investitionsgütergewerbe, das noch im Vorquartal überdurchschnittlich expandiert hatte. In den anderen Bereichen des verarbeitenden Gewerbes hat die Beschäftigtenzahl bereits abgenommen. Überdurchschnittlich war der Rückgang im Straßenfahrzeugbau, in der Elektrotechnik, der Herstellung von Kunststoffwaren und im Textil- und Bekleidungsgewerbe. Auch im Baugewerbe sank die Zahl der Beschäftigten wie schon im Vorquartal.

Trotz des Rückgangs im produzierenden Gewerbe weitete sich die Beschäftigung in den Dienstleistungen auch absolut immer noch aus. Die langfristige Entwicklung der Zuführung eines größeren Anteils der gesellschaftlichen Arbeitskraft in diesen Bereich setzt sich damit fort. Es zeigt sich daran auch, auf welch tönernen Füßen der kurze Aufschwung seit 1975 und damit die weitere Entwicklung steht.

Abgänger aus Arbeitslosigkeit waren in den zurückliegenden fünf Jahren mehrfach arbeitslos. 53% waren zuletzt weniger als 10 Jahre fest beschäftigt, von einer Gruppe genau erfaßter Arbeitsloser waren 27% vier Monate nach ihrer Vermittlung wieder arbeitslos. Nach neun Monaten sind 16% wieder arbeitslos, nur ⅓ haben Arbeit. Dies, obwohl über die Hälfte Branche oder Beruf wechselt; selbst von jenen, die wegen einer neuen Stelle umziehen, waren nach einem Jahr 10% wieder arbeitslos. Es sind vor allem ungelernte Arbeiter, Arbeiter mit gesundheitlichen Schäden, Unfallverletzungen, Bandscheibenschäden oder die zuvor unter besonderen Belastungen gearbeitet haben, die von den Kapitalisten aussortiert oder nach Belieben verfügbar gehalten werden. Jene, die schon seit dem Entstehen einer ständigen Reservearmee hin- und hergeschoben werden, werden auch jetzt zuerst entlassen werden. Davon geht ein schwerer Druck auf die ganze Arbeiterklasse aus.

Bestände, Zu- und Abgänge bei dem Erwerbspotential (Deutsche und Ausländer) 1970 bis 1978

Absolute Zahlen in Tausend

	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978
Jahresanfangsbestand	26641,0	26876,0	26973,5	27082,5	27165,5	26953,5	26819,5	26742,5	26767,5
Zugänge aus									
Schul. Ausbild. (o. FuU)	637,4	673,2	691,4	751,8	784,9	795,3	833,6	913,8	895,8
Fortb. u. Umschulung	56,0	95,0	122,0	122,0	134,0	172,0	137,0	94,0	90,0
Erwerbsunfähigkeit	19,8	19,2	19,4	21,4	22,2	20,6	23,0	24,0	26,6
Übr. Nichterwerbspers.	390,9	477,3	525,2	489,7	451,9	518,6	406,3	345,9	417,4
Nichterwerbspersonen	*1104,1*	*1264,6*	*1358,1*	*1385,0*	*1393,0*	*1506,5*	*1399,9*	*1377,6*	*1429,8*
Zuzüge	776,0	656,0	552,0	593,0	259,0	180,0	204,0	277,0	249,0
Zugänge insgesamt	1880,1	1920,6	1910,1	1978,0	1652,0	1686,5	1603,9	1604,6	1678,8
Abgänge insgesamt	1645,1	1823,1	1801,1	1895,0	1864,0	1820,5	1680,9	1579,6	1522,3
Abgänge in									
Schul. Ausb. (o. FuU)	37,3	40,7	44,4	44,4	58,1	79,4	89,6	87,4	81,9
Fortb. u. Umschulung	75,0	131,0	132,0	128,0	149,0	174,0	83,0	79,0	100,0
Erwerbsunfähigkeit	239,0	260,0	263,0	238,0	267,0	267,0	259,0	263,0	263,0
Ruhestand	264,3	277,4	272,5	342,3	365,2	321,8	351,2	259,7	270,9
Übr. Nichterwerbspers.	491,0	561,4	548,5	622,9	492,3	479,0	491,3	539,9	485,0
Nichterwerbspersonen	*1106,6*	*1270,4*	*1260,3*	*1375,6*	*1331,8*	*1321,1*	*1274,2*	*1228,9*	*1200,8*
Sterbefälle	169,5	161,7	156,8	151,4	144,3	139,4	129,7	125,7	122,4
Fortzüge	369,0	391,0	384,0	368,0	388,0	360,0	277,0	225,0	199,0
Jahresendbestand	26876,0	26973,5	27082,5	27165,5	26953,5	26819,5	26742,5	26767,5	26924,0

In Prozent

	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978
Zugänge aus									
Schul. Ausbild. (o. FuU)	33,9	35,1	36,2	38,0	47,5	47,2	52,0	56,9	53,4
Fortb. u. Umschulung	3,0	4,9	6,4	6,2	8,1	10,2	8,5	5,9	5,4
Erwerbsunfähigkeit	1,1	1,0	1,0	1,1	1,3	1,2	1,4	1,5	1,6
Übr. Nichterwerbspers.	20,8	24,9	27,5	24,8	27,4	30,8	25,3	21,6	24,9
Nichterwerbspersonen	*58,7*	*65,8*	*71,1*	*70,0*	*84,3*	*89,3*	*87,3*	*85,9*	*85,2*
Zuzüge	41,3	34,2	28,9	30,0	15,7	10,7	12,7	14,1	14,8
Zugänge insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Abgänge insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Abgänge in									
Schul. Ausb. (o. FuU)	2,3	2,2	2,5	2,3	3,1	4,4	5,3	5,5	5,4
Fortb. u. Umschulung	4,6	7,2	7,3	6,8	8,0	9,6	4,9	5,0	6,6
Erwerbsunfähigkeit	14,5	14,3	14,6	12,6	14,3	14,7	15,4	16,6	17,3
Ruhestand	16,1	15,2	15,1	18,1	19,6	17,7	20,9	16,4	17,8
Übr. Nichterwerbspers.	29,8	30,8	30,5	32,9	26,4	26,3	29,2	34,2	31,9
Nichterwerbspersonen	*67,3*	*69,7*	*70,0*	*72,6*	*71,4*	*72,6*	*75,8*	*77,8*	*78,9*
Sterbefälle	10,3	8,9	8,7	8,0	7,7	7,7	7,7	8,0	8,0
Fortzüge	22,4	21,4	21,3	19,4	20,8	19,8	16,5	14,2	13,1



Schwedische Arbeiterbewegung gegen Anti-Streikparagraphen

coi.Stockholm. Am 21.1. hat ein schwedisches Arbeitsgericht die Entlassung der Belegschaft von 33 Arbeitern eines Zementwerks in Nordschweden nach sechswöchigem wilden Streik für rechtens erklärt. Berufen konnte sich das Gericht auf Paragraphen im Anstellungsschutz- und Mitbestimmungsgesetz (MBL), das die Entlassung bei besonders langem und schwerwiegendem Streik gestattet. Zum ersten Mal seit der Verabschiedung des MBL 1976 hat eine LO-Gewerkschaft wegen Streik entlassene Arbeiter vor Gericht verteidigt. Während der Verhandlungen demonstrierten 500 in Stockholm für die Rücknahme der Entlassungen. Bereits 1977 lagen dem Metallarbeiterkongreß zwanzig Anträge auf Beseitigung aller Gesetzesparagraphen, die Entlassung wegen Streik ermöglichen, vor. Damals wurden sie abgelehnt. Auf den diesjährigen Kongressen der LO-Gewerkschaften wird die Frage eine wichtige Rolle spielen.

Aktionen der IGM für die Abschaffung der Lohngruppe 2

pes. In der letzten Woche sind erneut die Verhandlungen über die Abschaffung der Lohngruppe 2 zwischen dem Kapitalistenverband und der IG Metall ergebnislos verlaufen. Die Kapitalisten beharren auf der Beibehaltung und begründen das immerfort mit den angeblich nach wie vor geltenden „Tätigkeitsmerkmalen" für die Einstufung in diese unterste Lohngruppe im Tarifbezirk. „Einfache Arbeiten, die geringe Arbeitskenntnisse erfordern, aber ohne jegliche Ausbildung nach einer kurzen Einarbeitungszeit ausgeführt werden können und nur geringe Anforderungen an die körperliche Leistungsfähigkeit stellen," dürften auch nicht besser als mit dem Tarif von gegenwärtig 7,53 DM bezahlt werden. Nach einer Umfrage der IGM im Tarifgebiet Schleswig-Holstein sind 1977 fast ausschließlich Frauen in dieser Lohngruppe eingestuft. Rund 70% der in der Elektroindustrie beschäftigten Frauen und knapp 50% der im Maschinenbau beschäftigten Frauen sind noch in Lohngruppe 2. Die Kapitalisten weiten diesen Kreis ständig aus und achten dabei überhaupt nicht auf die von ihnen offiziell so hoch gehaltenen Tätigkeitsmerkmale. Viele Betriebe gehen immer mehr dazu über, Kurzlehrgänge für die Ausbildung zum Metallwerker anzubieten, die zwischen 6 Wochen und einem halben Jahr dauern. Grundfertigkeiten im Drehen, Fräsen und der Blechbearbeitung werden einem beigebracht. Nach Beendigung dieser meist innerbetrieblichen Maßnahmen stellen sie dann die Frauen in Lohngruppe 2 und die Männer in 4 ein. So sind sie immer mehr in der Lage, Facharbeiter durch Angelernte zu ersetzen, die dann nur ⅔ des Lohnes eines Facharbeiters bekommen. Gegen diese Praktiken zur Senkung des Lohnniveaus ist die Forderung nach Streichung der unteren Lohngruppe vollständig richtig.

Seit Mitte Oktober wird deshalb von der Gewerkschaft verstärkt die Propaganda für diese Forderung in den Betrieben unternommen. Unterschriftensammlungen, Debatten auf Betriebsversammlungen waren der Anfang, begleitet von mehreren Flugblättern, die die Solidarität aller Arbeiter für diese Forderung forderten. Während der ersten Verhandlungen am 15.12. streikten in Schleswig-Holstein die Belegschaften von mehreren Betrieben, insgesamt ca. 3500 Arbeiter. Mit dem Auftakt der Lohnverhandlungen Anfang diesen Jahres wurden diese Streiks fortgesetzt mit der Verbindung der Forderung nach 125 DM mindestens und der Abschaffung der LG 2. Vorletzte Woche fand in Neumünster eine Veranstaltung von 1500 Arbeitern und Arbeiterinnen zur Stützung dieser Forderung statt.

In dieser Zeit ist es immer besser gelungen auch die Facharbeiter in diesen Kampf einzubeziehen. So schreibt die IGM in den Metallnachrichten 2: „Den Unternehmern wurde damit gezeigt, daß ihre beliebte Taktik, Facharbeiter gegen Kollegen und Kolleginnen in den unteren Gruppen auszuspielen, diesmal nicht aufgegangen ist." Dies haben insbesondere die Streiks bei Danfoss in Flensburg und DETEWE in Rendsburg gezeigt, wo fast die gesamte Belegschaft streikte.

Gegenwärtig wird in mehreren Betrieben u.a. bei Hagenuk in Kiel, einem Betrieb der Elektrobranche, in dem 800 Frauen arbeiten, der nächste Streik vorbereitet.

Die Durchführung dieser Aktionen der Belegschaften macht den Kapitalisten einiges Kopfzerbrechen. Denn die gegenwärtige Verbindung zwischen dem Lohnkampf und dem Kampf für die Abschaffung der LG 2 stärkt die Arbeiterbewegung. Als völlig unakzeptablen Bestandteil der Lohnforderung haben sie den Mindestbetrag von 125 DM bezeichnet. Aber gerade die Mobilisierung der Belegschaften für die Abschaffung der unteren Lohngruppen, für die dieser Festgeldbestandteil so wichtig ist, macht die Forderung streikfähig. Einige Kapitalisten der Elektrobranche reagieren jetzt mit Entlassungen und Kürzungen der Akkordzeiten und betrieblichen Zulagen. Andere Kapitalisten, wie z.B. Hell in Kiel, erhöhen die Zulagen für die LG 2, so daß mehr als bei LG 3 rauskommt. Sind es unterschiedliche Taktiken, diese Kampffront zu brechen, so zeigt das aber auch ihre Uneinigkeit.

Die Bedingungen für die erfolgreiche Durchsetzung der Forderung haben sich in den letzten Monaten verbessert. In einigen Betrieben wird über Betriebsvereinbarungen zur Streichung der Lohngruppe 2 verhandelt, dennoch bleibt die tarifliche Abschaffung das Ziel.

Englische Gewerkschaften in schwierigen Auseinandersetzungen

dog. Im Januar ist die Zahl der Arbeitslosen in Großbritannien um 180000 auf 2,4 Mio. gestiegen. Die Arbeitslosenquote liegt bei 10%, im Norden und Nordwesten des Landes über 12%. Für das Jahr 1981 sind in einigen Branchen schon weitere Entlassungen angekündigt: 20000 in der Textilindustrie, 10000 beim Automobilkonzern British Leyland. Auch drei andere große Automobilkonzerne haben Entlassungen angekündigt. Der General-Motors-Ableger Vauxhall entläßt 5700 der 29000 Beschäftigten, bei Talbot sollen 900 Entlassungen vorgenommen werden, und das Werk im schottischen Linwood mit 4600 Beschäftigten soll ganz geschlossen werden. Bei der British Steel Corporation wird saniert, 20000 Arbeitsplätze werden „überflüssig".

Es sind schwierige Bedingungen, unter denen die englische Arbeiterbewegung und ihre Gewerkschaften in die Lohnauseinandersetzungen gehen. Die Inflationsrate betrug im Dezember 15,1% – im April 80 hatte sie noch bei 22% gelegen. Die Thatcher-Regierung hat die Einschränkung der öffentlichen Ausgaben eingeleitet und will für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst Lohnabschlüsse von 6% höchstens durchsetzen.

Für die 60000 Ford-Arbeiter haben die zuständigen Gewerkschaften einem Abschluß von 9,5% zugestimmt, British Steel will eine 7%-Erhöhung mit halbjähriger Verspätung ab 1.7. zahlen.

Vor einer Woche haben den Gewerkschaften die Lohnerhöhungen für 1 Mio. Beschäftigten in den Gemeinden zugestimmt. Sie bekommen 7,5% mehr Lohn und Gehalt, gerade die Hälfte der Preissteigerungsrate des Dezembers. Die Beschäftigten in der öffentlichen Wasserversorgung haben ein Angebot von 7,9% zurückgewiesen. Die Regierung hat jetzt neue Gespräche angeboten, offensichtlich unter dem Eindruck der Bereitschaft der 32000 Arbeiter, mit Aktionen ihre Forderungen zu bekräftigen. Die beiden größten Gewerkschaften, die National Union of Employees und die General and Municipal Workers Union, haben das Gesprächsangebot der Regierung begrüßt. Für die Beschäftigten in den Krankenhäusern wollen die neun Gewerkschaften in dieser Woche eine Einigung über die Forderung herbeiführen, im Februar sollen dann die Verhandlungsführung und die Aktionen festgelegt werden. Für 250000 Beschäftigte, die als Hilfspersonal in den Krankenhäusern eingesetzt werden, hat die größte Gewerkschaft, die Civil and Public Service Association (CPSA), in der letzten Woche ihre Forderung aufgestellt: 15% und für die unteren Lohngruppen mindestens eine Lohnerhöhung von 10 Pfund pro Woche. Die Regierung hat entsprechend ihrer Richtlinie 6% angeboten.

Seit drei Wochen streiken die 26000 Seeleute. Sie fordern eine 16prozentige Erhöhung der Heuer. Die Reeder hatten zuletzt 10,5% angeboten, woraufhin von der Gewerkschaft der Seeleute der Streik eingeleitet wurde. Nach Angaben der Gewerkschaft sind mehr als 180 Schiffe in den Streik einbezogen. Insbesondere die Reeder, die Fährlinien fahren, haben sich bemüht, neben dem Reederverband mit der Gewerkschaft zu Vereinbarungen zu kommen. Einem Abschluß von 12% hat die Gewerkschaft jetzt zugestimmt, bei einem anderen konnte keine Einigung über die Bezahlung von Überstundenarbeit erreicht werden.

Auseinandersetzungen um Mehrarbeit und Intensivierung gibt es auch bei der Post. In London streiken 1200 Arbeiter der Post gegen Überstunden, 2000 Beschäftigte des Verteilungsdienstes in Manchester unterstützen mit einem Streik die Auseinandersetzung ihrer Kollegen in der Paketabteilung um einen neuen Stellenbesetzungsplan.

Nicht nur für die Belegschaft der Times-Druckerei werden die Vereinbarungen des Times-Aufkäufers Murdoch Auswirkungen haben. Murdoch hat angekündigt, daß die Reduzierung der „hoffnungslos überfüllten" Druckereien und die Einführung des Fotosatzes Voraussetzung für die Übernahme der Times seien. Die britische Regierung hat auf eine Überprüfung des Vertrages durch die Monopolkommission verzichtet, um das ununterbrochene Erscheinen der Zeitung nicht zu gefährden. Die Verhandlungen zwischen Murdoch und den Gewerkschaften sind noch nicht abgeschlossen. Murdoch verlangt schriftliche Zusicherungen der Gewerkschaften, betriebliche Streiks zu unterbinden, und den Abschluß von Tarifverträgen.

8,5% lautet das Angebot der Bankkapitalisten für die 180000 Beschäftigten der Clearing-Banken. Die Gewerkschaften haben sich dagegen ausgesprochen. Die Kapitalisten stehen unter Druck: Bei einem Streik würde der gesamte Zahlungsverkehr zusammenbrechen. Von daher auch ihre Bereitschaft zu höheren Angeboten. Die Gewerkschaften erwarten für die nächste Verhandlungsrunde ein Angebot über 9%. Andererseits haben weder die Kapitalisten noch die Regierung ein Interesse an einem Abschluß, der über ihre 6%-Linie hinausgeht. Mrs. Thatcher hat für Montag die Bankherren zum Essen eingeladen.

ausgedrückt hat, einen niedrigen, zwei-
nig, in Hessen 8% und eine Vorwegan-
diese unterste Lohngruppe im Tarifbezirk. „Einfache Arbeiten, die geringe Arbeitskenntnisse erfordern, aber ohne jegliche Ausbildung nach einer kurzen Einarbeitungszeit ausgeführt werden können und nur geringe Anforderungen an die körperliche Leistungsfähigkeit stellen," dürften auch nicht besser als mit dem Tarif von gegenwärtig 7,53 DM bezahlt werden. Nach einer Umfrage der IGM im Tarifgebiet Schleswig-Holstein sind 1977 fast ausschließlich Frauen in dieser Lohngruppe eingestuft. Rund 70% der in der Elektroindustrie beschäftigten Frauen und knapp 50% der im Maschinenbau beschäftigten Frauen sind noch in Lohngruppe 2. Die Kapitalisten weiten diesen Kreis ständig aus und achten dabei überhaupt nicht auf die von ihnen offiziell so hoch gehaltenen Tätigkeitsmerkmale. Viele Betriebe gehen immer mehr dazu über, Kurzlehrgänge für die Ausbildung zum Metallwerker anzubieten, die zwischen 6 Wochen und einem halben Jahr dauern. Grundfertigkeiten im Drehen, Fräsen und der Blechbearbeitung werden einem beigebracht. Nach Beendigung dieser meist innerbetrieblichen Maßnahmen stellen sie dann die Frauen in Lohngruppe 2 und die Männer in 4 ein. So sind sie im-
der Gewerkschaft verstärkt die Propaganda für diese Forderung in den Betrieben unternommen. Unterschriftensammlungen, Debatten auf Betriebsversammlungen waren der Anfang, begleitet von mehreren Flugblättern, die die Solidarität aller Arbeiter für diese Forderung forderten. Während der ersten Verhandlungen am 15.12. streikten in Schleswig-Holstein die Belegschaften von mehreren Betrieben, insgesamt ca. 3500 Arbeiter. Mit dem Auftakt der Lohnverhandlungen Anfang diesen Jahres wurden diese Streiks fortgesetzt mit der Verbindung der Forderung nach 125 DM mindestens und der Abschaffung der LG 2. Vorletzte Woche fand in Neumünster eine Veranstaltung von 1500 Arbeitern und Arbeiterinnen zur Stützung dieser Forderung statt.
In dieser Zeit ist es immer besser gelungen auch die Facharbeiter in diesen Kampf einzubeziehen. So schreibt die IGM in den Metallnachrichten 2: „Den Unternehmern wurde damit gezeigt, daß ihre beliebte Taktik, Facharbeiter gegen Kollegen und Kolleginnen in den unteren Gruppen auszuspielen, diesmal nicht aufgegangen ist." Dies haben insbesondere die Streiks bei
Die Durchführung dieser Aktionen der Belegschaften macht den Kapitalisten einiges Kopfzerbrechen. Denn die gegenwärtige Verbindung zwischen dem Lohnkampf und dem Kampf für die Abschaffung der LG 2 stärkt die Arbeiterbewegung. Als völlig unakzeptablen Bestandteil der Lohnforderung haben sie den Mindestbetrag von 125 DM bezeichnet. Aber gerade die Mobilisierung der Belegschaften für die Abschaffung der unteren Lohngruppen, für die dieser Festgeldbestandteil so wichtig ist, macht die Forderung streikfähig. Einige Kapitalisten der Elektrobranche reagieren jetzt mit Entlassungen und Kürzungen der Akkordzeiten und betrieblichen Zulagen. Andere Kapitalisten, wie z.B. Hell in Kiel, erhöhen die Zulagen für die LG 2, so daß mehr als bei LG 3 rauskommt. Sind es unterschiedliche Taktiken, diese Kampffront zu brechen, so zeigt das aber auch ihre Uneinigkeit.
Die Bedingungen für die erfolgreiche Durchsetzung der Forderung haben sich in den letzten Monaten verbessert. In einigen Betrieben wird über Betriebsvereinbarungen zur Streichung der Lohngruppe 2 verhandelt, dennoch bleibt die tarifliche Abschaffung das Ziel.
halbjähriger Verspätung ab 1.7. zahlen.
Vor einer Woche haben den Gewerkschaften die Lohnerhöhungen für 1 Mio. Beschäftigten in den Gemeinden zugestimmt. Sie bekommen 7,5% mehr Lohn und Gehalt, gerade die Hälfte der Preissteigerungsrate des Dezembers. Die Beschäftigten in der öffentlichen Wasserversorgung haben ein Angebot von 7,9% zurückgewiesen. Die Regierung hat jetzt neue Gespräche angeboten, offensichtlich unter dem Eindruck der Bereitschaft der 32000 Arbeiter, mit Aktionen ihre Forderungen zu bekräftigen. Die beiden größten Gewerkschaften, die National Union of Employees und die General and Municipal Workers Union, haben das Gesprächsangebot der Regierung begrüßt. Für die Beschäftigten in den Krankenhäusern wollen die neun Gewerkschaften in dieser Woche eine Einigung über die Forderung herbeiführen, im Februar sollen dann die Verhandlungsführung und die Aktionen festgelegt werden. Für 250000 Beschäftigte, die als Hilfspersonal in den Krankenhäusern eingesetzt werden, hat die größte Gewerkschaft, die Civil and Public Service Association (CPSA), in der letzten Woche ihre For-
Druckereien und die Einführung des Fotosatzes Voraussetzung für die Übernahme der Times seien. Die britische Regierung hat auf eine Überprüfung des Vertrages durch die Monopolkommission verzichtet, um das ununterbrochene Erscheinen der Zeitung nicht zu gefährden. Die Verhandlungen zwischen Murdoch und den Gewerkschaften sind noch nicht abgeschlossen. Murdoch verlangt schriftliche Zusicherungen der Gewerkschaften, betriebliche Streiks zu unterbinden, und den Abschluß von Tarifverträgen.
8,5% lautet das Angebot der Bankkapitalisten für die 180000 Beschäftigten der Clearing-Banken. Die Gewerkschaften haben sich dagegen ausgesprochen. Die Kapitalisten stehen unter Druck: Bei einem Streik würde der gesamte Zahlungsverkehr zusammenbrechen. Von daher auch ihre Bereitschaft zu höheren Angeboten. Die Gewerkschaften erwarten für die nächste Verhandlungsrunde ein Angebot über 9%. Andererseits haben weder die Kapitalisten noch die Regierung ein Interesse an einem Abschluß, der über ihre 6%-Linie hinausgeht. Mrs. Thatcher hat für Montag die Bankherren zum Essen eingeladen.

Stand der Tarifkämpfe in Dänemark

bag.Aarhus. Mit unter 8% nominaler Lohnerhöhung in den meisten Branchen zeichnen sich im diesjährigen Tarifkampf in Dänemark die niedrigsten Abschlüsse seit den 50er Jahren ab. Durchgehend konnte eine überdurchschnittliche Erhöhung der niedrigsten Lohngruppen durchgesetzt werden; der Mindestlohn in der Metallindustrie z.B. wurde von 33,15 Kronen pro Stunde auf 38,19 erhöht, derjenige in Handel, Banken und Büros auf 38,33. Die Teuerungszuschläge (automatische Lohnerhöhungen gemäß der Entwicklung des Preisindex) konnten in den meisten Fällen verteidigt werden, aufgegeben wurde jedoch teilweise das besonders in der Metallindustrie angewendete Recht auf die Erkämpfung innerbetrieblicher Lohnzuschläge. Auch wurde in keinem Fall eine Senkung der Arbeitszeiten durchgesetzt. Die Verhandlungsergebnisse kommen jetzt zur Urabstimmung in den einzelnen Branchen; der öffentliche Dienst hat noch nicht abgeschlossen.

Tarifverhandlungen in Finnland und Schweden

coi.Stockholm. In Finnland und Schweden finden zur Zeit fast pausenlose Tarifverhandlungen zwischen den LOs (Gewerkschaftsdachverbände) und den Kapitalisten statt. Die finnische Gewerkschaft fordert einen zweijährigen Tarifvertrag mit Inflationskompensation, während die schwedische LO unter Aufgabe ihrer ursprünglichen Forderung (s. KVZ 49/80) ihr prinzipielles Einverständnis mit dem Vorschlag des Kapitalistenverbandes ausgedrückt hat, einen niedrigen, zweijährigen Abschluß mit einer „Preisentwicklungsgarantie" zu tätigen. Die finnische LO fordert im einzelnen ca. 40 Penniä (= 20 Pfennig) für 1981 und 20 Penniä für 1982 mehr die Stunde, sowie die automatische Angleichung der Löhne an die Entwicklung des Konsumentenpreisindices in 3%-Sprüngen. Die schwedische LO überläßt die Initiative den Kapitalisten. Deren letztes Angebot liegt bei ca. 1 Skr mehr für 1981 und als Inflationsausgleich von nur 50% der Teuerung.

Enka-Werke Kassel: Weiterführung der Produktion zugesagt

dog. Nachdem am Freitag, 23.1.81, die Geschäftsleitung auf einer Betriebsversammlung der Belegschaft des Kasseler Enka-Werks die Einstellung der Produktion für Ende März '81 angekündigt hatte, besetzten Beschäftigte am Montag, 26.1., die Versandabteilung. Kurz vor Weihnachten war das Werk schon einmal für mehrere Tage von der Belegschaft besetzt worden, um gegen die Schließung zu protestieren. Die Geschäftsleitung hatte ihre Entscheidung mit den Verlusten der letzten Jahre begründet. Der Betriebsrat hatte auf zwei Betriebsvereinbarungen von 1971 und 1976 verwiesen, in denen der Belegschaft der Ausbau des Werks zum zentralen synthetischen Faserwerk innerhalb des Akzo-Konzerns zugesagt worden sei. – Im Laufe der Woche ist zwischen der Geschäftsleitung und dem Betriebsrat eine Vereinbarung zustande gekommen. Danach soll die Produktion auch nach den Betriebsferien im Juli weitergeführt werden. Daraufhin ist von der Belegschaft die Arbeit wiederaufgenommen worden.

Tarifkampf Metall: Kapitalisten bleiben bei 2,5%-Angebot

dog. Ganze sechs Minuten dauerte die zweite Verhandlungsrunde zwischen der IG Metall und den niedersächsischen Metallkapitalisten in Hannover am 30.1. Die Kapitalisten blieben wie auch in Hessen am 29.1. bei ihrem 2,5%-Angebot. Die IG Metall fordert in Niedersachsen 8% und eine Vorweganhebung des Ecklohns um 5 Pfennig, in Hessen 8% und eine Vorweganhebung der Lohngruppen 2 – 5 um 25 DM. Gegenüber der hessischen Verhandlungskommission verlangten die Kapitalisten ein Abrücken von der Forderung als Voraussetzung für ein neues Angebot. Die Verhandlungen wurden in beiden Tarifbezirken vertagt, ohne daß ein neuer Termin vereinbart wurde. – Für die 80000 Beschäftigten im Kfz-Gewerbe Nordrhein-Westfalens vereinbarte die IG Metall Lohnerhöhungen von 5,2%.



Am 20.1. demonstrierten 7 – 8000 Stahlarbeiter in Charleroi (Bild), am 21.1. beteiligten sich 12500 an einem Streik gegen die Pläne, die Stahlwerke Cockerill in Lüttich und Hainaut-Sambre in Charleroi zu fusionieren. An beiden Werken ist der belgische Staat mit 28 bzw. 49% beteiligt. Am 24.1. demonstrierten 100000 in Brüssel auf einer zentralen Kundgebung gegen den von der Regierung verfügten Lohnstopp. Aufgerufen hatten mehrere Gewerkschaftsverbände. Schon am Freitag zuvor wurden die Kaufhäuser in Brüssel für mehrere Stunden bestreikt.

Brasilianische Gewerkschafter vor Gericht

dog. Am 10. Februar soll in Sao Paulo der Prozeß gegen zwölf Funktionäre der brasilianischen Metallarbeitergewerkschaft wegen ihrer Beteiligung am Streik im Frühjahr 1980 beginnen. Der Vorsitzende der Metallarbeitergewerkschaft, Luis Inacio da Silva, der auch Vorsitzender der „Partei der Arbeit" Brasiliens ist, ist außerdem wegen „subversiver" Propaganda angeklagt. Der Streik der Metallarbeiter hatte 41 Tage gedauert. Die Gewerkschaft hatte höhere Löhne, die Einhaltung der 40-Stunden-Woche und eine Beschränkung des Rotationssystems, mit dem die Kapitalisten unbeschränkt Entlassungen vornehmen können, gefordert. Nach der Besetzung der Gewerkschaftsbüros hatte die Regierung Gewerkschaftsführer verhaften lassen. Da Silva befindet sich derzeit auf einer Europareise. In Rom führte er u.a. Gespräche mit dem Vorsitzenden der polnischen Gewerkschaft „Solidarität".

Streik in der italienischen Chemieindustrie

dog. 9000 Beschäftigte will der italienische Chemiekonzern Montedison entlassen. Die Gewerkschaften fordern von der Regierung einen nationalen Chemieplan als Voraussetzung für die Aufnahme von Gesprächen über Entlassungen. Nachdem Verhandlungen zwischen der Regierung und der Konzernleitung ergebnislos verlaufen waren und die Konzernleitung auf den Entlassungen beharrte, riefen die Gewerkschaften in der letzten Woche zu einem achtstündigen Streik in der Chemieindustrie auf. Am Freitag sollen darüber hinaus alle Montedison-Werke bestreikt werden.

Bremer Personalräte fassen Protest gegen Stellenabbau zusammen

Finanzsenator Thapes Plan: 900 Mio. DM in drei Jahren einsparen

chu. Nachdem es langsam durch die SPD gesickert war, trat Mitte Januar das ,,900 Millionen-Ding'', früher als von seinem Schöpfer beabsichtigt, zu Tage. Etwa 1500 Stellen von 39000 sollen im bremischen öffentlichen Dienst bis 1984 gestrichen werden. Bereits beschlossene Stellen sollen reduziert werden; 19,1 Mio. DM sollen bei sonstigen Personalmitteln eingespart, der lineare Anstieg soll für das Jahr 1981 auf 4,5%, für 1982 auf 5% reduziert werden; 5 Mio. DM sollen beim Reinigungsdienst und 156,7 Mio. DM jährlich durch Kürzung der konsumtiven Ausgaben eingespart werden. Vom reduzierten Stellenbestand werden noch einmal durchschnittlich jährlich 1,2% gestrichen. Insgesamt will Finanzsenator Thape so 900 Mio. DM einsparen, das sind jährlich 7% des Landeshaushalts.

Die Haushaltskosten für Aufgaben der gesellschaftlichen Reproduktion sind den Kapitalisten zu hoch. Die Bremer SPD-Regierung strukturiert den Haushalt um zugunsten der Ausgaben der Sicherung der Profite der Kapitalistenklasse. Bremens Bürgermeister Koschnick führt das in einem Interview mit der ,,Wirtschaftswoche'' vom 23.1.81 aus: ,,Wir werden zu einer strafferen Haushaltsführung kommen müssen. Und da werden wir sehr stark an konsumtive Ausgaben und Personalkosten herangehen, aber auch an bestimmte Investitionen, um Mittel für den Bereich Wirtschaft freizubekommen. Das wird heftige Kämpfe geben. Die bin ich bereit durchzustehen, weil der wirtschaftliche Aspekt im Augenblick der wichtigere ist.''

Koschnick liegt nicht daneben. Gleich Anfang Januar reagierte die ÖTV im Gesundheitsbereich auf die erst gerüchteweise bekanntgewordene Vorlage Thapes mit einem Flugblatt. ,,Dem Vernehmen nach wird auf Senatsebene darüber nachgedacht, die Auszubildenden in der Krankenpflege im Verhältnis 1:5 auf den Stellenplan der Kliniken anzurechnen... Dies würde auf den entschiedenen Widerstand der Betroffenen und ihrer Gewerkschaft stoßen.'' Mitte Januar hat der Gesamtpersonalrat gegen die Stellenstreichungspläne Stellung genommen. Am 20.1. fand eine Versammlung der Personalräte im Gesundheitswesen statt, die energisch gegen die geplante Anrechnung der Krankenpflegeschüler auf den Stellenplan protestierten und beschlossen, mit der ÖTV zu Aktionen zu kommen, wobei eine Demonstration im Gespräch ist.

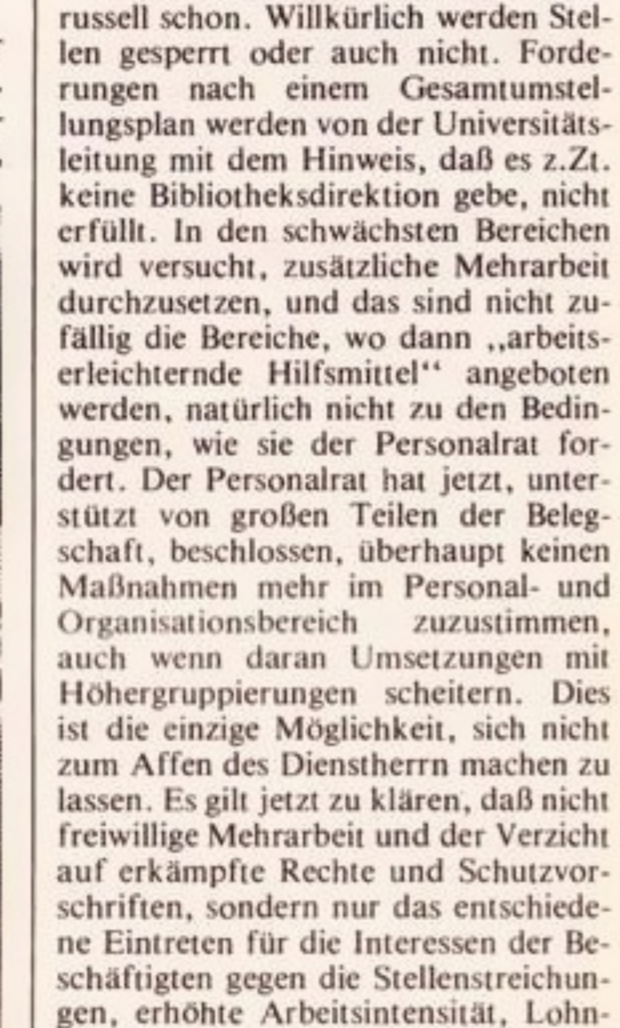
Mit der Anrechnung der Auszubildenden auf den Bettenschlüssel würden 120 Planstellen gestrichen werden durch Nichtwiederbesetzung. Seit Jahren führen die Beschäftigten den Kampf um mehr Planstellen, wobei sie 1980 einen Erfolg erzielen konnten, der jetzt wieder rückgängig gemacht werden soll. Stationen, die ,,gut besetzt'' sind, werden in Zukunft weniger Auszubildende erhalten, diese werden auf Stationen mit ,,Personalengpässen'' eingesetzt. So werden sogar jetzt noch vorhandene Planstellen wegrationalisiert. Die Auszubildenden unterstehen bei Anrechnung direkt der Pflegedienstleitung und nicht mehr der Schule. Ihr Einsatz wird dann ausschließlich nach Bedarf geregelt und die Ausbildung vernachlässigt. Zusätzlich werden die Auszubildenden in Zukunft als Angestellte des Krankenhauses vermehrt zu Nachtwachen gezwungen, was der Ausbildungspersonalrat gerade beschränken konnte.

Der Vorsitzende der ÖTV-Bezirksverwaltung Weser-Ems hat in einem Brief an den Senat, der am 21.1. veröffentlicht wurde, folgende Forderungen gestellt: ,,1. Zusätzliches Personal in den Krankenhäusern auf der Grundlage der Nichtanrechnung der Auszubildenden auf den Bettenschlüssel... 2. Zusätzliches Personal beim Amt für Stadtreinigung und Stadtentwässerung mit dem Ziel, endlich einen Personalausgleich für die Verlängerung des Jahresurlaubs und des Zusatzurlaubs zu schaffen... 3. Keine Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen... 4. Erhaltung des Beschäftigungsstandes und Neuschaffung notwendiger Stellen bei Planung und Durchführung neuer Vorhaben. 5. Erhaltung der Sozialleistungen... 6. Keine Globalkürzungen von Stellenplänen.'' Gegen die Angriffe auf die Beamtenbesoldung wird ausgeführt: ,,Wer die Tarifautonomie achtet, aber glaubt auf dem Weg des Gesetzes die Beamten einseitig zur Kasse zu bitten, zeigt ein gestörtes Verhältnis zur Macht. Dies hieße etwa, die soziale Lage eines Feuerwehrmannes oder eines Justizwachtmeisters unter Mißbrauch fehlenden Verhandlungsrechts verschlechtern zu wollen. Wer solche Gedanken ernsthaft realisieren will, dem wird die ÖTV die solidarische Geschlossenheit aller Arbeiter, Angestellten und Beamten entgegensetzen.''

Am 22.1. fand eine Delegiertenversammlung aller bremischen Personalräte statt. Daß 130 von 138 Personalräten gekommen waren, hatte es vorher noch nie gegeben. Der Vorsitzende des Gesamtpersonalrates, Tilsner, wies die Streichungspläne zurück und führte aus, daß so die erwartete Arbeitslosigkeit Bremens für 1981 auf 7% ansteigen würde. Als er anfing, selbst Kürzungsvorschläge zu machen, z.B. Streichung der Essenszuschüsse für den höheren Dienst, gab es heftigen Widerspruch in der Versammlung und ein Personalratsmitglied verließ unter Protest die Versammlung. Ein DGB-Vertreter sprach zu den allgemeinen Verschärfungen gegen den öffentlichen Dienst und die anderen Lohnabhängigen und kündigte unter Beifall an, daß im Falle des Beschlusses über die Thape-Vorlage eine Protestversammlung aller Beschäftigten im öffentlichen Dienst durch die Gewerkschaft organisiert werden soll. Beschäftigte des Jugendamtes griffen in der Diskussion die mit der Stellenstreichung verbundene Rationalisierung an. Gerade in der Krise würden Dienstleistungen verstärkt in Anspruch genommen, was zu Mehrarbeit und zusätzlicher Belastung führe. Die Forderungen der Bevölkerung nach besseren Dienstleistungen, z.B. in der Kinder- und Altenversorgung, die die Beschäftigten unterstützen, könnten jetzt nicht erfüllt werden, im Gegenteil. Sie würden jetzt den Leuten sagen: ,,Wendet Euch an die Politiker und schlagt Krach!''

Die Bremer Universität ist von der Stellenstreichung besonders betroffen. Das liegt an ihrer besonderen Bedeutung für Bremen. Sie ist zu teuer dafür, daß für die Kapitalisten kaum meßbare Ergebnisse herauskommen. Darauf baut sich auch das ,,schlechte Image'' der Universität auf. Koschnick in dem oben zitierten Interview: ,,Wir müssen durch Leistung überzeugen. Und da ist die Frage, ob dieser Wille, den ich in der Politik und bei der Wirtschaft sehe, auch durchschlägt auf die Bremer Universität, damit auch sie dazu beiträgt, ihr Image zu verbessern.''

Die Umstrukturierung der Universität auf mehr Forschung zugunsten des Kapitals, wozu auch der in Planung befindliche Studiengang Produktionstechnik gehört, soll ,,kostenneutral'' vonstatten gehen, indem Stellen des Dienstleistungsbereichs in Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter umgewidmet werden. Gegenwärtig liegen 928 Stellen der Universität im Bereich Forschung und Lehre, 93 Stellen beim Reinigungspersonal und 499 Stellen bei der Bibliothek, der zentralen Verwaltung und der Betriebstechnik. Da der Forschungsbereich weiter ausgedehnt werden soll, bei der Betriebstechnik (wegen Schichtarbeit) und beim Reinigungspersonal aber bestimmte technische Grenzen für Stellenstreichungen bestehen, konzentrieren sich die Senatsmaßnahmen auf Bibliothek und Verwaltung mit gut 400 Stellen. Dort sollen 55 Stellen umgewidmet und weitere 55 Stellen im Zuge von Globalkürzungen bis 1984 gestrichen werden.



In der Bibliothek dreht sich das Karussell schon. Willkürlich werden Stellen gesperrt oder auch nicht. Forderungen nach einem Gesamtumstellungsplan werden von der Universitätsleitung mit dem Hinweis, daß es z.Zt. keine Bibliotheksdirektion gebe, nicht erfüllt. In den schwächsten Bereichen wird versucht, zusätzliche Mehrarbeit durchzusetzen, und das sind nicht zufällig die Bereiche, wo dann ,,arbeitserleichternde Hilfsmittel'' angeboten werden, natürlich nicht zu den Bedingungen, wie sie der Personalrat fordert. Der Personalrat hat jetzt, unterstützt von großen Teilen der Belegschaft, beschlossen, überhaupt keinen Maßnahmen mehr im Personal- und Organisationsbereich zuzustimmen, auch wenn daran Umsetzungen mit Höhergruppierungen scheitern. Dies ist die einzige Möglichkeit, sich nicht zum Affen des Dienstherrn machen zu lassen. Es gilt jetzt zu klären, daß nicht freiwillige Mehrarbeit und der Verzicht auf erkämpfte Rechte und Schutzvorschriften, sondern nur das entschiedene Eintreten für die Interessen der Beschäftigten gegen die Stellenstreichungen, erhöhte Arbeitsintensität, Lohnsenkung und Arbeitsplatzverlust Erfolg haben kann.

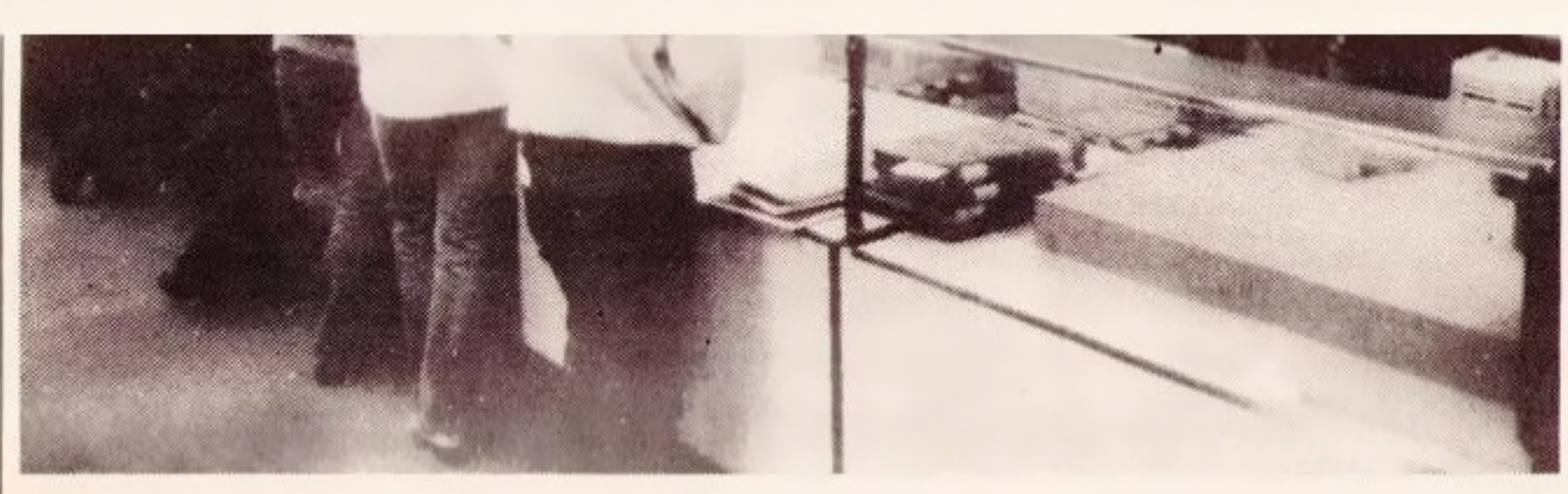
Der Personalratsvertreter der Universität hat auf der Versammlung aller Personalräte eine Demonstration gegen die Angriffe des Senats vorgeschlagen. Das konnte sich noch nicht durchsetzen. Die Konferenz hat die Initiative des DGB für eine Versammlung aller im öffentlichen Dienst Bremens Beschäftigten unterstützt. Die inhaltliche Klärung des Angriffs der Bourgeoisie auf die Beschäftigten im öffentlichen Dienst und auf die Bestandteile der gesellschaftlichen Reproduktion für die Volksmassen muß dort im Mittelpunkt stehen, worauf die Einheit in konkreten Aktionen aufgebaut werden kann. Ob Koschnick die Kämpfe der Arbeiterbewegung im öffentlichen Dienst durchsteht, ist noch lange nicht entschieden.



Weihnachten 1980: Starker Andrang in der Ortsleihe der Uni-Bibliothek Bremen. Schon damals fehlte Personal.

Koschnick liegt nicht daneben. Gleich Anfang Januar reagierte die ÖTV im Gesundheitsbereich auf die erst gerüchteweise bekanntgewordene Vorlage Thapes mit einem Flugblatt. ,,Dem Vernehmen nach wird auf Senatsebene darüber nachgedacht, die Auszubildenden in der Krankenpflege im Verhältnis 1:5 auf den Stellenplan der Kliniken anzurechnen... Dies würde auf den entschiedenen Widerstand der Betroffenen und ihrer Gewerkschaft stoßen.'' Mitte Januar hat der Gesamtpersonalrat gegen die Stellenstreichungspläne Stellung genommen. Am 20.1. fand eine Versammlung der Personalräte im Gesundheitswesen statt, die energisch gegen die geplante Anrechnung der Krankenpflegeschüler auf den Stellenplan protestierten und beschlossen, mit der ÖTV zu Aktionen zu kommen, wobei eine Demonstration im Gespräch ist.

Mit der Anrechnung der Auszubildenden auf den Bettenschlüssel würden 120 Planstellen gestrichen werden durch Nichtwiederbesetzung. Seit Jahren führen die Beschäftigten den Kampf um mehr Planstellen, wobei sie 1980 einen Erfolg erzielen konnten, der jetzt wieder rückgängig gemacht werden soll. Stationen, die ,,gut besetzt''



Weihnachten 1980: Starker Andrang in der Ortsleihe der Uni-Bibliothek Bremen. Schon damals fehlte Personal.

ge der Nichtanrechnung der Auszubildenden auf den Bettenschlüssel... 2. Zusätzliches Personal beim Amt für Stadtreinigung und Stadtentwässerung mit dem Ziel, endlich einen Personalausgleich für die Verlängerung des Jahresurlaubs und des Zusatzurlaubs zu schaffen... 3. Keine Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen... 4. Erhaltung des Beschäftigungsstandes und Neuschaffung notwendiger Stellen bei Planung und Durchführung neuer Vorhaben. 5. Erhaltung der Sozialleistungen... 6. Keine Globalkürzungen von Stellenplänen.'' Gegen die Angrif-

keit Bremens für 1981 auf 7% ansteigen würde. Als er anfing, selbst Kürzungsvorschläge zu machen, z.B. Streichung der Essenszuschüsse für den höheren Dienst, gab es heftigen Widerspruch in der Versammlung und ein Personalratsmitglied verließ unter Protest die Versammlung. Ein DGB-Vertreter sprach zu den allgemeinen Verschärfungen gegen den öffentlichen Dienst und die anderen Lohnabhängigen und kündigte unter Beifall an, daß im Falle des Beschlusses über die Thape-Vorlage eine Protestversammlung aller Beschäftigten im öffentli-

daß für die Kapitalisten kaum meßbare Ergebnisse herauskommen. Darauf baut sich auch das ,,schlechte Image'' der Universität auf. Koschnick in dem oben zitierten Interview: ,,Wir müssen durch Leistung überzeugen. Und da ist die Frage, ob dieser Wille, den ich in der Politik und bei der Wirtschaft sehe, auch durchschlägt auf die Bremer Universität, damit auch sie dazu beiträgt, ihr Image zu verbessern.''

Die Umstrukturierung der Universität auf mehr Forschung zugunsten des Kapitals, wozu auch der in Planung be-

Höhergruppierungen scheitern. Dies ist die einzige Möglichkeit, sich nicht zum Affen des Dienstherrn machen zu lassen. Es gilt jetzt zu klären, daß nicht freiwillige Mehrarbeit und der Verzicht auf erkämpfte Rechte und Schutzvorschriften, sondern nur das entschiedene Eintreten für die Interessen der Beschäftigten gegen die Stellenstreichungen, erhöhte Arbeitsintensität, Lohnsenkung und Arbeitsplatzverlust Erfolg haben kann.

Der Personalratsvertreter der Universität hat auf der Versammlung aller Personalräte eine Demonstration gegen die Angriffe des Senats vorgeschlagen. Das konnte sich noch nicht durchsetzen. Die Konferenz hat die Initiative des DGB für eine Versammlung aller im öffentlichen Dienst Bremens Beschäftigten unterstützt. Die inhaltliche Klärung des Angriffs der Bourgeoisie auf die Beschäftigten im öffentlichen Dienst und auf die Bestandteile der gesellschaftlichen Reproduktion für die Volksmassen muß dort im Mittelpunkt stehen, worauf die Einheit in konkreten Aktionen aufgebaut werden kann. Ob Koschnick die Kämpfe der Arbeiterbewegung im öffentlichen Dienst durchsteht, ist noch lange nicht entschieden.

Vor der 2. Dortmunder Stahlkonferenz

Ausweitung der Subventionen und Wirtschaftsförderung Dortmunds oder Verstaatlichung des Hoesch-Kapitals als Antwort auf die Ausweitung der Stillegungspläne

uls. Nach der Demonstration und Kundgebung von 70000 am 28.11. verlas der 1. Bevollmächtigte der Dortmunder IG-Metall, W. Dieterich, ein ,,Dortmunder Manifest'', das in etwa den gemeinsamen Nenner der Dortmunder IGM und der sozialdemokratischen Stadtratsmehrheit im Kampf gegen die Stillegungspläne des Hoesch-Konzerns absteckte: ,,... Die Bürgerschaft der Stadt Dortmund fordert die Entscheidungsgremien der Estel NV und der Estel-Hoesch-Werke AG auf, nunmehr eindeutige Erklärungen zur Erhaltung der Stahlbasis und zur Sicherung der Arbeitsplätze in Dortmund abzugeben ... Sie fordert eine intensive Fortführung aller zur Stützung und Verbesserung der wirtschaftlichen Situation Dortmunds und seines Umlandes notwendigen Programme und flankierenden Maßnahmen. Hierzu gehören besonders die Sicherung wettbewerbsfähiger Energie für das östliche Ruhrgebiet, der Ausbau des Kanalnetzes und der unverzügliche Neubau der Schleuse Henrichenburg, der zügige Ausbau des zur Bewältigung des Verkehrsaufkommens erforderlichen Straßennetzes ...''.

Oberbürgermeister Samtlebe berief für den 18.12. eine ,,Dortmunder Stahlkonferenz'' ein. Dieterich kündigte eine ,,Politik der kleinen Nadelstiche in den Betrieben'' an, um den Bau des vom Hoesch-Vorstand ehemals zugesagten Oxygenstahlwerks zu erzwingen (siehe auch KVZ 49, S. 6). Der Betriebsrat der Hüttenwerke lehnte jede Verhandlung mit dem Vorstand über Teilstillegungen ab, solande der Bau des neuen Stahlwerks nicht gesichert ist. Wie das gemeint ist, merkte der Vorstand spätestens am 23.1., nachdem er beim Betriebsrat beantragt hatte, zum 1.3. eine Schicht von 130 Mann der Halbzeugstraße der Westfalenhütte einzusparen: der Betriebsrat lehnte ab, 150 Mann legten für eine Stunde die Arbeit nieder.

Rohwedder: zwei von drei Hüttenwerken schließen

Zu der ,,Dortmunder Konferenz'' am 18.12. legte Vorstandsvorsitzender Rohwedder dann den Plan vor, der hinter der Rücknahme des Baubeschlusses steht: Stillegung der Hüttenwerke Union (1981) und Phoenix (bis 1987), Konzentration der Verhüttung auf die Westfalenhütte. Dadurch würde die Belegschaft neben den schon beschlossenen 4200 um weitere 6000 Mann reduziert auf etwa 14500 Arbeiter und Angestellte. Die Vermutung, daß der Hoesch-Estel-Konzern in Wirklichkeit die gesamte Stahlproduktion in Dortmund stillegen will, ist unter den Hoesch-Arbeitern ziemlich verbreitet. Nach Veröffentlichung der DKP-Betriebsgruppe hat Rohwedder am 9.1. darüberhinaus von den Betriebsräten verlangt, daß der Personalabbau der 4200 Mann durch Entlassungen beschleunigt wird, und das Ausscheiden von 59- und 55-jährigen durch niedrigere Absicherung ,,materiell modifiziert'' werde.

1. Dortmunder Stahlkonferenz

Den Verhandlungen der 70 Teilnehmer der Konferenz, darunter NRW-Wirtschaftsminister Jochimsen, der Dortmunder Stadtverwaltung, dem Hoesch-Vorstand, der IG-Metall und dem Betriebsrat, hatte der Dortmunder Stadtrat ein 5-Punkte-Programm vorausgeschickt: ,,Ausbau der Verkehrswege, Bemühungen um wettbewerbsfähige Energie, Chancengleicheit bei Invenstitionen in der Stahlindustrie, Schaffen von neuen Gewerbe- und Industrieflächen und die Forderung, Dortmund in die nächste Förderstufe einzuordnen'' (RN, 19.12.). Hierbei geht es vor allem um den möglichst raschen Bau eines herkömmlichen Kernkraftwerks in Hamm, von dem Hoesch etwa 25% der Leistung abnehmen würde und dadurch Einsparungen von jährlich 100 Mio. DM erwartet; die Vergrößerung der Kanalschleuse bei Henrichenburg, wodurch Hoesch im Transport weitere 25 Mio. DM jährlich einsparen will; die Erhöhung der Investitionsfördersätze von derzeit 5-7,5% auf 10% bei grundlegenden Rationalisierungen und 20% bei Verlagerung, Erwerb, Errichtung und Erweiterung von Betrieben. Den für das Oxygenstahlwerk schon bewilligten Kredit hat Jochimsen nun auch für ein ,,fertiges Unternehmenskonzept'' in Aussicht gestellt, dazu den Ankauf von nicht mehr industriell genutztem Hoesch-Gelände aus Landesmitteln.

Zur weiteren Ausarbeitung dieser Ziele hat sich auf der Konferenz eine Arbeitsgruppe mit je einem Vertreter aus jeder teilnehmenden Gruppierung gebildet. Am 30.1. soll dann die 2. Konferenz stattfinden.

IGM-Resolution zur Aufsichtsratssitzung

Wenige Tage vor den Aufsichtsratssitzungen von Estel und der Hoesch-Werke AG hat die IGM auf einer Funktionärskonferenz der Dortmunder Verwaltungsstelle am 29.1. die Forderung nach Bau des zugesagten Stahlwerks in einer Resolution ausdrücklich bekräftigt: der Vorstand und der Aufsichtsrat von Estel wird aufgefordert, ,,den Stahlwerksneubau sofort in Angriff zu nehmen''. Zur Durchsetzung der Forderung heißt es: ,,Wenn die herrschende Wirtschaftsordnung nicht mehr in der Lage ist, die Probleme der Zeit zu lösen, müssen andere Eigentumsformen in die Diskussion einbezogen werden.'' ,,Immer lauter wird der Ruf nach Verstaatlichung'', kommentieren die Ruhrnachrichten. Zur Aufsichtsratssitzung der Hoesch-Werke am 5.2. werden die Vertrauensleute der 3 Hoesch-Hütten eine außerordentliche Versammlung einberufen und vor die Hauptverwaltung ziehen.

Soll man die Forderung nach Verstaatlichung unterstützen?

In KVZ 49 (,,Großkundgebung gegen die Pläne des Hoesch-Kapitals'') habe ich zu dieser Frage ablehnend Stellung genommen mit dem Verweis darauf, daß es sich nicht um Schaffung von Gemeineigentum, sondern um staatskapitalistisches Eigentum handelt; die Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktionsweise solange nicht außer Kraft sind, bis die Arbeiterklasse die staatliche Herrschaft der Kapitalistenklasse zerschlägt und mit dem Aufbau des Sozialismus beginnt. Diese ablehnende Stellungnahme gegenüber der Forderung der IG Metall nach Verstaatlichung ist einem Leserbrief in KVZ 4 kritisiert worden; in KVZ 5 ist unter Punkt 10 der ,,Thesen zum Kampf gegen das Lohnsystem, gegen kapitalistische Rationalisierung und gegen die Folge der Krise'' diese Frage ebenfalls behandelt worden..

Berechtigt war diese Stellungnahme in KVZ 49, soweit sie sich gegen die beschönigende Propaganda der Sozialdemokratie für ,,Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien'' bei Beibehaltung der kapitalistischen Produktionsweise richtet. Falsch war, daß der Weg der Verstaatlichung des Hoeschkapitals zur Durchsetzung der Interessen der Dortmunder Volksmassen am Erhalt der Arbeitsplätze in den Dortmunder Stahlwerken dabei gleich mit ausgeklammert wurde.

Meines Erachtens zeigt die in diesem Bericht geschilderte Entwicklung, daß dieses Ziel ohne Verstaatlichung des Hoeschkapitals kaum wird durchsetzbar sein. Minimum der ,,Einbeziehung anderer Eigentumsformen in die Diskussion'' müßte dabei sein: Entflechtung der Hoesch-Werke mit dem niederländischen Estel-Konzern, Umwandlung aller schon an Hoesch und seine Hauptaktionäre (u.a. die Deutsche Bank) gezahlten Subventionen in Eigentumsanteile des Staats, Ersetzung der Kapitalvertreter im Aufsichtsrat durch Vertreter des Landes NRW und vor allem der Städte mit Hoesch-Niederlassungen.

Krisenentwicklung wirkt auf Berufsausbildung

,,Berufsbildungsbericht 1981" / Der ,,Überhang" nützt der Jugend nichts

acm. Der ,,Berufsbildungsbericht 1981" liegt jetzt im Entwurf vor, während in der letzten Woche im Ministerium die Verantwortlichkeiten wechselten. Schmude ins Justizministerium, B. Engholm, vorher parlamentarischer Staatssekretär, jetzt Minister für Bildung und Wissenschaft. Obwohl die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen seit Mitte 1980 ständig ansteigt und alle Zuwachsraten der Vorjahre überholt (siehe auch KVZ Nr. 1–2/81, S. 12), will Schmude eine positive Entwicklung feststellen, da ,,das Angebot an Ausbildungsplätzen wieder ein Stück über die Nachfrage der Jugend hinaus angestiegen ist. Für den Stichtag 30. September 1980 läßt sich so ein günstiger Bericht geben: um weitere 20000 oder 3% ist die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze auf 697000 gestiegen, während 669000 Jugendliche (1,3% mehr als 1979) eine Berufsausbildung gesucht haben." Aber die Realität läßt diese Zahlen schnell als Trugbilder erscheinen: Denn erstens liegen die September-Stichdaten immer noch niedriger als andere Monate, zweitens gehen in diese Zahlen nicht die regionalen Schwankungen ein, und drittens verbirgt sich hinter diesen Zahlen eine große Anzahl von Lehrstellen, wo nach der Lehre sowieso die Arbeitslosigkeit folgt und das auch jeder weiß.

Die Tendenzen, die der ,,Berufsbildungsbericht" aber aufzeigen muß und die ihren Widerhall in den Schlagzeilen der bürgerlichen Presse finden, lauten: ,,Immer mehr Abiturienten gehen erst einmal in die Lehre", ,,Ausländerausbildung alarmierend" und ,,Fast die Hälfte aller Mädchen wird in nur sechs Lehrberufen ausgebildet". Mittlerweile machen fast 30% der Abiturienten nicht sofort eine Hochschulausbildung, sondern die Hälfte von ihnen beginnt eine Lehre, die anderen gehen erst zum Bund und Zivildienst. Der Anteil der Frauen dabei, die nach dem Abitur direkt in die Lehre gehen, liegt jetzt bei 64%. Als Gründe werden angegeben: Zulassungsbeschränkungen, allgemein schlechte Berufsaussichten, möglichst konkrete Berufserfahrung. Die kapitalistische Krisenentwicklung wirkt auf alle Seiten des Ausbildungsprozesses der Jugend. So kommen Hannoveraner Wissenschaftler in einem Gutachten für das Bildungsministerium zum Ergebnis: ,,Daß die Kinder aus ,Volksschulfamilien' am häufigsten die Beamtenlaufbahn und die direkte Berufstätigkeit wählen. Insgesamt die geringsten Studierneigung nach dem Abitur zeigen Kinder von Facharbeitern". (FR, 16.1.)



Foto: DGB-Demonstration 1975 in Hannover gegen Arbeitslosigkeit. – Heute: Verschiedenste Kämpfe gegen Sparmaßnahmen. Am 7.2. in Wiesbaden Demonstration von Gewerkschaftsjugend und Landesschülervertretung. – Die IG Metall kämpft im Nordverbund beim Manteltarifanhang Auszubildende für die Übernahme nach der Lehre und 2 arbeitsfreie Berufsschultage. – Eine grundlegende Reform des Bildungswesens muß sich gegen die Interessen der Kapitalisten richten.

Bei den jugendlichen Ausländern zwischen 15 und 18 Jahren erhält nur jeder fünfte Jugendliche eine Lehrstelle, ,,drei von vier jungen Ausländern durchlaufen weder eine Berufsausbildung, noch besuchen sie eine weiterführende Schule". Immer mehr werden gerade sie zu einem festen Bestandteil der jugendlichen Reservearmee, so daß eine Kommission der OECD in einem Bericht zur Lage der Berufsausbildung und jugendlicher Arbeitslosigkeit in der BRD feststellen muß: ,,... Die Maßnahmen für ausländische Kinder sind so spärlich, daß davon eine potentielle soziale Gefahr ausgeht." – Weiterhin stellt diese Kommission auch fest, wie der Berufsbildungsbericht, daß Aktionen ,,Mädchen in Männerberufe" begonnen worden seien, diese aber faktisch erfolglos waren: Die sechs Lehrberufe, in denen nach dem offiziellen Lehrstellen-Report rund 47% der weiblichen Lehrlinge ausgebildet werden, sind: Friseuse, Arzthelferin, Verkäuferin im Handwerk (Nahrungsmittel) und Handel, Bürokauffrau und Industriekauffrau. Nach der Lehre gibt es immer Probleme, eine Arbeit zu finden.

Insgesamt hat das Handwerk seinen hohen Anteil an Ausbildungsplätzen gesteigert, die Tendenz, die Ausbildungsverträge zu verkürzen, hat weiter zugenommen, vor allem im öffentlichen Dienst, Handwerk und Landwirtschaft.

Von positiven Tendenzen in der Berufsausbildung kann also keine Rede sein, sondern nur von Verstärkung der krisenhaften Entwicklung. Es ist nicht davon auszugehen, daß die Jugendarbeitslosigkeit zurückgeht. Die Kapitalisten sind gerade dabei, den nächsten Rationalisierungsschub in der Industrie einzuleiten, ,,Abbau" von Lehrstellen, Nichtübernahme nach der Lehre wirken zusammen, vor allem in der Industrie auch zunehmend. Im Handwerk fliegt man nach der Lehre meistens sowieso raus. Richtig ist, wenn Maria Weber vom Bundesvorstand des DGB feststellt: ,,Die 70er Jahre haben den Einfluß der Arbeitgeber auf die Berufsausbildung und das Ausbildungsplatzangebot gezeigt. Unternehmerische Machtpolitik wurde auf dem Rücken der Jugendlichen ausgetragen ... Es hat sich gezeigt, daß das duale System der Berufsausbildung, die Realität der Betriebe und das Interesse vieler Unternehmer nicht den Notwendigkeiten einer ,,Berufsausbildung für alle" entsprechen ... Die Berufsausbildung der Arbeitnehmer ist vorrangig eine Aufgabe, die von ihren Gewerkschaften beeinflußt werden muß, soll sie den Interessen der Arbeitnehmer gerecht werden." – Das heißt aber gerade, die aktuellen Kämpfe gegen die Auswirkungen der Krise mit dem Ziel der Kontrolle des Bildungswesens durch die Arbeiterklasse zu verbinden. Der Kampf gegen Sparmaßnahmen von Bund und Ländern wird dabei zwangsläufig geführt werden müssen.

Vorankündigung

Im Rahmen von Erfahrungsberichten und Reportagen wollen wir uns mit dem Stand der Kämpfe um Jugend- und Freizeitzentren beschäftigen, in denen folgende Fragestellungen berücksichtigt werden sollten:

– Entwicklung der Kämpfe. An welchem Punkt befindet sich die Bewegung. Auf welche Kräfte stützt sich die Bewegung. Verbindung zu den Gewerkschaften. Erfahrung mit unabhängigen, selbstverwalteten JZ; auf Basis von Vereinen; JZ in Trägerschaft von Städten und Gemeinden. –

Wir bitten um Zusendungen von Erfahrungsberichten/Reportagen an die Redaktion der KVZ.

Azania: Acht Monate dauernder Schülerstreik beendet

Wiedereröffnung der Schulen angekündigt / Unterdrückung gegen die schwarze Bevölkerung

,,Tod eines Schülers"

acm. Seit drei Wochen läuft im ZDF jeweils Sonntag, 20.15 Uhr, das Fernsehspiel ,,Tod eines Schülers" von Robert Stromberger. Weitere drei Fernsehspiele werden noch folgen. Warum es sechs Fernsehspiele zur gleichen Handlung sein müssen, ergibt sich aus der Konstruktion. Der Autor und Regisseur wollen den Suizid eines Schülers von seiten der verschiedenen Beteiligten aus beleuchten und damit die Frage: ,,Wer ist schuld am Tod von Claus Wagner?" für eine dem Zuschauer auferlegte und zu beantwortende Frage herausarbeiten. Der Reihe nach folgt der Handlungsablauf aus der Sicht der untersuchenden Polizei, der Eltern, der Mitschüler, der Freun-

Zusammenhalt der Schüler scheint gar nicht da zu sein; wie sollte dann aber ein Streik durchgeführt werden?), und Claus bei der Abstimmung verliert. Er muß erleben, daß sogar seine Eltern gegen ihn stimmen. Danach wird Claus über die Noten diszipliniert, die Chancen auf einen Studienplatz sinken, und er schmeißt die Klamotten hin, will aus der Schule raus. Seine Eltern unterstützen ihn nicht, drohen, bestechen ihn mit Geld usw., daß er sein Abitur machen soll. Claus haut ab, fährt mit seiner Freundin (die übertriebenermaßen doppelt so alt wirkt wie er) in Urlaub. Danach geht er nicht nach Haus zurück, sondern lebt bei seiner Freundin, erst ohne Arbeit, dann jobbt er, stellt

dog. In der vorletzten Woche hat das Schüler-Streikkomitee der schwarzen Schüler den seit mehr als acht Monaten andauernden Schulboykott in Kapstadt und der Kapprovinz für beendet erklärt. An den Streiks hatten sich etwa 60000 Schüler beteiligt. Als die schwarzen Schüler ihren Boykott im Februar 1980 begannen, streikten die farbigen (gemischt-rassigen) Schüler der Kapprovinz für gleiche Ausbildungsbedingungen. Die südafrikanische Regierung hat 1979 für die Ausbildung eines schwarzen Schülers weniger als ein Zehntel dessen ausgegeben, was für einen weißen ausgegeben wird. Für die Ausbildung eines Farbigen wandte sie nicht mehr als ein Fünftel auf. Die farbigen Schüler hatten ihre Aktionen im Juli 1980 abgebrochen, nachdem

die Registrierungsfrist, die nur bis zum 23.1. dauern sollte, von der Regierung verlängert worden. Ihre Forderungen gegen die Benachteiligungen der schwarzen und farbigen Schüler konnte die Streikenden, soweit es bekannt ist, nicht durchsetzen. – Der südafrikanische Regierungschef Botha hat am 23.1. vor dem Parlament erklärt, daß die schwarze Bevölkerungsmehrheit von der Erarbeitung einer neuen Verfassung, die von einem Präsidentenrat erstellt werden soll, ausgeschlossen bleibt. Nachdem die Regierung die Einstellung der beiden Zeitungen für die schwarze Bevölkerung in Soweto erzwungen hat, ist jetzt ein neues Pressegesetz in Vorbereitung, wonach eine Registrierungspflicht für Journalisten eingeführt werden soll.



dungsbericht" aber aufzeigen muß und die ihren Widerhall in den Schlagzeilen der bürgerlichen Presse finden, lauten: ,,Immer mehr Abiturienten gehen erst einmal in die Lehre", ,,Ausländerausbildung alarmierend" und

Verschiedenste Kämpfe gegen Sparmaßnahmen. Am 7.2. in Wiesbaden Demonstration von Gewerkschaftsjugend und Landesschülervertretung. – Die IG Metall kämpft im Nordverbund beim Manteltarifanhang Auszubildende für die Übernahme nach der Lehre und 2 arbeitsfreie Berufsschultage. – Eine grundlegende Reform des Bildungswesens muß sich gegen die Interessen der Kapitalisten richten.

beitslosigkeit zurückgeht. Die Kapitalisten sind gerade dabei, den nächsten Rationalisierungsschub in der Industrie einzuleiten, ,,Abbau" von Lehrstellen, Nichtübernahme nach der Lehre wirken zusammen, vor allem in der

JZ; auf Basis von Vereinen; JZ in Trägerschaft von Städten und Gemeinden. –

Wir bitten um Zusendungen von Erfahrungsberichten/Reportagen an die Redaktion der KVZ.

Azania: Acht Monate dauernder Schülerstreik beendet

Wiedereröffnung der Schulen angekündigt / Unterdrückung gegen die schwarze Bevölkerung

dog. In der vorletzten Woche hat das Schüler-Streikkomitee der schwarzen Schüler den seit mehr als acht Monaten andauernden Schulboykott in Kapstadt und der Kapprovinz für beendet erklärt. An den Streiks hatten sich etwa 60000 Schüler beteiligt. Als die schwarzen Schüler ihren Boykott im Februar 1980 begannen, streikten die farbigen (gemischt-rassigen) Schüler der Kapprovinz für gleiche Ausbildungsbedingungen. Die südafrikanische Regierung hat 1979 für die Ausbildung eines schwarzen Schülers weniger als ein Zehntel dessen ausgegeben, was für einen weißen ausgegeben wird. Für die Ausbildung eines Farbigen wandte sie nicht mehr als ein Fünftel auf. Die farbigen Schüler hatten ihre Aktionen im Juli 1980 abgebrochen, nachdem mehr als 50 von ihnen bei Demonstrationen von der Polizei erschossen worden waren. Die schwarzen Schüler setzten ihren Boykott fort. Die südafrikanische Regierung schloß daraufhin die Schulen der Schwarzen. Die Regierung hat jetzt die Wiedereröffnung der Schulen noch für diesen Monat angekündigt. Das Streikkomitee hat die Beendigung des Streiks von der Bedingung abhängig gemacht, daß alle am Streik Beteiligten wieder zum Unterricht zugelassen werden. Außerdem ist die Registrierungsfrist, die nur bis zum 23.1. dauern sollte, von der Regierung verlängert worden. Ihre Forderungen gegen die Benachteiligungen der schwarzen und farbigen Schüler konnte die Streikenden, soweit es bekannt ist, nicht durchsetzen. – Der südafrikanische Regierungschef Botha hat am 23.1. vor dem Parlament erklärt, daß die schwarze Bevölkerungsmehrheit von der Erarbeitung einer neuen Verfassung, die von einem Präsidentenrat erstellt werden soll, ausgeschlossen bleibt. Nachdem die Regierung die Einstellung der beiden Zeitungen für die schwarze Bevölkerung in Soweto erzwungen hat, ist jetzt ein neues Pressegesetz in Vorbereitung, wonach eine Registrierungspflicht für Journalisten eingeführt werden soll.



Demonstrierende Schüler in Soweto 1976

,,Tod eines Schülers"

acm. Seit drei Wochen läuft im ZDF jeweils Sonntag, 20.15 Uhr, das Fernsehspiel ,,Tod eines Schülers" von Robert Stromberger. Weitere drei Fernsehspiele werden noch folgen. Warum es sechs Fernsehspiele zur gleichen Handlung sein müssen, ergibt sich aus der Konstruktion. Der Autor und Regisseur wollen den Suizid eines Schülers von seiten der verschiedenen Beteiligten aus beleuchten und damit die Frage: ,,Wer ist schuld am Tod von Claus Wagner?" für eine dem Zuschauer auferlegte und zu beantwortende Frage herausarbeiten. Der Reihe nach folgt der Handlungsablauf aus der Sicht der untersuchenden Polizei, der Eltern, der Mitschüler, der Freundin und letztlich aus der Sicht von Claus.

Tatsächlich übt die Vorgehensweise – Darstellung der Entwicklung des Selbstmordes über bestimmte Ereignisse aus verschiedener Sichtweise – einen Reiz aus. Da das Thema sowieso eine Brisanz besitzt – da allgemein die Selbstmordrate seit Beginn der siebziger Jahre ständig gestiegen ist und die Rate der jugendlichen Suizide in der BRD die höchste in ganz Europa ist; außerdem die Fernsehspiele auf attraktive Sendezeit gelegt sind – dürfte eine hohe Anzahl von Fernsehzuschauern erreicht werden und schon worden sein.

Mit dem Anlaufen des Fernsehspiels ist sogleich ein Buch zum Film erschienen. Neben dem Handlungsablauf der verschiedenen Teile enthält es mehrere Beiträge zum Selbstmord, Gespräche mit Autor, Regisseur und Hauptdarsteller sowie einem Kommissar. Sodann befindet sich ein Beitrag zur Suizidforschung mit statistischem Anhang über Selbstmordentwicklung und die Chronik eines versuchten Selbstmordes in dem Buch (Goldmann, 3950, 7,80 DM).

Das Geschehen ist eine Widerspiegelung des Alltags in der BRD, wenn auch mit bestimmten Überziehungen und Einseitigkeiten: Sohn (Einzelkind) gehobener Gasthausbesitzer ist unter Druck in der Schule wegen Abitur, da er Medizin studieren *soll* (Eltern wollen es so, da der Vater keins hatte und darunter leidet). Der Numerus Clausus droht, die Klasse geht gegen einen Lehrer vor, den sie für unfähig hält, Claus als Kurssprecher führt die Sache an, und es kommt auch zum Streik, als keine Änderungen der Lage erfolgten. Der Rektor kommt zur Abwendung des Streiks auf eine Versammlung hin, auf der der Vater eines reichen Schülers die Versammlung für den Lehrer gewinnt (wobei Claus alleine steht, der Zusammenhalt der Schüler scheint gar nicht da zu sein; wie sollte dann aber ein Streik durchgeführt werden?), und Claus bei der Abstimmung verliert. Er muß erleben, daß sogar seine Eltern gegen ihn stimmen. Danach wird Claus über die Noten diszipliniert, die Chancen auf einen Studienplatz sinken, und er schmeißt die Klamotten hin, will aus der Schule raus. Seine Eltern unterstützen ihn nicht, drohen, bestechen ihn mit Geld usw., daß er sein Abitur machen soll. Claus haut ab, fährt mit seiner Freundin (die übertriebenermaßen doppelt so alt wirkt wie er) in Urlaub. Danach geht er nicht nach Haus zurück, sondern lebt bei seiner Freundin, erst ohne Arbeit, dann jobbt er, stellt dann fest, daß es so nichts bringt, meldet sich an einer anderen Schule an, um das Abitur zu machen, und kehrt wieder nach Hause zurück, um sich hier faktisch den Wünschen seiner Eltern wieder unterwerfen zu müssen. Die Beziehung zur Freundin ist beendet. Fürs Abitur büffelt er jetzt bis zur Erschöpfung, isoliert sich dabei wegen Strebertums, gerät in eine Rauschgiftsache wegen eines Mitschülers, der damit handelt, und sagt gegen diesen in der Not der Polizeiverhöre aus, um sich somit unter den Mitschülern vollends zu isolieren. Als er in zwei Arbeiten dann noch schlecht abschneidet – sein Widerspruch wegen Fehlbeurteilung durch den Regierungspräsidenten aber abgelehnt wird und damit der notwendige Notenschnitt gefährdet ist – dreht er durch. Nachdem er bei seiner früheren Freundin nicht reingelassen wird, weil sie nicht allein zu sein scheint, dann auf dem Heinerfest (Originalschauplatz Darmstadt im ganzen Film) noch die Deutschlehrerin und seine Mitschüler bei der Abitursfeier trifft – ohne ihn –, geht er zu den nahegelegenen Bahngleisen und wirft sich unter den Zug.

Die Handlung beinhaltet genug ,,Sozialkritisches", wirkt aber zugleich konstruiert, überlastet, wenn man die Geschichte straff hintereinander bringt. Die Methode der Aufteilung auf die Sichtweise der Beteiligten schafft somit den Eindruck: ,,Jeder trägt seine Schuld am Selbstmord." Autor und Regisseur betonen das. Tatsächlich erschwert das die Ursachenklärung, da nicht von den Grundlagen der kapitalistischen Produktions- und Reproduktionsbedingungen ausgegangen wird. Dies ist jedenfalls der Eindruck nach den bisherigen Folgen und der Verhandlung des Gesamtthemas in dem Buch zum Fernsehspiel. Nach der sechsten Folge wird man dies endgültig klären können.

Gesamtschulgesetzentwurf NRW: Gewerkschaftsforderungen nicht erfüllt

cab. In diesen Tagen soll der ,,Gesetzentwurf zur Gleichstellung der Gesamtschule" (vom Landeskabinett NRW am 17.12.80 verabschiedet) in den Landtag eingebracht werden. Kritisiert wird er weniger von der CDU, die mit ihrem Volksbegehren ,,Stop KOOP-Schule" 1978 die SPD-Schulpolitik so vehement bekämpft hatte. Front gegen den Entwurf machen die Gewerkschaften, von deren Hauptforderungen an die Gesamtschule (DGB-Gesetzentwurf, September 1980) wenig geblieben ist: 1. Gesamtschule (GS) als dem Gymnasium gleichberechtigte Angebotsschule, 2. GS als Ganztagsschule, 3. für kleine (ländliche) Gemeinden Einrichtung einer GS auch als einzige Schule, um ein umfassendes Bildungsangebot zu sichern., 4. der Elternwille zur Errichtung einer GS muß für Schulträger (Gemeinden, Kreise) und deren Schulentwicklungspläne verbindlich sein. (Neue Deutsche Schule, 17/80, Hg. GEW NRW).

Die 1. und 4. Forderung sollen gewährleisten, daß die Spaltung der Schüler durch das 3gliedrige Schulwesen allmählich überwunden wird und absichern, daß die *Grund*ausbildung und die Ausbildungsbedingungen für die Kinder der Lohnabhängigen besser sind als in den Hauptschulen. Dagegen der Kabinettsentwurf: ,,Die Schulträger können Gesamtschulen nur unter der Voraussetzung errichten, daß (bestehende) Schulen anderer Schulform ... auch künftig in zumutbarer Weise erreichbar sind (§ 10, Abs. 4, Satz 2)." (Vorbemerkung des Kultusministers, S. 1). Dieser Absicherung der Gymnasien vor allem und der Zwang, bei Gründung der GS mindestens 3 Parallelklassen zu führen (bei rückläufigen Schülerzahlen!) werden meist die Gründung einer GS verhindern, sie aber jedenfalls – außer in Großstädten – auf eine Konkurrenz zur Hauptschule einengen. So ist denn auch bloß festgeschrieben, daß GSn ,,den Bildungsweg der Hauptschulen enthalten" (§ 4e, Abs. 1) und *regelmäßig* die Klassen 5–10 führen müssen. In Berlin haben ähnliche Regelungen die Gesamtschulen zu ,,besseren Hauptschulen" gemacht und diese verrotten lassen

Es ist offensichtlich, daß mit solchen Regelungen auch das 3. Hauptziel des DGB-Entwurfs zunichte gemacht wird, das sich gegen die Verschlechterung der Ausbildung auf dem Land und gegen die Schulschließungen wendet.

Daß Gesamtschulen – wohl aus finanziellen Gründen – auch nicht mehr in der Regel als Ganztagsschulen errichtet werden sollen, ist ein weiterer Abstrich, wo es um die elementaren Interessen der Lohnabhängigen geht.

Daß im Rahmen der Haushaltskürzungen auch eine erhebliche Verschlechterung der Arbeitsbedingungen an den Gesamtschulen geplant ist, wundert einen nicht: von 19,1 auf 20,5 soll die Lehrer-Schüler-Relation, von 24 auf 26 die Pflichtstundenzahl heraufgesetzt werden (Ausnahme die Studienräte, was die Spaltung unter den Gesamtschullehrern noch vertieft).

Entsprechend dem Schulmitwirkungsgesetz nehmen gegenwärtig Verbände und Interessengrupen zum Gesetzentwurf Stellung. DGB, GEW und Landeselternrat haben vor allem gegen die genannten Punkte protestiert und angekündigt, gemeinsam mit den über 40 Elterninitiativen für Gesamtschulen den Kampf zu verstärken.

Kampf gegen das Kernkraftwerk Brokdorf

Zu den Schwierigkeiten beim Aufbau einer Aktionseinheit

wiv. Die Betreiber des KKW Brokdorf (Landesregierung Schleswig-Holstein, Bundesregierung und dahinter die Elektrizitätskonzerne) richten sich auf den raschen Weiterbau ein: Mitte Februar wird die 2. Teilerrichtungsgenehmigung (TEG) von der Landesregierung erwartet. Die Berufung von 9 Klägern aus der Wilster Marsch gegen die 1. TEG ist vom Oberverwaltungsgericht Lüneburg am 22.1. abgewiesen worden: „Die Kläger hätten keine Umstände aufgezeigt, die eine weitergehende Baustopp-Entscheidung als die in dem Beschluß von 1977 enthaltene rechtfertigen" (FAZ). Dabei ist *keiner* der Einwände geklärt oder gar gelöst.

Gleichzeitig werden Artikel in der Presse lanciert, daß die Elektrizitätskonzerne ihr Kapital brachliegen lassen müssen. Je nach Temperament wird zwischen 30 und 80 Mrd. DM Inverstitionsstau angegeben. Sie horten ihr Geld in Erwartung auf baldige bessere Profitbedingungen und: „Gegen Arbeitslosigkeit und Kälte, gegen Leistungsbilanzdefizite und Ölscheiche, gegen Nullwachstum und den Untergang der Menschheit – gegen alles, was gerade schmerzt, sei die Kernkraft gut", meint der Spiegel ironisch und verweist darauf, daß es um nichts dergleichen geht, sondern daß sich ein heftiger Konkurrenzkampf zwischen den Elektrizitäts- und Ölmonopolen um die Beherrschung des Energiemarkts abspielt.

Auf Seiten der bürgerlichen Parteien ist die Situation durch heftigen Streit um „das Symbol" Brokdorf gekennzeichnet. Die Teile der FDP, die gegen den Bau sind, haben auf dem Landesparteitag in Holm wenigstens ein „Jein" im zweiten Anlauf durchgesetzt. Noch heftiger läuft der Streit in der SPD. Die schleswig-holsteinische SPD hat eine landesweite Flugblattaktion gestartet, in der gegen den Bau des KKW Brokdorf Stellung bezogen wird. Geplant ist eine Großveranstaltung in der Ostseehalle in Kiel am 19.2., auf den Tag genau 4 Jahre nach der letzten großen Brokdorf-Demonstration 1977.

Von Seiten der SPD-Führung geht es darum, sich an die Spitze des Kampfes gegen den Bau des KKW Brokdorf zu setzen. Der Beschluß der Kollmarer Konferenz (60 Bürgerinitiativen und politische Organisationen) vom 4. Januar, im Falle des Weiterbaus eine internationale Großdemonstration zu organisieren, zwingt sie zu ihren Aktivitäten wie auch der Druck der eigenen Parteibasis.

Auf Seiten der spontanen und demokratischen Bewegung wird an der Vorbereitung der Großdemonstration gearbeitet, zu der aber *keine* der bürgerlichen Parteien einschließlich DKP bisher offiziell Stellung bezogen hat. Diese Lage schafft grundsätzlich gute Möglichkeiten, eine schlagkräftige Aktionseinheit aufzubauen. Konkret gibt es aber einige wichtige Probleme, die der Klärung bedürfen, wenn die Aktionseinheit erfolgreich aufgebaut werden soll.

1. ist die demokratische Bewegung (wie 1977) gespalten an der Behandlung der Frage der „Gewalt", was die Bourgeoisie (auch wie 1977) bereits nutzt, um die Böcke von den Schafen zu trennen. Auf der Konferenz in Kollmar am 25.1. ging der Streit konkret um eine Presseerklärung von „30 Teilnehmern des ständigen Vorbereitungstreffens..." anläßlich der Verhaftung von 3 Jugendlichen, denen ohne jeden stichhaltigen Beweis vorgeworfen wurde, Brandanschläge auf das Glückstädter Amtsgericht und die Stadtwerke verübt zu haben; einer von ihnen übrigens der Sohn des Wirtes, in dessen Gaststätte in Kollmar die Vorbereitungstreffen stattfinden.

In der Presseerklärung heißt es: „Anschläge wie die auf die Stadtwerke und das Amtsgericht in Glückstadt sind für uns ein Teil des Widerstands gegen das Atomkraftwerk Brokdorf." Von vielen Teilnehmern des Vorbereitungstreffens wurde zu Recht kritisiert, daß derartige Erklärungen die Möglichkeit der Aktionseinheit von vornherein einschränken, eben weil es sehr viele gibt, die solche Mittel prinzipiell oder aus taktischen Gründen ablehnen. Außerdem wurde den „30 Teilnehmern..." vorgeworfen, damit der Regierung nur die Flanke zu öffnen für ihre Hetztiraden gegen die „Chaoten und Krawallmacher", was auch durch die Form der Herausgabe noch erleichtert wird.

Denn fest steht (und das mußte auch den 30 Teilnehmern bekannt sein!), daß die Landesregierung so etwas als *die* Meinung der gesamten Kollmarer Konferenz für ihre Hetzpropaganda nutzt.

Weiter wurde betont, daß es nicht darauf ankommt, gebetsmühlenartig „die Eigenständigkeit" der Bewegung zu betonen (die übrigens so schon sehr vielfältig zusammengesetzt ist), sondern auf geeigneter *politischer* Grundlage allen Gegnern die Teilnahme am Kampf zu ermöglichen, u.a., die Teilnahme an der geplanten Großdemonstration. Die Tatsache, daß anläßlich des Sonderparteitags der Hamburger SPD zwei Demonstrationen stattfinden, ist Ausdruck der nach wie vor vorhandenen Spaltung.



Zwischen 80 und 100 Teilnehmer zählte die Demonstration am 24.1. in Neumünster, auf der unter den im Bild gezeigten Parolen die sofortige Freilassung der in der JVA Münster in Untersuchungshaft sitzenden Kernkraftwerksgegner gefordert wurde.

Grundlage der Aktionseinheit können nur zwei Dinge sein: eine politische Plattform (wie z.B. der „zündende" Aufruf zu den Demonstrationen 1976/77) und zum anderen Freiheit der Agitation und Propaganda. Es gibt aber Kräfte in der Bewegung, die genau umgekehrt rangehen und die Gesamtheit ihrer ideologischen und praktischen Vorstellungen für alle verbindlich machen wollen bzw. die Aktionseinheit deswegen ablehnen, weil, wie in Hamburg, die Jusos und die IG Druck und Papier zu einer „friedlichen" Demonstration aufrufen in Reaktion auf spontaneististische Aufrufe „Zwei Tage gehört Hamburg uns!"

Wenn hier keine Einigkeit erzielt wird, wird es kaum gelingen, weder die SPD noch die DKP noch die Gewerkschaften dazu zu bewegen, eine *gemeinsame* Großdemonstration vorzubereiten. Gerade die DKP redet viel von „Massenbewegung", hält aber mit Beschlußfassungen hinter dem Berg (z.B. wurde erst am 4.1. im Kollmar *allgemein* bekannt, daß auch der Landesjugendring und einige Jugendvertreter aus Großbetrieben zur Demonstration am 21.12. aufgerufen hatten). Sie wird es leicht haben, sich abzusetzen, wenn keine Klärung des obigen Problems stattfindet. So verständlich der Haß auf den Sozialimperialismus und dessen „5. Kolonne" ist, so falsch wäre es, die DKP aus dem Aktionsbündnis „entwischen" zu lassen, ohne daß *sie* dabei die Federn lassen muß, wenn sie es dennoch versucht. Das gilt vom Prinzip auch für die Landes-SPD, wo einige Kräfte wegen der SPD-Position Brokdorf nein, Brunsbüttel und Krümmel ja, gleich die *ganze* Aktionseinheit für nutzlos und unwichtig erachten.

2. ist die Arbeiterbewegung nach wie vor gespalten an der Frage der „Arbeitsplätze" und der Frage des „billigen Stroms", obwohl unverkennbar ist, daß der Widerstand gegen das KKW Brokdorf auch in den Gewerkschaften wächst. Es ist neu, daß ein Bezirksvorstand zu einer Brokdorf-Demonstration aufruft, wie es der der IG Drupa tut. Auch die GEW Hamburg will sich beteiligen.

Diese beiden Fragen lassen sich aber durch gründliche Untersuchung und revolutionäre Kritik der tatsächlichen Verhältnisse klären und vereinheitlichen. Das gilt ebenso für den Konflikt zwischen der demokratischen und spontanen Bewegung einerseits und der Arbeiterbewegung andererseits, dessen Kern darin besteht, ob die Nutzung der Kernenergie *prinzipiell* und für alle Zeiten abzulehnen ist („Das Atom" ist Teufelszeug) oder ob es sich um ein Problem der *kapitalistischen* Nutzung mit all ihren Konsequenzen handelt. Nur durch Untersuchung der Tatsachen kommt man auch in dieser Frage herunter vom Vorwurf der „Maschinenstürmerei" einerseits und dem Vorwurf des „verantwortungslosen Gewerkschaftsbürokraten" andererseits.

Was den Aufbau der Aktionseinheit gegen das KKW Brokdorf betrifft: Matthiesen hat an den Vorsitzenden der BUU Krempe geschrieben und Interesse an „Kontaktaufnahme" bekundet. In einem auf dem Vorbereitungstreffen am 25.1. verlesenen Antwortschreiben wurde die Landes-SPD aufgefordert, die Veranstaltung am 19.2. in der Ostseehalle als Podiumsdiskussion auszurichten, an der Matthiesen und Jansen, ein Vertreter der Brokdorf-Kläger und zwei Vertreter der Kollmarer Konferenz teilnehmen sollten. Was sollte da dagegen sprechen?

Auf einer Veranstaltung in der Universität Kiel mit 60 Teilnehmern wurde beschlossen, unmittelbar nach Erteilung der 2. TEG eine landesweite Demonstration in Kiel durchzuführen. Veranstaltungen zur Klärung der hier angesprochenen strittigen Fragen, und zur konkreten Vorbereitung der Aktivitäten sind unverkennbar ein großes Bedürfnis und sollten zur Stützung des Kampfes werden.

heftiger Konkurrenzkampf zwischen den Elektrizitäts- und Ölmonopolen um die Beherrschung des Energiemarkts abspielt.

Auf Seiten der bürgerlichen Parteien ist die Situation durch heftigen Streit um „das Symbol" Brokdorf gekennzeichnet. Die Teile der FDP, die gegen den Bau sind, haben auf dem Landesparteitag in Holm wenigstens ein „Jein" im zweiten Anlauf durchgesetzt. Noch heftiger läuft der Streit in der SPD. Die schleswig-holsteinische SPD hat eine landesweite Flugblattaktion gestartet, in der gegen den Bau des KKW Brokdorf Stellung bezogen wird. Geplant ist eine Großveranstaltung in der Ostseehalle in Kiel am 19.2., auf den Tag genau 4 Jahre nach der letzten großen Brokdorf-Demonstration 1977.

Von Seiten der SPD-Führung geht es darum, sich an die Spitze des Kampfes gegen den Bau des KKW Brokdorf zu setzen. Der Beschluß der Kollmarer Konferenz (60 Bürgerinitiativen und politische Organisationen) vom 4. Januar, im Falle des Weiterbaus eine internationale Großdemonstration zu organisieren, zwingt sie zu ihren Aktivitäten wie auch der Druck der eigenen Parteibasis.

wie die auf die Stadtwerke und das Amtsgericht in Glückstadt sind für uns ein Teil des Widerstands gegen das Atomkraftwerk Brokdorf." Von vielen Teilnehmern des Vorbereitungstreffens wurde zu Recht kritisiert, daß derartige Erklärungen die Möglichkeit der Aktionseinheit von vornherein einschränken, eben weil es sehr viele gibt, die solche Mittel prinzipiell oder aus taktischen Gründen ablehnen. Außerdem wurde den „30 Teilnehmern..." vorgeworfen, damit der Regierung nur die Flanke zu öffnen für ihre Hetztiraden gegen die „Chaoten und Krawallmacher", was auch durch die Form der Herausgabe noch erleichtert wird.

Denn fest steht (und das mußte auch den 30 Teilnehmern bekannt sein!), daß die Landesregierung so etwas als *die* Meinung der gesamten Kollmarer Konferenz für ihre Hetzpropaganda nutzt.

Weiter wurde betont, daß es nicht darauf ankommt, gebetsmühlenartig „die Eigenständigkeit" der Bewegung zu betonen (die übrigens so schon sehr vielfältig zusammengesetzt ist), sondern auf geeigneter *politischer* Grundlage allen Gegnern die Teilnahme am Kampf zu ermöglichen, u.a., die Teil-

Grundlage der Aktionseinheit können nur zwei Dinge sein: eine politische Plattform (wie z.B. der „zündende" Aufruf zu den Demonstrationen 1976/77) und zum anderen Freiheit der Agitation und Propaganda. Es gibt aber Kräfte in der Bewegung, die genau umgekehrt rangehen und die Gesamtheit ihrer ideologischen und praktischen Vorstellungen für alle verbindlich machen wollen bzw. die Aktionseinheit deswegen ablehnen, weil, wie in Hamburg, die Jusos und die IG Druck und Papier zu einer „friedlichen" Demonstration aufrufen in Reaktion auf spontaneististische Aufrufe „Zwei Tage gehört Hamburg uns!"

Wenn hier keine Einigkeit erzielt wird, wird es kaum gelingen, weder die SPD noch die DKP noch die Gewerkschaften dazu zu bewegen, eine *gemeinsame* Großdemonstration vorzubereiten. Gerade die DKP redet viel von „Massenbewegung", hält aber mit Beschlußfassungen hinter dem Berg (z.B. wurde erst am 4.1. im Kollmar *allgemein* bekannt, daß auch der Landesjugendring und einige Jugendvertreter aus Großbetrieben zur De-

falsch wäre es, die DKP aus dem Aktionsbündnis „entwischen" zu lassen, ohne daß *sie* dabei die Federn lassen muß, wenn sie es dennoch versucht. Das gilt vom Prinzip auch für die Landes-SPD, wo einige Kräfte wegen der SPD-Position Brokdorf nein, Brunsbüttel und Krümmel ja, gleich die *ganze* Aktionseinheit für nutzlos und unwichtig erachten.

2. ist die Arbeiterbewegung nach wie vor gespalten an der Frage der „Arbeitsplätze" und der Frage des „billigen Stroms", obwohl unverkennbar ist, daß der Widerstand gegen das KKW Brokdorf auch in den Gewerkschaften wächst. Es ist neu, daß ein Bezirksvorstand zu einer Brokdorf-Demonstration aufruft, wie es der der IG Drupa tut. Auch die GEW Hamburg will sich beteiligen.

Diese beiden Fragen lassen sich aber durch gründliche Untersuchung und revolutionäre Kritik der tatsächlichen Verhältnisse klären und vereinheitlichen. Das gilt ebenso für den Konflikt zwischen der demokratischen und spontanen Bewegung einerseits und der Arbeiterbewegung andererseits, dessen Kern darin besteht, ob die Nutzung der Kernenergie *prinzipiell* und für alle Zeiten abzulehnen ist („Das Atom" ist Teufelszeug) oder ob es sich

sen Gewerkschaftsbürokraten" andererseits.

Was den Aufbau der Aktionseinheit gegen das KKW Brokdorf betrifft: Matthiesen hat an den Vorsitzenden der BUU Krempe geschrieben und Interesse an „Kontaktaufnahme" bekundet. In einem auf dem Vorbereitungstreffen am 25.1. verlesenen Antwortschreiben wurde die Landes-SPD aufgefordert, die Veranstaltung am 19.2. in der Ostseehalle als Podiumsdiskussion auszurichten, an der Matthiesen und Jansen, ein Vertreter der Brokdorf-Kläger und zwei Vertreter der Kollmarer Konferenz teilnehmen sollten. Was sollte da dagegen sprechen?

Auf einer Veranstaltung in der Universität Kiel mit 60 Teilnehmern wurde beschlossen, unmittelbar nach Erteilung der 2. TEG eine landesweite Demonstration in Kiel durchzuführen. Veranstaltungen zur Klärung der hier angesprochenen strittigen Fragen, und zur konkreten Vorbereitung der Aktivitäten sind unverkennbar ein großes Bedürfnis und sollten zur Stützung des Kampfes werden.

Revolutionäre Demokratie oder Anarchismus?

„Linke" fordern Solidarität mit der Viererbande

cld. In Hamburg haben eine Reihe von Linken – von „Funken"-Herausgeber Dieter Schütt bis zum „Arbeiterkampf" – Solidarität mit den Angeklagten im Prozeß gegen die Viererbande, insbesondere Jiang Qing, gefordert. Es wurde behauptet, daß der Prozeß in Beijing ein „Schauprozeß", „Geheimprozeß", „Monsterprozeß", ein politischer Prozeß gegen die 10 Angeklagten sei, daß nicht ihre kriminellen Taten, sondern ihre politische Überzeugung verurteilt werden sollte.

Neben der Widersprüchlichkeit der Aussage (Geheimprozeß in AK 189 – Schauprozeß in AK 191) fällt auf, daß die Hauptkritik darin besteht, daß es sich um einen politischen Prozeß handelt. Dabei wird Verwirrung betrieben. Die Angeklagten standen nicht vor Gericht, weil sie eine bestimmte politische Linie vertreten hatten, sondern weil sie konkrete kriminelle Handlungen, wie Verschwörung zum Sturz der politischen Macht des Proletariats, Verfolgung und Ermordung chinesischer Bürger etc. begangen hatten. Diese Straftaten wurden entsprechend dem neugeschaffenen Strafrecht der VR China angeklagt und nach der neuen Strafprozeßordnung untersucht und verhandelt. „Politisch" waren diese Straftaten, insofern sie sich auf den Sturz der politischen Macht des Proletariats bezogen und im Zusammenhang mit dem Ziel, an die Stelle der sozialistischen Gesellschaftsordnung eine bürgerlich-faschistische Ordnung zu setzen, begangen wurden. (Zur Unterscheidung zwischen politischer Verantwortung und krimineller Handlung siehe KVZ 51/80 und 1-2/81).

Revolutionäre Demokratie und kleinbürgerlicher Anarchismus

Wie die bürgerliche Presse behaupten die Linken, daß der Prozeß sich eigentlich gegen die Kulturrevolution und gegen Mao gerichtet habe. Daran ist soviel richtig, daß der Prozeß einen Bruch bedeutete mit den Verhältnissen, wie sie während der Kulturrevolution geherrscht haben und von Mao theoretisch begründet wurden. An die Stelle ungeregelter politischer Vertretung und Machtstruktur sollen gesetzliche Regelungen der direkten Wahl, der Rechenschaftspflicht und der Abwählbarkeit der politischen Verantwortlichen auf allen Ebenen treten. Es soll ein moderner Rechtsstaat geschaffen werden, der aufräumt mit der Willkürherrschaft einzelner Personen, die aufgrund von fehlenden gesetzlichen Bestimmungen dem Zugriff der Massen entzogen sind. Diese rechtliche Fixierung der Rechte der Massen und der Pflichten ihrer Vertreter schaffen die Voraussetzungen dafür, daß die Massen sich in alle Angelegenheiten des Staates einmischen und ihre Angelegenheiten selbst verwalten können. Nur so kann an die Stelle der „Regierung über Personen ... die Verwaltung von Sachen und die Leitung von Produktion (treten)!" (Engels, ... von der Utopie zur Wissenschaft). So wird der Staat „absterben", weil er überflüssig wird.

Der AK dagegen behandelt diese Frage wie die Anarchisten, bei denen der Staat abgeschafft wird, indem er gegen die Schaffung eines fixierten Rechtes auftritt und den rechtlosen Zustand (für die Massen) in der Kulturrevolution bejubelt. Konsequent setzt er an die Stelle des Klassenwiderspruches die Widersprüche zwischen: Machtlosen und Mächtigen, Arbeitern und Chefs, Jugendlichen und Autorität, Frauen und Patriarchentum in der Kulturrevolution (AK 192, S.4).

China befindet sich auf dem Weg der Errichtung einer revolutionären Demokratie; darüber jammern können nur Leute, die kleinbürgerlich-anarchistische Vorstellungen vom Aufbau des Sozialismus haben.

Leserbrief

„Die Bundesregierung als Verfechter der Menschenrechte in der Türkei?" KVZ 3/81, Seite 13

Am 17.1.81 haben in Hamburg knapp 3000 Menschen gegen die Unterdrückungsmaßnahmen durch die türkische Militärregierung demonstriert. Der KBW hat sich an dieser Demonstration nicht beteiligt. Die Forderungen, die mit der Demonstration durchgesetzt werden sollten: „Wir wollen konkrete Angaben zum Schicksal von ... (es folgen 4 Namen), Wir verlangen sofortigen Abbruch der Folterungen, ärztliche Untersuchung und Behandlung. 2. Wir wollen eine Kommission aus Personen, die unser Vertrauen hat und die die Erfahrung besitzt, die notwendig ist, um Gefangene aufzuspüren und festzustellen, was mit ihnen geschieht. Die Kommission soll, mit dem diplomatischen Schutz der Bundesregierung ausgerüstet, in die Türkei einreisen und die unglaublichen Menschenrechtsverletzungen in den Gefängnissen untersuchen." (KVZ 3/81)

Gegen die erste Forderung kann man wohl nichts einwenden. Der KVZ-Artikel tut es auch nicht. Worin besteht der Einwand gegen die zweite Forderung? „Die Einmischung der Bundesregierung kann nur negative Auswirkungen für das türkische Volk haben. Man sollte sie nicht auch noch fordern."(ebenda) Vorher ist ausführlich dargelegt, wie die Regierung der Bundesrepublik die wirtschaftliche Notlage der Türkei für ihre imperialistischen Ziele ausnutzt, indem z.B. Bedingungen an die Kreditvergabe geknüpft werden, die dieses Land weiterer imperialistischer Ausplünderung öffnen und ihm politisches Wohlverhalten abnötigen soll. Worin besteht die Kritik? Ist es tatsächlich eine Forderung der Demonstration, daß die „Bundesregierung als Verfechter der Menschenrechte in der Türkei" (Überschrift) auftreten soll? Ich kann dies aus dem Punkt 2 nicht erkennen. Es ist lediglich von dem „diplomatischen Schutz" einer Kommission durch die Bundesregierung die Rede, nicht von ihr selbst als Kommission oder eines Teils ihrer Angehörigen. Und soweit mir bekannt, ist eine solche Kommission bereits gebildet ohne einen Vertreter der Bundesregierung, vielmehr besteht sie aus Personen wie H. Böll etc. Unwichtig? Keineswegs. Denn diese Tatsache eröffnet die Möglichkeit, einerseits der Verwirklichung der Forderungen näherzukommen, indem eine solche Kommission die Fragen in der Türkei prüft, andererseits aber zu verhindern, daß aus diesem berechtigten Interesse von Seiten der Bundesregierung Kapital geschlagen werden kann. Dies kann dann verhindert werden, wenn zum Bestandteil dieser Bewegung die Forderungen: „Keine politische Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Türkei durch die NATO" und „Bedingungslose Gewährung von Entwicklungshilfe" gemacht werden können. Unter diesen Umständen könnte auch die Bildung dieser Kommission hingenommen werden, obwohl eine UNO-Kommission eindeutig besser wäre. Die Trennlinie so gezogen, würde auch schnell deutlich werden lassen, wo die falschen Freunde des türkischen Volkes sitzen.

Der KVZ-Artikel in der Ausgabe 3/81 verwischt durch ungenaue Untersuchung die tatsächlichen Fronten. Dies sollte geändert werden.

T.W. Hamburg



Streikposten vor der Firma typeshop GmbH, Mittelweg 49. Seit Donnerstag, dem 22.11., befinden sich die 20 Gewerkschaftsmitglieder des Betriebes im unbefristeten Streik für den Abschluß eines Tarifvertrages.

ÖTV-Mitgliederdiskussion um Tarifforderung

beb. Inzwischen hat die Mitgliederdiskussion in den Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes um die Forderungsempfehlung des Hauptvorstandes von linear 7% für die diesjährige Tarifrunde begonnen. Soweit uns bislang hierzu Beschlüsse bekanntgeworden sind, haben sie fast alle eins gemeinsam: stets wird eine reine Prozentforderung abgelehnt. Meist wird zusätzlich ein Mindestbetrag gefordert. So wurde auf der Sitzung der Abteilung Pflegepersonal und medizinisches Hilfspersonal der ÖTV Kreis Kiel bei einer Enthaltung ein Mindestbetrag von 170 DM sowie die Erhöhung des Urlaubsgelds auf 500 DM beschlossen. Die ÖTV-Kollegen beim Arbeitsamt Kiel sprachen sich für einen Mindestbetrag von 150 DM aus. Auf einer Sitzung des Kreisbeamtenausschuß des DGB Kreis Neumünster-Segeberg wurde ein „Sonderopfer" der Beschäftigten im Öff. Dienst einmütig abgelehnt und die Sicherung der Realeinkommen als Ziel für den diesjährigen Tarifkampf genannt. Für die Forderung selbst wurde eine Mischforderung vorgeschlagen (in Form eines Sockelbetrages und Prozenten).

In diesen Beschlüssen drückt sich die Einschätzung aus, daß ein Abschluß noch unterhalb der gegenwärtigen Inflationsrate von rund 5,5% durchaus eine reale Gefahr bedeutet. Der Mindestbetrag soll verhindern, daß die Arbeiter, Angestellten und Beamten in den unteren Lohngruppen, auf die die Inflation und Reservearmee besonders lastet, bei einem Prozentabschluß noch weiter gedrückt werden.

Gleichzeitig besteht aber die Lage, daß für einen Abschluß in Form von einem Mindestbetrag und Prozenten dieses Jahr wenig spricht, da das Volumen eines solchen Abschluß höher ist als der entsprechende Prozentbetrag allein, aber auch höher als bei einem entpsrechenden Festgeldabschluß allein. Da das Volumen bei dem Tarifabschluß 1981 angesichts der Haushaltslage insbesondere der Länder und Gemeinden eine entscheidende Rolle spielen wird, spricht vieles für die Alternative Prozente oder Festgeld. Wenn es der IG Metall gelingt, einen Abschluß nicht unter 6% und 100 DM mindestens durchzusetzen, kann es sein, daß die ÖTV noch an einen Prozentabschluß von 5% herankommt. Gegenwärtig ist allerdings wahrscheinlicher, daß es bereits um viel niedrigere Prozentbeträge Kampf geben wird.

In einer solchen Situation wird es günstig sein, für einen Festgeldabschluß einzutreten. Er würde die Absicht des Öffentlichen Dienstherrn durchkreuzen, die unteren und mittleren Lohngruppen noch weiter zu drücken, würde die Aktionseinheit der Masse der Beschäftigten stärken und wäre zudem geeignet, den „Spanargumenten" entgegenzutreten, was für das Bündnis mit den Industriearbeitern wichtig ist. Zum Beispiel läge ein Abschluß bei 120 DM Festgeld im Volumen ca. 1,5 Mrd. DM unter einem 4%-Abschluß und wäre für Beschäftigte mit bis zu 3000 DM Gehalt günstiger.

Neues Hafenentwicklungsgesetz

Hafenerweiterung aufgrund spekulativer Bedarfsfeststellung

bek. Am Dienstag letzter Woche trafen sich etwa 200 Moorburger und Francoper, um gegen den Beschluß des Hamburger Senats zu protestieren, die Gebiete Moorburg und Francop (ca. 850 ha landwirtschaftlich genutztes Gelände) zu räumen, um es mit Cadmium verseuchtem Baggergut aus der Elbe flutsicher Aufzuspülen und für die Hafenerweiterung zu erschließen.

Seit der Sturmflut 1962 ist der Hafenausbau im Bereich Süderelbe gigantisch vorangetrieben worden. Die durch die Flut angerichteten Zerstörungen mußten herhalten, um die Wohngebiete Waltershof (heutige Autobahn-Auffahrt) zu räumen, große Teile der landwirtschaftlich genutzten Gebiete Finkenwerders und Altenwerders zu zerstören (heutiger Dradenauhafen und HAW/Reynolds). Wieder wurden die Zerstörungen der Flut 1976 vom Senat vorgeschoben, um die Dradenausiedlung und die Rüschsiedlung in Finkenwerder zu räumen. Zu der Zeit war die Zerstörung Altenwerders trotz Widerstand der Bewohner bereits angegangen, konnte aber bis heute nicht vollständig abgeschlossen werden. Ca. 20 Familien wohnen dort heute noch. Durch diese Politik des Hamburger Senats wurde eines der fruchtbarsten Obstanbaugebiete Westdeutschlands fast gänzlich zerstört. 1959 z.B. kamen 3,4% der Obsternte Westdeutschlands aus Hamburg, 1979 noch 2,6%.

Das neue Hafenentwicklungsgesetz dient der reibungslosen Durchsetzung der Hafenpolitik

1985 sollen im heutigen Altenwerder die ersten Container im für dort geplanten Containerhafen verschifft werden. Dieser Zeitplan ist auf Grund des Widerstandes der Altenwerder Bevölkerung gänzlich gescheitert. Es dürfte eher 1995 werden. Um Ähnliches bei der Räumung von Moorburg/Francop und anderer Gebiete, wie Neuland, zu verhindern, schuf der Senat ein neues Hafenentwicklungsgesetz, welches das von 1961 außer Kraft setzen soll. Das neue Gesetz wird zur Zeit in den Bezirksversammlungen vorgestellt und wohl demnächst in die Bürgerschaft zur Verabschiedung eingebracht.

In der Begründung von Oktober 1980 zu diesem Gesetz heißt es: „Aus dem dargelegten Zeitbedarf ergibt sich, daß ein Hafenausbauvorhaben frühzeitig geplant werden muß, wenn der Bedarf für einen bestimmten Zeitpunkt erkennbar wird, und daß zur Zeit dieser Planung nicht vorhergesehen werden kann, wie die endgültige Hafenanlage im einzelnen beschaffen sein muß." (S. 4/1.5) Der Zeitbedarf wird wie folgt angegeben: „Umsiedlung von Wohnbevölkerung und Enteignungsverfahren ... 5 Jahre", „Aufhöhungsphase" (Sturmflutsicherung) mindestens 5 Jahre, weitere 2 Jahre zur Schaffung der Infrastruktur. Alles in allem mindestens 12 Jahre. Die Umsiedlung und Enteignung soll auf Grundlage einer ganz allgemeinen Bedarfsfeststellung seitens des Senats vorgenommen werden. Diese lag auch nur bei den Enteignungsverfahren in Altenwerder vor. Nach der bisherigen Rechtssprechung muß aber ein Planfeststellungsverfahren mit detaillierten Bebauungsplänen durchgeführt werden. Ein neues Gesetz mußte her, um Reibungsverluste klein zu halten. Es liegt im Hafenentwicklungsgesetz vor.

Es geht um die Verringerung der Transportkosten bei kürzerer Umschlagzeit – nicht um Arbeitsplätze

Langfristig muß die Hafenplanung angelegt sein, heißt es in der Gesetzesbegründung, aber auch flexibel, so „daß kurzfristig disponiert werden kann". „Bei der Ansiedlung neuer Unternehmen sind deren Wünsche in Rechnung zu stellen." (ebenda) Konkret heißt das: Zerstörung des Gebietes als Wohn- und Erholungsgebiet und landwirtschaftliche Nutzfläche, Aufspülung des Geländes mit Sand, der bei der Elbvertiefung ständig abfällt und hochgradig vergiftet ist. Anschließend wird die allgemeine Infrastruktur geschaffen – Kanalisation, Elektrizität, Anbindung an das Straßen-, Schienen- und Schiffahrtsnetz – alles durch Steuergelder finanziert. Bis zu dem Zeitpunkt ist laut Planungsvorstellung überhaupt noch nicht klar, ob sich ein Kapitalist findet, der auf dem Gelände Fabriken oder Umschlagsbetriebe errichten lassen will. So hat der Senat z.B. ein etwa 180 ha großes Obstanbaugebiet zwischen Finkenwerder und Francop („Blumensand") mit verseuchtem Elbsand über 7 Meter NN aufspülen lassen. Der Hafenentwicklungsplan von 1976 sah dieses Gelände für die Hafenerweiterung vor. Mittlerweile hat der Senat offenbar einen anderen Bedarf festgestellt, denn vom „Blumensand" geht nur noch ein Drittel in die Hafenerweiterung, der Rest bleibt verseuchtes Brachland, 7 Meter höher als die umliegende Fläche. An Stelle dieses Gebietes wird nun Moorburg West und Francop Ost zusätzlich in die Hafenerweiterung einbezogen. 1976 mußte sehr rasch die Dradenau- und Rüschsiedlung gegen den Widerstand der Bewohner für Industrieansiedlungen geräumt werden. Bis heute ist noch kein „Interessent" in Sicht. Vielleicht stellt der Senat in einigen Jahren wieder einen anderen Bedarf fest und läßt wieder andere Gebiete zerstören. Moorburg/Francop sind dann aber vielleicht schon in verseuchtes Brachland verwandelt. Dagegen ist die Vorschrift des vorgelegten Hafenentwicklungsgesetzes daß die Bewohner in einem solchen Fall Anspruch auf Rückgabe haben, geradezu zynisch.

Die dauernde Elbvertiefung (zur Zeit bei 13,5 Meter) wird sehr bald an ihre natürlichen Grenzen stoßen. Der Massengutumschlag wird sich weiter zu den seeschifftiefen Küstenhäfen verlagern. Letzten Dienstag vermeldete die bürgerliche Presse, daß nun doch bis 1983 eine Ölpipeline vom Ölhafen Wilhelmshaven nach Hamburg fertiggestellt werden soll. Der Erzumschlagplatz Hansaport war noch nicht einmal ganz fertig, als schon neue Erzumschlagplätze in Wilhelmshaven und Emden anvisiert wurden.

Noch bietet Hamburg den Kapitalisten günstige Umschlags- und Transportbedingungen: tideoffener, seeschifftiefer Hafen, Anschluß ans Binnenschiffahrtsnetz, ans Straßen- und Schienennetz. Schaffen andere Häfen günstigere Bedingungen, und sind sie dort überhaupt nur möglich (z.B. Seetiefe), wird sich das Kapital teiweise dahin verlagern, egal ob hier weitere Flächen für die Hafenentwicklung vorbereitet sind oder nicht. Den Kapitalisten geht es um den reibungslosen, billigen und schnellen Ablauf von wechselnden Transporten – Schiff, Straße, Schiene. Alles andere schmälert den Profit, und der ist das Ziel der Produktion. Um die Schaffung und Sicherung der Arbeitsplätze geht es ihnen nicht. Sicher werden einige Arbeitskräfte beim Hansaport gebraucht, aber insgesamt ist die moderne Anlage eine Rationalisierung von Arbeitskräften im Bereich des Massengutumschlags. Ähnlich bei der Containerisierung des Warentransports. Wurden früher ca. 30 Hafenarbeiter für die Entladung eines Schiffer gebraucht, braucht man bei Containern ca. 6 Arbeiter.

Der Senat versucht, seine Hafenerweiterung mit dem „Argument – Arbeitsplatzsicherung" zu verteidigen und will so die Arbeiter und betroffenen Bewohner spalten. Dagegen wäre es nützlich, wenn sich in den Gewerkschaften gegen die Zerstörung von Moorburg/Francop aussprechen würden.

de begonnen. Soweit uns bislang hierzu Beschlüsse bekanntgeworden sind, haben sie fast alle eins gemeinsam: stets wird eine reine Prozentforderung abgelehnt. Meist wird zusätzlich ein Mindestbetrag gefordert. So wurde auf der Sitzung der Abteilung Pflegepersonal und medizinisches Hilfspersonal der ÖTV Kreis Kiel bei einer Enthaltung ein Mindestbetrag von 170 DM sowie die Erhöhung des Urlaubsgelds auf 500 DM beschlossen. Die ÖTV-Kollegen beim Arbeitsamt Kiel sprachen sich für einen Mindestbetrag von 150 DM aus. Auf einer Sitzung des Kreisbeamtenausschuß des DGB Kreis Neumünster-Segeberg wurde ein „Sonderopfer" der Beschäftigten im Öff. Dienst einmütig abgelehnt und die Sicherung der Realeinkommen als Ziel für den diesjährigen Tarifkampf genannt. Für die Forderung selbst wurde eine Mischforderung vorgeschlagen (in Form eines Sockelbetrages und Prozenten).

In diesen Beschlüssen drückt sich die Einschätzung aus, daß ein Abschluß noch unterhalb der gegenwärtigen Inflationsrate von rund 5,5% durchaus eine reale Gefahr bedeutet. Der Mindestbetrag soll verhindern, daß die Arbeiter, Angestellten und Beamten in den unteren Lohngruppen, auf die die Inflation und Reservearmee besonders lastet, bei einem Prozentabschluß noch weiter gedrückt werden.

als der entsprechende Prozentbetrag allein, aber auch höher als bei einem entpsrechenden Festgeldabschluß allein. Da das Volumen bei dem Tarifabschluß 1981 angesichts der Haushaltslage insbesondere der Länder und Gemeinden eine entscheidende Rolle spielen wird, spricht vieles für die Alternative Prozente oder Festgeld. Wenn es der IG Metall gelingt, einen Abschluß nicht unter 6% und 100 DM mindestens durchzusetzen, kann es sein, daß die ÖTV noch an einen Prozentabschluß von 5% herankommt. Gegenwärtig ist allerdings wahrscheinlicher, daß es bereits um viel niedrigere Prozentbeträge Kampf geben wird.

In einer solchen Situation wird es günstig sein, für einen Festgeldabschluß einzutreten. Er würde die Absicht des Öffentlichen Dienstherrn durchkreuzen, die unteren und mittleren Lohngruppen noch weiter zu drücken, würde die Aktionseinheit der Masse der Beschäftigten stärken und wäre zudem geeignet, den „Spanargumenten" entgegenzutreten, was für das Bündnis mit den Industriearbeitern wichtig ist. Zum Beispiel läge ein Abschluß bei 120 DM Festgeld im Volumen ca. 1,5 Mrd. DM unter einem 4%-Abschluß und wäre für Beschäftigte mit bis zu 3000 DM Gehalt günstiger.

burger Senats wurde eines der fruchtbarsten Obstanbaugebiete Westdeutschlands fast gänzlich zerstört. 1959 z.B. kamen 3,4% der Obsternte Westdeutschlands aus Hamburg, 1979 noch 2,6%.

Das neue Hafenentwicklungsgesetz dient der reibungslosen Durchsetzung der Hafenpolitik

1985 sollen im heutigen Altenwerder die ersten Container im für dort geplanten Containerhafen verschifft werden. Dieser Zeitplan ist auf Grund des Widerstandes der Altenwerder Bevölkerung gänzlich gescheitert. Es dürfte eher 1995 werden. Um Ähnliches bei der Räumung von Moorburg/Francop und anderer Gebiete, wie Neuland, zu verhindern, schuf der Senat ein neues Hafenentwicklungsgesetz, welches das von 1961 außer Kraft setzen soll. Das neue Gesetz wird zur Zeit in den Bezirksversammlungen vorgestellt und wohl demnächst in die Bürgerschaft zur Verabschiedung eingebracht.

In der Begründung von Oktober 1980 zu diesem Gesetz heißt es: „Aus dem dargelegten Zeitbedarf ergibt sich, daß ein Hafenausbauvorhaben frühzeitig geplant werden muß, wenn der Bedarf für einen bestimmten Zeitpunkt erkennbar wird, und daß zur Zeit dieser Planung nicht vorhergese-

kann". „Bei der Ansiedlung neuer Unternehmen sind deren Wünsche in Rechnung zu stellen." (ebenda) Konkret heißt das: Zerstörung des Gebietes als Wohn- und Erholungsgebiet und landwirtschaftliche Nutzfläche, Aufspülung des Geländes mit Sand, der bei der Elbvertiefung ständig abfällt und hochgradig vergiftet ist. Anschließend wird die allgemeine Infrastruktur geschaffen – Kanalisation, Elektrizität, Anbindung an das Straßen-, Schienen- und Schiffahrtsnetz – alles durch Steuergelder finanziert. Bis zu dem Zeitpunkt ist laut Planungsvorstellung überhaupt noch nicht klar, ob sich ein Kapitalist findet, der auf dem Gelände Fabriken oder Umschlagsbetriebe errichten lassen will. So hat der Senat z.B. ein etwa 180 ha großes Obstanbaugebiet zwischen Finkenwerder und Francop („Blumensand") mit verseuchtem Elbsand über 7 Meter NN aufspülen lassen. Der Hafenentwicklungsplan von 1976 sah dieses Gelände für die Hafenerweiterung vor. Mittlerweile hat der Senat offenbar einen anderen Bedarf festgestellt, denn vom „Blumensand" geht nur noch ein Drittel in die Hafenerweiterung, der Rest bleibt verseuchtes Brachland, 7 Meter höher als die umliegende Fläche. An Stelle dieses Gebietes wird nun Moorburg West und Francop Ost zusätzlich in die Hafenerweiterung einbezogen. 1976 mußte sehr rasch die Dradenau- und Rüschsiedlung gegen den Wider-

sten günstige Umschlags- und Transportbedingungen: tideoffener, seeschifftiefer Hafen, Anschluß ans Binnenschiffahrtsnetz, ans Straßen- und Schienennetz. Schaffen andere Häfen günstigere Bedingungen, und sind sie dort überhaupt nur möglich (z.B. Seetiefe), wird sich das Kapital teiweise dahin verlagern, egal ob hier weitere Flächen für die Hafenentwicklung vorbereitet sind oder nicht. Den Kapitalisten geht es um den reibungslosen, billigen und schnellen Ablauf von wechselnden Transporten – Schiff, Straße, Schiene. Alles andere schmälert den Profit, und der ist das Ziel der Produktion. Um die Schaffung und Sicherung der Arbeitsplätze geht es ihnen nicht. Sicher werden einige Arbeitskräfte beim Hansaport gebraucht, aber insgesamt ist die moderne Anlage eine Rationalisierung von Arbeitskräften im Bereich des Massengutumschlags. Ähnlich bei der Containerisierung des Warentransports. Wurden früher ca. 30 Hafenarbeiter für die Entladung eines Schiffer gebraucht, braucht man bei Containern ca. 6 Arbeiter.

Der Senat versucht, seine Hafenerweiterung mit dem „Argument – Arbeitsplatzsicherung" zu verteidigen und will so die Arbeiter und betroffenen Bewohner spalten. Dagegen wäre es nützlich, wenn sich in den Gewerkschaften gegen die Zerstörung von Moorburg/Francop aussprechen würden.

HDW: nur Minderheit der Kollegen für Chile-U-Boote?

jöf. Daß der Bau der beiden U-Boote für Chile auch innerhalb der Belegschaft von HDW Kiel umstritten ist, wurde schon vor einigen Wochen bekannt. Die Jugendvertretung hat schon Anfang Januar einen Brief an Bundeskanzler Schmidt geschickt, indem sie sich geschlossen gegen diesen Auftrag aussprach. Die Kieler IG Metall war von vornherein dagegen, der DGB hat sich dem jetzt angeschlossen. Die Betriebsversammlung sollte sich angeblich „mit großer Mehrheit" für den Bau der U-Boote für Chile ausgesprochen haben. Daß das wohl so nicht stimmt, enthüllte die „Kieler Rundschau" in ihrer Ausgabe vom 29.1.: In einem Interview mit der Vorsitzenden der Jugendvertretung erläutert diese: „Von den rund 7500 Beschäftigten bei HDW waren zum Zeitpunkt der Abstimmung noch etwa 1000 Kollegen anwesend. Da die Abstimmung am Schluß der Versammlung stattfand, herrschte bereits allgemeine Aufbruchstimmung. An der Abstimmung beteiligten sich etwa noch 5o Kollegen." ...„Eine qualifizierte Minderheit im Betriebsrat hat sich gegen den U-Boot-Bau ausgesprochen." Die Auftragslage, auch der U-Bootbau-Abteilung, ist gesichert. Pro Jahr können zwei U-Boote gebaut werden, Aufträge gibt es über 11 Stück. Kein Arbeitsplatz würde verloren gehen, wenn Chiles U-Boote nicht gebaut würden.

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Ständiger Ausschuß, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt am Main 2, Telex 413080 kuehl d, Telefon 0611/730231, Sekretär Hans-Gerhart Schmierer; Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt am Main 2, Telefon 0611/730231; Regionalredaktion: 2000 Hamburg 50, Kleine Rainstraße 21, Tel. 040/ 39 49 04; verantwortlicher Redakteur für die Seiten 1 – 12/16: Bernhard Peters, für die Seiten 13 – 15: Lutz Plümer ; Druck: Eigendruck; Verlag: Kühl Verwaltungs GmbH & Co. Verlags-Kommanditgesellschaft; Geschäftsführer: Ernst Ehlert, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt am Main 2.

Die Zeitung erscheint wöchentlich und kostet ab 1/1981 als Einzelexemplar 1 DM, Jahresabonnement 50 DM, Halbjahresabonnement 25 DM, Vierteljahresabonnement 13 DM (zuzüglich Postgebühren, z.Zt. als Postvertriebsstück für das Inland 0,159 DM pro Ausgabe) – Verlängerungen oder Neubestellungen erbitten wir an den Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730234.

Brandanschlag und Polizeieinsatz im Sophienhof Kiel

sih. Nachdem es um die Instandbesetzung des Sophienhofs etwas ruhiger geworden war, sind jetzt eine Reihe von Provokationen eingeleitet worden, um die Instandbesetzer, die mit ihrer Aktion gegen die städtische Sanierungspolitik auf viel Zustimmung gestoßen waren, jetzt zu isolieren und zu kriminalisieren. Am 24.1. wurde im Sophienhof Feuer gelegt, bei dem der 3. Stock unbewohnbar wurde. Am 25. und 26.1. folgten Hausdurchsuchungen und Verhaftung von 6 Leuten, die z.T. über 28 Stunden festgehalten wurden. Ein Teil wird beschuldigt, die Auslagen von zwei Läden ausgeräumt zu haben. Hatte die Neue Heimat vielleicht gehofft, mit den Brand den Sophienhof jetzt für unbewohnbar zu erklären, soll mit den folgenden Kriminalisierungsversuchen eine Räumung durch die Staatsanwaltschaft vorbereitet werden. Von den Instandbesetzern wurden Klagen wegen Freiheitsberaubung und Hausfriedensbruch gegen die Polizei eingeleitet, eine weitere Klage wegen Sachbeschädigung soll noch gestellt werden.

GEW-FG Hochschule: Rechte für Bundeswehrhochschüler

thw. Ende vorigen Jahres hat es erneut Vorstöße einiger bürgerlicher Bildungspolitiker gegeben, die Bundeswehrhochschulen für zivile Studenten zu „öffnen". Öffnen in dem Sinne, daß einige Elitestudenten unter den gegenwärtig herrschenden rechtlosen Bedingungen zugelassen werden sollten. Die Fachgruppe Hochschulen der GEW Hamburg hat dazu im Dezember eine Entschließung verabschiedet (14 Ja, 7 Nein, 1 Enthaltung), in der es heißt: „Die GEW hat trotz entschiedenen Protestes die Einrichtung der Hochschulen der Bundeswehr nicht verhindern können. Nach ihrer Einrichtung hat die GEW versucht, die Integration der HsBw in eine integrierte Gesamthochschule voranzutreiben, um sie so als selbständige Einheit wieder aufzulösen... Unter den eingangs genannten Umständen kommt für die Fachgruppe eine Öffnung der HsBw nur unter folgenden Bedingungen in Frage: – HsBw als rechtsfähige Körperschaft zur Sicherung der Autonomie der Hochschule – Mitbestimmung in Anlehnung an die für andere Hochschulen geltenden Gesetze – Bildung einer verfassten Studentenschaft – Zulassung von politischen Studentengruppen – Aufhebung der Pflichten nach den Soldatengesetz für die Zeit des Studiums... – Orientierung der Studieninhalte an gewerkschaftlichen und gesellschaftskritischen Positionen...".

Scharfer Wind im Zivieldienst – Aktionsberatung am 4.2.

mah. Mittwoch ab 19 Uhr will die Selbstorganisation der Zivieldienstleistenden (ZDL) auf einer hoffentlich großen Versammlung im MLK-Haus, Grindelallee 9 Informationen über Verschärfungen aus dem Bereich Dienststellen zusammentragen und über die zu erwartende Gesetz-„Reform" informieren, um ggf. Aktionen zu beschließen. Vor allem an Dienststellen mit einigen Rechten für ZDL ist der neue Regionalbetreuer Schnabel z.B. durch Drohung mit Dienststellenschließung und Versetzung der ZDL oder versuchter Begutachtung von Arbeit und Unterkünften aufgefallen. Vom Arbeiter-Samariter-Bund, gegen den die ZDL vor kurzem ihre Selbstverwaltungsrechte verteidigten (KVZ 52) ist bekannt, daß er vom Roten Kreuz u.a. Hilfsdiensten ZDL als Streikbrecher ZDL gegen vorbereitete Kampfmaßnahmen zugeteilt bekommen hätte. Ab April soll ein großer Teil der Hamburger ZDL von einem „regionalen Unterbau" des Bundesamtes verwaltet werden, was nicht verabschiedete Gesetzentwürfe vorwegnimmt und verschärfter zentralistischer Kontrolle der ZDL Tür und Tor öffnet. Die letzten Vollversammlungen der Hamburger ZDL fanden vor ca. 2 Jahren statt. Damals wurde u.a. der Streik organisiert.

Veranstaltungskalender

Montag, 2.2.1981

Hamburg: Demonstration gegen den Bau des AKW Brokdorf, 16 Uhr, Moorweide

Mittwoch, 4.2.1981

Hamburg: Treffen der Musikgruppe, 19.30 Uhr, Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer.

Der zufällige Tod des Christian K.

Hamburg: 4., 14., 22.2., Malersaal. Beginn: 20.30 Uhr, am 22.2. um 19 Uhr.

Freitag, 13.2.1981

Hamburg: Informationsveranstaltung zur aktuellen Lage in der Türkei, Fabrik, Barner Straße 36

Heinrich Heine zum 125. Todestag

Hamburg: 16.2. Gedichte und Texte 1826 – 1856, 17.2. Der publizistische Freibeuter, 18.2. O, wie wollen wir schwatzen. Beginn: 21 Uhr, Fabrik, Barner Straße 36

Schulungsveranstaltungen

Hamburg: Grundschulungen: „Lohnarbeit und Kapital" 1.3.81; „Lohn, Preis und Profit" 5.4.81; „Bürgerkrieg in Frankreich" 3.5.81; weiterführende Schulungen: „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft" 22.2.81; „Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie" 29.3.81; „Über die Praxis" und „Über den Widerspruch" 26.4.81; Beginn jeweils 9 Uhr, Büro des KBW, Kleine Rainstr. 21.

Stoltenberg bringt seinen Haushalt durch

Proteste an den Hochschulen – Im Landtag lauwarme Opposition

jöf. Sicherheitshalber schon vor der Verabschiedung des Haushalts 1981 hat die Landesregierung für Einsparungen an den Hochschulen gesorgt. Mittels eines Erlasses wurden 5 Prozent der geplanten Ausgaben für Sach- und Verwaltungsmittel wieder gestrichen; hinzu kommt ein rigoroser Einstellungsstopp und Wiederbesetzungsstopp freigewordener Stellen für die ersten acht Monate des Jahres.

Dagegen gibt es Protest. Auf Initiative der Fachschaftsgruppen der Universität haben sich bisher 9 Fachschaften, der AStA der Universität, fachgebundene studentische Arbeitskreise und von der PH Wahlfachgruppen zu einer Aktionseinheit zusammengeschlossen. Die Konsequenzen der Kürzungen wären zum Beispiel: an der PH würde der Anschaffungsetat der Bibliothek um 18000 DM gekürzt werden, wobei der Titelbestand jetzt schon spürbare Mängel aufweisen soll. Mit monatlicher Gelderzuweisung soll die Bibliothek fester an die Kandare genommen werden; überzieht sie ihr Monatsbudget, wird Geld gesperrt. Die Stellenbesetzungssperre würde in vielen Fachbereichen, und in manchen extrem stark, zu einer Einschränkung des Lehrbetriebes führen – die kurzfristig beschäftigten Kräfte fallen weg – wie auch zur Stockung von Forschungsarbeiten. Beides zusammen trifft dort, wo Doktoranden ihren Lebensunterhalt in größerem Umfang als kurzfristig beschäftigte Lehrkräfte verdienen müssen wie in der Tierproduktion.

Prof. Stamer von der Ernährungswirtschaft hat angekündigt, er könne für das Sommersemester seinen Lehrbetrieb auch gleich dichtmachen. In der Theologie würden für das Neue Testament 5 von bisher 11 Lehrkräften fehlen, von 24 notwendigen Unterrichtsstunden könnten nur 4 abgehalten werden. In etlichen Fällen könnten Scheine bis zum vorgeschriebenen Semester nicht geschafft werden; an der PH ist wegen Mangel an Lehrkräften die Klavier- und Gesangsausbildung (Pflicht für angehende Musiklehrer) jetzt schon nicht zu schaffen.

Die Aktionseinheit lehnt die Kürzungen ab. Sie hat sich an die Presse gewandt und bereitet einen Offenen Brief an den Senat der Universität vor. Der Senat tagt am 3. Februar. Ein Flugblatt für die Öffentlichkeit ist in Arbeit. Druck wird nötig sein: das Präsidium der Universität hat gegen die Kürzungsmaßnahmen nur lahm protestiert und gleich selbst Einsparungsmaßnahmen angeordnet. Die Wassertemperatur im Schwimmbecken des Sportforums soll um 2 Grad kälter werden, und für kaltes Duschen soll man sich wieder erwärmen.

Soviel Widerstand gegen Konsequenzen des Landeshaushalts haben alle drei Oppositionsparteien zusammengenommen in der dreitägigen Landtagsdebatte nicht zustande gebracht.

Das Etat-Volumen betrug 9,05 Milliarden DM und damit 3,5 Prozent mehr als der vorige. Die Neuverschuldung erreichte die Rekordhöhe von 1,8 Milliarden DM, die Gesamtschulden, die die Landesregierung gemacht hat, liegen damit bei 10 Milliarden. 1,5 Milliarden müssen für Zinsen und Schuldentilgung ausgegeben werden, das ist ein Sechstel des ganzen Haushalts. Der Posten, der am drastischsten gekürzt worden ist, war der kommunale Finanzausgleich: 47 Millionen Mark weniger erhalten die Gemeinden.

Was nicht gekürzt wurde, waren die Investitionen, Investitionshilfen und Baumaßnahmen, die sogenannten produktiven Ausgaben. Stoltenberg läßt die „einheimische Wirtschaft" nicht im Stich, da braucht diese keine Angst zu haben: 1,45 Milliarden werden direkt oder über Aufträge in ihre Taschen fließen (zuzüglich der fetten Zinsen, s.o.).

Ihren *einzigen* Gegenantrag hat die SPD ausgerechnet zum Punkt Subventionen zustande gebracht; in Bonn ist es zur Abwechslung die CDU, die gegen die Subventionspolitik der Bundesregierung opponiert. Die Landes-SPD verlangt einen konzentrierteren Einsatz von Subventionen und ein Arbeitsbeschaffungsprogramm – auch so können die staatlichen Gelder in die Taschen der Bourgeoisie transferiert werden. Die FDP hat ihre Opposition auf einige „symbolische, beispielhafte Anträge" (Fraktionsvorsitzender Neitzel) beschränkt; symbolisch für ihre Sorge um die Schlagkraft der Polizei forderte sie 10 neue Planstellen für den Schreibdienst der Polizei, um die Beamten von ‚artfremden Tätigkeiten' zu entlasten.

Nicht symbolisch, sondern ernst gemeint war die Frechheit der FDP-Fraktion, der öffentliche Dienst des Landes solle sich bereit finden, die fälligen Lohn- und Gehaltserhöhungen um drei Monate zu verschieben und sich bei der Tarifforderung auf einen Inflationsausgleich plus einen Sockelbetrag in nicht genannter Höhe zu beschränken; in Bonn, wo sie in der Regierung sitzt, verlangt ihr Parteimitglied Lambsdorff Tariferhöhungen weit unter der Inflationsmarke.

Die Forderung der FDP nach mehr Bewährungshelfern wurde abgelehnt (Schleswig-Holstein soll höhere Rückfallquoten haben als andere Bundesländer), ebenso wie eine Personalaufstockung für die Landeskrankenhäuser.

Erst kürzlich haben sich Schwestern und Ärzte vom Landeskrankenhaus Schleswig an die Öffentlichkeit gewandt mit der Forderung nach mehr Personal; eher werde der unter Zeitnot teilweise ruppige Umgang mit den Kranken kein Ende finden. Die reaktionären Vertriebenenverbände werden wie bisher mit Staatsgeldern untersützt – mit 333000 DM. Für den neu in den Haushalt aufgenommenen Titel „Kinderfreundliche Maßnahmen" werden Null Mark ausgegeben.

2000 Lehrer in Hamburg arbeitslos, 6,3% Unterrichtsausfall – Einstellung aller Lehrer, 40-Stunden-Woche!



Von Donnerstag bis Samstagnachmittag demonstrierten arbeitslose Lehrer vor der Hamburger Schulbehörde mit einem Sitzstreik gegen die Bildungspolitik des Senats. 6,3% Unterrichtsausfall an Hamburger Schulen, viel zu große Klassen, Stundentafelkürzungen – aber keine Einstellung der mittlerweile ca. 2000 ausgebildeten Lehrer, die zum sofortigen Arbeitsantritt bereit wären. Unterstützt wurde der Sitzstreik von vielen Referendaren, die an zentralen Punkten Hamburgs Flugblätter gegen die Schulmisere verteilten. Elternvertreter, die für ihre Schulen konkrete Forderungen haben, wollen sich jetzt unter namentlicher Berufung auf Referendare mit entsprechenden Fächern an die Schulbehörde wenden.

So nicht, Herr Ehlers

Betriebsversammlung der städt. Kinder- und Jugendheime lehnt Sparbeschlüsse ab

gak. So heiß wie die Temperatur war auch die Stimmung im total überfüllten Musiksaal des Besenbinderhofes, als mehr als tausend Kollegen der „Vereinigung städt. Kinder- und Jugendheime e.V." in einer außerordentlichen Betriebsversammlung am 26.1. ihren Protest gegen die Bewirtschaftungsmaßnahmen zum Ausdruck brachten. Sehr viele Heime hatten mit Eltern abgesprochen, daß die Kinder früher abgeholt werden, um möglichst geschlossen an der Versammlung teilnehmen zu können.

Der Betriebsrat las die geplanten Einsparungen auf den verschiedenen Konten vor: A12 (Spielgeräte für draußen) im Ansatz 931000 DM, gespart werden sollen 225000 DM (-24%). A14 (Möbel, Wäsche, Einrichtungsgegenstände) Ansatz: 1988000 DM, gespart werden sollen 400000 DM (-20,1%). A17 (Spielmaterial, Schwimmen, Reisen etc.) Ansatz: 1505000 DM, gespart werden sollen 624000 DM (-41,5%). A10 (Reparaturen) Ansatz 2080000 DM gespart werden sollen 328000 DM (-15%).

In allen Stellungnahmen der Heime wurde betont, daß sie in keinem Fall gewillt seien, die Sparmaßnahmen hinzunehmen. Mit besonderer Spannung

daß Forderungen bestehen, um die Personalsituation zu verbessern, 15% Krankheits- und Urlaubsausfall müßten von den Kollegen mitgetragen werden, 90000 Küchenstunden fehlen im Hauswirtschaftsbereich!

Der Betriebsreat forderte auf, alle Mißstände in den Heimen sofort zu melden, damit er tätig werden könne. Er will sämtliche Stellungnahmen und Resolutionen in einer Broschüre zusammenfassen und an alle Heime schicken. Presseerklärungen vom Betriebsrat gegen die Sparmaßnahmen wurden nicht abgedruckt. Mit viel Beifall wurde eine Resolution des Vertrauensleutekörpers der Hamburger Alluminium Werke aufgenommen, die den Kampf der Kollegen unterstützt. Man einigte sich darauf, auf der Mitgliedersammlung der ÖTV am 28.1. weitere Schritte gegen die Sparmaßnahmen zu beraten und organisieren.

Auf diese Versammlung der gewerkschaftlich organisierten Kollegen der BAJS, also Kindertagesheime, Vollheime und Jugendeinrichtungen, Pflegeheime und Bezirksämter kamen 400 Kollegen, ebenso wieder Senator Ehlers (übrigens ÖTV Mitglied!). Es

lenbesetzungssperre würde in vielen Fachbereichen, und in manchen extrem stark, zu einer Einschränkung des Lehrbetriebes führen – die kurzfristig beschäftigten Kräfte fallen weg – wie auch zur Stockung von Forschungsarbeiten. Beides zusammen trifft dort, wo Doktoranden ihren Lebensunterhalt in größerem Umfang als kurzfristig beschäftigte Lehrkräfte verdienen müssen wie in der Tierproduktion.

Prof. Stamer von der Ernährungswirtschaft hat angekündigt, er könne für das Sommersemester seinen Lehrbetrieb auch gleich dichtmachen. In der Theologie würden für das Neue Testament 5 von bisher 11 Lehrkräften fehlen, von 24 notwendigen Unterrichtsstunden könnten nur 4 abgehalten werden. In etlichen Fällen könnten Scheine bis zum vorgeschriebenen Semester nicht geschafft werden; an der PH ist wegen Mangel an Lehrkräften die Klavier- und Gesangsausbildung (Pflicht für angehende Musiklehrer) jetzt schon nicht zu schaffen.

Die Aktionseinheit lehnt die Kürzungen ab. Sie hat sich an die Presse gewandt und bereitet einen Offenen Brief an den Senat der Universität vor. Der Senat tagt am 3. Februar. Ein

zausgleich: 47 Millionen Mark weniger erhalten die Gemeinden.

Was nicht gekürzt wurde, waren die Investitionen, Investitionshilfen und Baumaßnahmen, die sogenannten produktiven Ausgaben. Stoltenberg läßt die „einheimische Wirtschaft" nicht im Stich, da braucht diese keine Angst zu haben: 1,45 Milliarden werden direkt oder über Aufträge in ihre Taschen fließen (zuzüglich der fetten Zinsen, s.o.).

Ihren *einzigen* Gegenantrag hat die SPD ausgerechnet zum Punkt Subventionen zustande gebracht; in Bonn ist es zur Abwechslung die CDU, die gegen die Subventionspolitik der Bundesregierung opponiert. Die Landes-SPD verlangt einen konzentrierteren Einsatz von Subventionen und ein Arbeitsbeschaffungsprogramm – auch so können die staatlichen Gelder in die Taschen der Bourgeoisie transferiert werden. Die FDP hat ihre Opposition auf einige „symbolische, beispielhafte Anträge" (Fraktionsvorsitzender Neitzel) beschränkt; symbolisch für ihre Sorge um die Schlagkraft der Polizei forderte sie 10 neue Planstellen für den Schreibdienst der Polizei, um die Beamten von ‚artfremden Tätigkeiten' zu entlasten.

Fraktion, der öffentliche Dienst des Landes solle sich bereit finden, die fälligen Lohn- und Gehaltserhöhungen um drei Monate zu verschieben und sich bei der Tarifforderung auf einen Inflationsausgleich plus einen Sockelbetrag in nicht genannter Höhe zu beschränken; in Bonn, wo sie in der Regierung sitzt, verlangt ihr Parteimitglied Lambsdorff Tariferhöhungen weit unter der Inflationsmarke.

Die Forderung der FDP nach mehr Bewährungshelfern wurde abgelehnt (Schleswig-Holstein soll höhere Rückfallquoten haben als andere Bundesländer), ebenso wie eine Personalaufstockung für die Landeskrankenhäuser.

Erst kürzlich haben sich Schwestern und Ärzte vom Landeskrankenhaus Schleswig an die Öffentlichkeit gewandt mit der Forderung nach mehr Personal; eher werde der unter Zeitnot teilweise ruppige Umgang mit den Kranken kein Ende finden. Die reaktionären Vertriebenenverbände werden wie bisher mit Staatsgeldern untersützt – mit 333000 DM. Für den neu in den Haushalt aufgenommenen Titel „Kinderfreundliche Maßnahmen" werden Null Mark ausgegeben.

Betriebsversammlung der städt. Kinder- und Jugendheime lehnt Sparbeschlüsse ab

gak. So heiß wie die Temperatur war auch die Stimmung im total überfüllten Musiksaal des Besenbinderhofes, als mehr als tausend Kollegen der „Vereinigung städt. Kinder- und Jugendheime e.V." in einer außerordentlichen Betriebsversammlung am 26.1. ihren Protest gegen die Bewirtschaftungsmaßnahmen zum Ausdruck brachten. Sehr viele Heime hatten mit Eltern abgesprochen, daß die Kinder früher abgeholt werden, um möglichst geschlossen an der Versammlung teilnehmen zu können.

Der Betriebsrat las die geplanten Einsparungen auf den verschiedenen Konten vor: A12 (Spielgeräte für draußen) im Ansatz 931000 DM, gespart werden sollen 225000 DM (-24%). A14 (Möbel, Wäsche, Einrichtungsgegenstände) Ansatz: 1988000 DM, gespart werden sollen 400000 DM (-20,1%). A17 (Spielmaterial, Schwimmen, Reisen etc.) Ansatz: 1505000 DM, gespart werden sollen 624000 DM (-41,5%). A10 (Reparaturen) Ansatz 2080000 DM gespart werden sollen 328000 DM (-15%).

In allen Stellungnahmen der Heime wurde betont, daß sie in keinem Fall gewillt seien, die Sparmaßnahmen hinzunehmen. Mit besonderer Spannung

daß Forderungen bestehen, um die Personalsituation zu verbessern, 15% Krankheits- und Urlaubsausfall müßten von den Kollegen mitgetragen werden, 90000 Küchenstunden fehlen im Hauswirtschaftsbereich!

Der Betriebsreat forderte auf, alle Mißstände in den Heimen sofort zu melden, damit er tätig werden könne. Er will sämtliche Stellungnahmen und Resolutionen in einer Broschüre zusammenfassen und an alle Heime schicken. Presseerklärungen vom Betriebsrat gegen die Sparmaßnahmen wurden nicht abgedruckt. Mit viel Beifall wurde eine Resolution des Vertrauensleutekörpers der Hamburger Alluminium Werke aufgenommen, die den Kampf der Kollegen unterstützt. Man einigte sich darauf, auf der Mitgliedersammlung der ÖTV am 28.1. weitere Schritte gegen die Sparmaßnahmen zu beraten und organisieren.

Auf diese Versammlung der gewerkschaftlich organisierten Kollegen der BAJS, also Kindertagesheime, Vollheime und Jugendeinrichtungen, Pflegeheime und Bezirksämter kamen 400 Kollegen, ebenso wieder Senator Ehlers (übrigens ÖTV Mitglied!). Es

wurde die Rede von Senator Ehlers verfolgt. Auf seinen Einsatz hin, betonte er, sei der Stellenstopp für den Bereich der Behörde für Arbeit, Jugend und Soziales (BAJS) aufgehoben. An der Einsparung von 5% im Bereich des Öffentlichen Dienstes sei leider nicht zu rütteln, denn an Investitionen könne nicht gespart werden, weil diese über Kreditfinanzierung getätigt würden. An die Löhne wollte ja auch keiner ran, und mehr Steuern könne Hamburg als Einzelland auch nicht erheben. Also bliebe nur die Einsparung im Sachmittelbereich, um das Loch in der Haushaltskasse zu stopfen, dies sei ja eigentlich auch gar nicht so schlimm, weil ja eine Steigerung von 4,8% für den Haushalt 81 vorgesehen wäre, die nun halt wegfiele. Die Elternbeiträge für die Unterbringung der Kinder müßten natürlich erhöht werden, auch die neugeschaffenen Planstellen würden erst zum 1.7. besetzt (43 Kinderpflegerinnen, 3 Logopäden), und die angekündigte schrittweise kostenlose Betreuung der Vorschulkinder müßte verschoben werden auf 1982. Soweit Ehlers. Daß der Stellenstopp aufgehoben ist, ist sicher auf ganz massive Proteste der Beschäftigten zurückzuführen, zum anderen erhofft sich die Behörde wohl dadurch mehr Spielraum in der Durchsetzung der 5% Sachmitteleinsparung. Daß diese Taktik nicht verfängt, zeigte sich in den folgenden Redebeiträgen der Kollegen und des Betriebsrates. 5% Einsparung bedeuten in Wirklichkeit eine Mittelreduzierung von etwa 10%, gerechnet mit der Preissteigerungsrate, eine ständige Qualitätsverschlechterung in der Unterbringung der Kinder und damit weitere Belastung der Kollegen. Es wurde betont,

sei gelungen, die geplanten Einsparungen im Bereich der BAJS von 50 Millionen auf 36 Millionen zu drücken (laut „Abendblatt" vom 28.1. muß die BAJS von allen anderen Behörden am meisten einsparen), auch die Einsparung für die Kindertagesheime auf dem Konto A 17 (Spielmaterial etc.) fiele weg, hier würden sogar noch 5% zum ursprünglichen Ansatz zugegeben! Von minus 40% auf plus 5%, wenn das nichts sei! Auch in den Bereichen der BAJS (außer den Vollheimen) würde der Stellenstop aufgehoben.

Empört wiesen Altenpfleger darauf hin, daß diese Stellen einen Tropfen auf den heißen Stein wären und jede Einsparung eine Schande ist, schon jetzt sei die Situation in den staatlichen Heimen so, daß oft nicht einmal genug Windeln zum Wechseln der Pflegefälle vorhanden wären und die alten Leute gezwungen seien, auf harten, klapprigen Holzstühlen zu sitzen.

In vielen Beiträgen wurde gefordert, Kontakt zu allen Bereichen des öffentlichen Dienstes aufzunehmen, um Maßnahmen gegen die jetzigen und die schon von Ehlers angedrohten nächsten Sparmaßnahmen zu unternehmen. Beschlossen wurde, Mitte Februar eine Demonstration zu machen. Zur Vorbereitung werden durch die Betriebsgruppen und Vertrauensleute Infotische erstellt. Die Demonstration soll möglichst alle Bereiche des öffentlichen Dienstes erfassen. Wichtig ist jetzt z.B. auch die volle Einbeziehung der Eltern in den Kindertagesheimen, um ihre Unterstützung bei Aktionen gegen die Sparmaßnahmen zu sichern.

Gegen die Rückstufung ihrer Ausbildung

Aktionen und Kämpfe der Erzieherfachschüler

Seit über einem Jahr kämpfen die Schüler der Fachschulen für Sozialpädagogik in Schleswig-Holstein gegen die Abqualifizierung ihrer Ausbildung, die darin besteht, daß der Status der Schule von einer Fachschule in eine Berufsfachschule hinuntergestuft wird.

Bislang war die Eingangsvoraussetzung für die Ausbildung zum Erzieher an der Erzieherfachschule entweder die Mittlere Reife und ein einjähriges Vorpraktikum oder eine abgeschlossene Berufsausbildung. Nach den Plänen des Kultusministeriums sollen demnächst diejenigen mit Mittlerer Reife und Vorpraktikum ihre Ausbildung an der Berufsfachschule, diejenigen mit abgeschlossener Berufsausbildung an der Fachschule absolvieren. Derzeit sind 90% aller Erzieherfachschüler solche mit Mittlerer Reife und Vorpraktikum.

Für diese Schüler hat die Statusumwandlung verheerende Konsequenzen:

– BAFöG-Kürzungen
Berufsfachschüler erhalten weniger BAFöG als Fachschüler. Das ist so wenig, daß sie neben der Ausbildung noch jobben müssen, um ihren Lebensunterhalt halbwegs zu sichern.

– Verschlechterung der Ausbildung
Berufsfachschulen erhalten geringere finanzielle Mittel; die Lehrer werden geringer bezahlt als an Fachschulen, die wie Ausbildungsstätten der Sekundarstufe II behandelt werden. Das bedeutet eingeschränkte Lehrpläne, unzureichende materielle Ausstattung mit didaktischen Medien. Hinzu kommt noch, daß die Ausbildung an der Berufsfachschule in Hinsicht auf die Fortbildungsmöglichkeiten eine Sackgasse darstellt. Ist es an der Fachschule möglich, mit Zusatzprüfungen die Fachhochschulreife zu erlangen, so ist das an der Berufsfachschule nicht drin.

– Verstärkung der Konkurrenz unter den Erziehern
Eine schlechtere Ausbildung bringt mit sich, daß derart ausgebildete Erzieher den Tätigkeitsmerkmalen und Qualifikationsvoraussetzungen für Erzieher nach BAT nicht mehr entsprechen und deshalb niedriger etwa auf Stufe der Kinderpflegerinnen bezahlt werden. Auf jeden Fall werden die Dienstherren immer die am besten qualifizierten Bewerber einstellen; und das werden die Fachschulabsolventen sein. Die jetzt schon sehr starke Konkurrenz aufgrund des Überangebots von Erziehern auf dem Arbeitsmarkt wird weiter vorangetrieben.

Die Verschlechterung der Erzieherausbildung hat außerdem noch Auswirkungen auf die Kleinkindererziehung. Das Kalkül der Landesregierung geht dabei ungefähr so: Kindererziehung wird überwiegend von Frauen geleistet. Frauen heiraten mindestens mit 25 Jahren, bekommen Kinder und scheiden aus dem Beruf aus. Deshalb sollen die Erzieher für die Kleinkindererziehung an der Berufsfachschule ausgebildet werden. Dort sind sie mit etwa 19 Jahren fertig, während Absolventen der Fachschule frühestens mit 22 Jahren ihre Ausbildung abgeschlossen haben. Mit anderen Worten: Schmalspurausbildung für die Kleinkindererziehung, weil auf diesem Gebiet doch nur „Basteltanten" gebraucht werden.

Angesichts der Fortschritte und Erkenntnisse, die in Wissenschaft und Praxis in der Kleinkindererziehung in den letzten Jahren erzielt worden sind, bedeutet solch eine Degradierung der Elementarerziehung einen gewaltigen Rückschritt. Der Landesregierung geht es bei ihren Plänen mit der Erzieherausbildung darum, Mittel einzusparen, die sie stattdessen im „investiven Sektor" wie Industrieansiedlung, KKW Brokdorf etc. einsetzen will. Die Erzieher haben sich auf eine langwierige und hartnäckige Auseinandersetzung eingerichtet. Sie finden in ihrem Kampf breite Unterstützung bei Gewerkschaften, Berufskollegen, Schülern, Studenten und Eltern.

Schi'a und Sunna – Die Spaltung des Islam




Die Eroberung Baghdads durch die Mongolen 1258 beendet die schon vermorschte Abbassidenherrschaft. Hier eine persische Miniatur aus dem 14. Jahrhundert.

chm. In 42 Staaten der Dritten Welt ist der Islam entweder als Staatsreligion in der Verfassung verankert, oder die Mehrheit der Bevölkerung ist islamischen Glaubens. Der religiöse Gegensatz spielt eine wichtige Rolle in der Tagespolitik, so z.B. beim Ausbruch des irakisch-iranischen Krieges die Tatsache, daß über 50% der 12,7 Mio. Iraker Schiiten sind, die die Staats- und Parteiführung der Baathpartei sunnitisch. Die Islamische Republik Iran ist der einzige Staat, in dem der schiitische Glaube seit der islamischen Revolution Staatsreligion ist. Große schiitische Minderheiten leben in Libanon, Pakistan, Afghanistan, in Nordafrika, in den Emiraten am Persischen Golf. Der Gegensatz zwischen den schiitischen Alawiten, die Staats- und Armeeführung in Syrien bilden, und der sunnitischen Bevölkerungsmehrheit entlädt sich in einer Serie von Aufständen und bewaffneten Aktionen, bei denen die sunnitische Moslembruderschaft eine entscheidende Rolle spielt. Indem sie den religiösen Widerspruch zwischen den Druzen, einer Abspaltung aus dem schiitischen Islam, und den sunnitischen Palästinensern schüren, versuchen die Zionisten ihren Siedlerstaat zu zementieren.

Die Spaltung des Islam in Sunna und Schia im 7. Jahrhundert

Unmittelbar nach Mohammeds Tod im Jahre 632 n. Chr. entbrannte ein Machtkampf um seine Nachfolge zwischen der Stammesaristokratie von Mekka, seiner Geburts- und Todesstadt, und den kleineren Stämmen sowie seinen Unterstützern aus der Nachbarstadt Medina, wohin er auf der Flucht vor Verfolgungen in Mekka gegangen war. (622 n. Chr., das Jahr dieser Flucht, ist das Jahr 1 des Islamischen Kalenders.) Mohammed hatte in Mekka im Alter von vierzig Jahren von Offenbarungen zu berichten, die ihm durch den Erzengel Gabriel eingegeben wurden. Sein Gefolge rekrutierte sich zu Anfang aus den unteren Schichten, verarmten Stämmen, kleinen Kaufleuten und Sklaven. Erst später, als er von Medina aus die Geschäfte der reichen Mekkaner durch ständige Überfälle auf ihre Handelskarawanen ernsthaft bedrohte, schlossen jene Frieden mit ihm und traten der neuen Religion bei. Bei seinem Tod 632 befanden sich die arabischen Beduinenheere auf ihrem ersten Eroberungszug gegen das persische Sassanidenreich, den westlichen Nachbarn Arabiens. Um die Nachfolge Mohammeds brechen offene Kämpfe aus; auf der einen Seite die reichen Kaufleute, die Stammesaristokratie, und auf der anderen Seite die Gefolgs-

chen die Zionisten ihren Siedlerstaat zu zementieren.

Die Spaltung des Islam in Sunna und Schia im 7. Jahrhundert

Unmittelbar nach Mohammeds Tod im Jahre 632 n. Chr. entbrannte ein Machtkampf um seine Nachfolge zwischen der Stammesaristokratie von Mekka, seiner Geburts- und Todesstadt, und den kleineren Stämmen sowie seinen Unterstützern aus der Nachbarstadt Medina, wohin er auf der Flucht vor Verfolgungen in Mekka gegangen war. (622 n. Chr., das Jahr dieser Flucht, ist das Jahr 1 des Islamischen Kalenders.) Mohammed hatte in Mekka im Alter von vierzig Jahren von Offenbarungen zu berichten, die ihm durch den Erzengel Gabriel eingegeben wurden. Sein Gefolge rekrutierte sich zu Anfang aus den unteren Schichten, verarmten Stämmen, kleinen Kaufleuten und Sklaven. Erst später, als er von Medina aus die Geschäfte der reichen Mekkaner durch ständige Überfälle auf ihre Handelskarawanen ernsthaft bedrohte, schlossen jene Frieden mit ihm und traten der neuen Religion bei. Bei seinem Tod 632 befanden sich die arabischen Beduinenheere auf ihrem ersten Eroberungszug gegen das persische Sassanidenreich, den westlichen Nachbarn Arabiens. Um die Nachfolge Mohammeds brechen offene Kämpfe aus; auf der einen Seite die reichen Kaufleute, die Stammesaristokratie, und auf der anderen Seite die Gefolgs-
leute der ersten Stunde, die Stammeskrieger und die unterworfenen Stämme des Jemen und Südarabiens. Mit der Ernennung von Mohammeds Vetter Ali, zugleich auch Mann seiner Tochter Fatima, zum vierten Khalifen kulminieren die Widersprüche, die im wesentlichen durch die Eroberungszüge mühsam gekittet werden konnten, in bewaffnete Kämpfe: Kontrahenten sind Muawiya, Mitglied der reichen Umayyadensippe und seit 20 Jahren Statthalter Syriens, das er dem Byzantinischen Reich entrissen hatte, und der vorgeschlagene Kandidat, Ali, der seine stärksten Sympathisanten unter den südarabischen und jemenitischen Stämmen in den neugegründeten irakischen Garnisonsstädten Basra und Kufa hatte. (Mesopotamien und Persien bis zur Provinz Khorasan waren schon im Jahre 636–642 erobert worden.) Ali zieht sich nach Kufa zurück, von dem Heer Muawiyas bei Siffin 657 geschlagen. Diejenigen, die auf Alis Seite kämpfen, werden als Schiat Ali, die Partei Alis, bezeichnet, später nur Schia. Ali wird im gleichen Jahr ermordet.

Eine Reihe von Aufständen, die nach und nach auch die einheimischen Bewohner Iraks und Persiens umfassen, stören das im Aufbau begriffene arabische Reich, das inzwischen von den Pyrenäen bis nach Indien reicht, erheblich. Bei der Verwaltung der Provinzen stützen sich die Umayyaden, die Dynastie Muawiyas, immer mehr auf die persische Verwaltung, vor allem als Steuereintreiber für die Landsteuer und für die Kopfsteuer, die jedem Nichtmuslim auferlegt wird. Für die Stammeskrieger bestand ein Rentensystem, bei dem die Unterschiede zwischen 5000 und 200 dirhams lagen. Die Höhe wurde danach bemessen, wann der Rentier dem Islam beigetreten war. Die mit den hohen Renten bildeten die Schicht der Aschraf, der Edlen, eine wichtige Stütze der Umayyaden in den eroberten Gebieten. Je weiter sich die Eroberungen ausdehnten, desto schärfer wurde die Auspressung der Mehrarbeit, vor allem der Bauern, in Form der Steuern. Zu diesen Widersprüchen kam die nationale und religiöse Diskriminierung der einheimischen Bevölkerung. Bei diesen Aufständen waren die Schiiten beteiligt, zersplittert und ohne erkennbaren Schlachtruf außer dem Ruf nach Rache für Ali.

Im Jahre 681 stirbt Muawiya. Alis Sohn Hussein wird von der recht zusammengewürfelten Koalition, die sich in Persien und Irak gebildet hatte, aufgefordert, seinen Anspruch auf das Amt des Khalifen, des Nachfolgers des Propheten, geltend zu machen. Der Versuch endet blutig mit dem Gemetzel von Karbala', Irak, wo das umayyadische Heer Hussein, seine Familie und die kleine Armee aus Kufa niedermacht. Der militärische Sieg wird zu einer politischen Niederlage. Husseins Ermordung spielt eine wichtige Rolle bei der Festigung des Zusammenschlusses gegen den „Mörder", den umayyadischen Khalifen Yazid I., und die syrische „Hegemonie" über den Irak und Persien. Hier datiert auch die Gründung einer geheimen schiitischen Gesellschaft, die bis zu Yazids Tod im Untergrund arbeitet. 685–687 findet der erste große schiitische Aufstand statt.

Die utopische Lehre von der Rückkehr des irdischen Erlöser-Imams

Das arabische Reich der Umayyaden (661–750 n. Chr.) und das islamische Reich der Abbassiden (750–1258 n. Chr.) waren voller sozialer, nationaler

Steuern. Zu diesen Widersprüchen kam die nationale und religiöse Diskriminierung der einheimischen Bevölkerung. Bei diesen Aufständen waren die Schiiten beteiligt, zersplittert und ohne erkennbaren Schlachtruf außer dem Ruf nach Rache für Ali.

Im Jahre 681 stirbt Muawiya. Alis Sohn Hussein wird von der recht zusammengewürfelten Koalition, die sich in Persien und Irak gebildet hatte, aufgefordert, seinen Anspruch auf das Amt des Khalifen, des Nachfolgers des Propheten, geltend zu machen. Der Versuch endet blutig mit dem Gemetzel von Karbala', Irak, wo das umayyadische Heer Hussein, seine Familie und die kleine Armee aus Kufa niedermacht. Der militärische Sieg wird zu einer politischen Niederlage. Husseins Ermordung spielt eine wichtige Rolle bei der Festigung des Zusammenschlusses gegen den „Mörder", den umayyadischen Khalifen Yazid I., und die syrische „Hegemonie" über den Irak und Persien. Hier datiert auch die Gründung einer geheimen schiitischen Gesellschaft, die bis zu Yazids Tod im Untergrund arbeitet. 685–687 findet der erste große schiitische Aufstand statt.

Die utopische Lehre von der Rückkehr des irdischen Erlöser-Imams

Das arabische Reich der Umayyaden (661–750 n. Chr.) und das islamische Reich der Abbassiden (750–1258 n. Chr.) waren voller sozialer, nationaler
und religiöser Spannungen. Die sich schon im arabischen Reich konstituierende feudale Klasse monopolisierte als herrschende Klasse unter den Abbassiden das Staatseigentum am Boden und eignete sich die Mehrarbeit der bäuerlichen Produzenten durch Steuerauspressung an. In den Grenzen des Reiches lebten Türken, Iraner, Berber, Inder, Spanier, Juden, Christen, Feueranbeter, Buddhisten u.v.a.m. Als unterdrückte Nationalitäten standen sie im Gegensatz zu den arabischen Erobererheeren. Als Nichtmuslime wurde ihnen eine besondere Steuer auferlegt, und sie wurden bis auf kurze Zeiträume wegen ihrer anderen Religion diskriminiert bzw. verfügten nicht über die volle Freiheit der Religionsausübung. Die sunnitische Lehre vom Staat und von der Gesellschaft war von Anbeginn die Ideologie der Herrschenden. Der schiitische Islam ist bis zum 16. Jh. (s.u.) nie Staatsideologie gewesen, sondern immer Ideologie der Unterdrückten und Entrechteten. Er gab die Hülle für die vielfältigen sozialrevolutionären Bewegungen in diesem Riesenreich kraft seiner utopischen Lehre von der Rückkehr des Erlöser-Imams. (Imam ist in der ursprünglichen Bedeutung der Vorbeter vor allem beim Freitagsgebet. In der Sunna hat er immer noch diese Bedeutung.) Der Erlöser-Imam ist ein irdischer, kein himmlischer Imam, der hier in dieser Welt sein Reich der Gerechtigkeit aufbauen wird. Bis dahin ist jede Regierung, vor allem aber das sunnitische Khalifat abzulehnen als ungerecht und unterdrückerisch. Die Rückkehr des Imams wird von seinen Propagandisten, den Religionsgelehrten, vorbereitet. Der Khalif, wörtlich: Nachfolger Mohammeds, das Staatsoberhaupt in der sunnitischen Lehre, ist weltlicher und religiöser Herrscher zugleich. Er treibt die Steuern ein, führt das Heer, leitet das Gebet, erläßt die Gesetze und sorgt für Recht und Ordnung mit Polizei und Geheimdienst, wenn nötig. Zur dynastischen Erbfolge, die sich sehr früh, ohne Legitimation aus dem Koran, dem entscheidenden Quell der Gesetze, durchgesetzt hat, schweigt diese Staatstheorie der sunnitischen Gelehrten.

Eine zusammenhängende Theorie des Imamats bei der Schia ist historisch belegbar erst mit der Lostrennung Irans vom Osmanischen Reich und der Errichtung der Herrschaft der Safaviden im Jahre 1501. Ähnlich wie die

terdrückten und Entrechteten. Er gab die Hülle für die vielfältigen sozialrevolutionären Bewegungen in diesem Riesenreich kraft seiner utopischen Lehre von der Rückkehr des Erlöser-Imams. (Imam ist in der ursprünglichen Bedeutung der Vorbeter vor allem beim Freitagsgebet. In der Sunna hat er immer noch diese Bedeutung.) Der Erlöser-Imam ist ein irdischer, kein himmlischer Imam, der hier in dieser Welt sein Reich der Gerechtigkeit aufbauen wird. Bis dahin ist jede Regierung, vor allem aber das sunnitische Khalifat abzulehnen als ungerecht und unterdrückerisch. Die Rückkehr des Imams wird von seinen Propagandisten, den Religionsgelehrten, vorbereitet. Der Khalif, wörtlich: Nachfolger Mohammeds, das Staatsoberhaupt in der sunnitischen Lehre, ist weltlicher und religiöser Herrscher zugleich. Er treibt die Steuern ein, führt das Heer, leitet das Gebet, erläßt die Gesetze und sorgt für Recht und Ordnung mit Polizei und Geheimdienst, wenn nötig. Zur dynastischen Erbfolge, die sich sehr früh, ohne Legitimation aus dem Koran, dem entscheidenden Quell der Gesetze, durchgesetzt hat, schweigt diese Staatstheorie der sunnitischen Gelehrten.

Eine zusammenhängende Theorie des Imamats bei der Schia ist historisch belegbar erst mit der Lostrennung Irans vom Osmanischen Reich und der Errichtung der Herrschaft der Safaviden im Jahre 1501. Ähnlich wie die
Abbassiden, die sich bei ihrem Aufstand gegen die Umayyaden der schiitischen Lehre bedienten, bedient sich Schah Ismail verschiedener schiitischer Strömungen, die vor allem in Anatolien und im westlichen Iran im Widerstand gegen die osmanische Despotie entstanden waren. Mit der Machteroberung geht er daran, eine „Staatsreligion" zurechtzuzimmern: die Zwölferschia. Sie hat ihren Namen daher, daß der zwölfte Imam in ihrer Lehre der verborgene Imam ist, der als Erlöser-Imam wiederkehren wird. Alle Imame sind Abkömmlinge Muhammeds über seine Tochter Fatima, die mit Ali, seinem Vetter, verheiratet war. Durch seine enge Beziehung zum Propheten hat Ali ein besonderes Wissen und besondere Fähigkeiten erworben, die seinen und den Anspruch seiner Familie auf die Herrschaft über alle Moslems begründen. Die Herrscher des sunnitischen Islam sind allesamt Usurpatoren, da sie die Moslems von der Gnade fernhalten, von einem Nachfahren Alis regiert zu werden. (In seinen Aufrufen zum Sturz des irakischen Präsidenten Hussein bezeichnet Khomeiny ihn als gottlosen Usurpator) Der Imam ist unfehlbar, weil er teilhat am göttlichen Wissen. Seine Aussagen haben untrügliche Beweiskraft.

Mit dem Safavidenreich wird der schiitische Islam zum ersten Mal zur Staatsreligion. Schah Ismail „importiert" Religionsgelehrte vor allem aus dem Irak, um ein Gegengewicht zu den vielfältigen, auch schiitischen, sozialrevolutionären Strömungen zu bilden, die ihn politisch und militärisch gegen die Osmanen, die seit dem 14. Jahrhundert das Erbe des abbassidischen Khalifats beanspruchten, unterstützt hatten. Hier liegen die Anfänge der iranischen Geistlichkeit.

Die Religionsgelehrten hatten keine Basis unter den türkischsprechenden Stämmen, die Schah Ismail auf den Thron gehievt hatten. Sie waren vollkommen abhängig vom Herrscher, der ihnen allerdings weitreichende Privilegien einräumte: Sie kontrollierten das Erziehungswesen, die Rechtsprechung und die Verwaltung. Die Einnahmen der religiösen Stiftungen werden ihnen zugestanden, ebenso kassieren sie die religiöse Steuer (Khum = das Fünftel), zu der jeder Moslem verpflichtet ist. Sie erhalten auch teilweise große Ländereien. (So z.B. gehört der Ayatollah Shariat Madari, innenpolitischer Kontrahent von Khomeiny, zu den Großgrundbesitzern in Azerbeidschan.) Das

Gnade fernhalten, von einem Nachfahren Alis regiert zu werden. (In seinen Aufrufen zum Sturz des irakischen Präsidenten Hussein bezeichnet Khomeiny ihn als gottlosen Usurpator) Der Imam ist unfehlbar, weil er teilhat am göttlichen Wissen. Seine Aussagen haben untrügliche Beweiskraft.

Mit dem Safavidenreich wird der schiitische Islam zum ersten Mal zur Staatsreligion. Schah Ismail „importiert" Religionsgelehrte vor allem aus dem Irak, um ein Gegengewicht zu den vielfältigen, auch schiitischen, sozialrevolutionären Strömungen zu bilden, die ihn politisch und militärisch gegen die Osmanen, die seit dem 14. Jahrhundert das Erbe des abbassidischen Khalifats beanspruchten, unterstützt hatten. Hier liegen die Anfänge der iranischen Geistlichkeit.

Die Religionsgelehrten hatten keine Basis unter den türkischsprechenden Stämmen, die Schah Ismail auf den Thron gehievt hatten. Sie waren vollkommen abhängig vom Herrscher, der ihnen allerdings weitreichende Privilegien einräumte: Sie kontrollierten das Erziehungswesen, die Rechtsprechung und die Verwaltung. Die Einnahmen der religiösen Stiftungen werden ihnen zugestanden, ebenso kassieren sie die religiöse Steuer (Khum = das Fünftel), zu der jeder Moslem verpflichtet ist. Sie erhalten auch teilweise große Ländereien. (So z.B. gehört der Ayatollah Shariat Madari, innenpolitischer Kontrahent von Khomeiny, zu den Großgrundbesitzern in Azerbeidschan.) Das
Dilemma der Geistlichkeit besteht darin, daß sie den Ismail als „Imam" anerkennen muß. Sie schließt einen Kompromiß: Ismail und die nachfolgenden Safaviden sind mit dem göttlichen Charisma versehen, haben von daher das Recht auf die Herrschaft.

Mit dem beginnenden Machtverlust der Safaviden legen die Religionsgelehrten diese Theorie immer mehr ab. Die Lehre von den mujtahids, den Propagandisten des Erlöser-Imams, wird erneut entfaltet. Der mujtahid ist der Religionsgelehrte, der die Fähigkeit besitzt, die Lehren des verborgenen Imam zu verstehen, sie den konkreten Bedingungen seiner Zeit anzupassen und sie den Gläubigen (und den Ungläubigen) zu vermitteln. Für seine Gefolgsleute ist er der Gesetzgeber im politischen und juristischen Sinn. Mit dem Tod des mujtahid erlischt die Gültigkeit seiner Lehre. Ein neuer muß gewählt werden. Aus ihren Reihen wählen die Religionsgelehrten einen obersten mujtahid. Der Wahlmodus hierzu ist nicht genau festgelegt. Informell haben sie sich auf Imam Khomeiny geeinigt. Das Amt ist jedoch in der Verfassung verankert. Im Falle einer notwendig werdenden Neuwahl birgt dieses Fehlen eines gültigen, von allen akzeptierten Wahlmodus, Gefahren in sich.

Für die sunnitischen Religionsgelehrten war mit der Errichtung ihrer Lehrgefängnisse aus Staatstheorie, Rechtslehre und Theologie unter den Fittichen der Abbassidenherrscher „das Tor der Erkenntnis bis zum Jüngsten Gericht" nach ihrer eigenen Lehre zugeschlagen worden. Das Rückgrat war endgültig gebrochen, ob die Herrscher nun Osmanen oder Abbassiden waren. Die schiitischen Religionsgelehrten stellten sich im 19. Jahrhundert an die Spitze des Kampfes gegen die verhaßte Kadjarendynastie, auf die alle Merkmale der ungerechten Usurpatoren zutraf, ergänzt durch nationalen Verrat durch Ausverkauf Irans wechselweise an die russischen Zaren und an die britischen Imperialisten. In einem Flugblatt der schiitischen Geistlichen aus dem Jahre 1908, auf dem Höhepunkt des Kampfes für eine Verfassung, heißt es, daß die Einführung einer Volksvertretung in Persien „auf die Zustimmung und das Einverständnis des Imams der Zeit (d.i. der Erlöser-Imam), möge Gott sein Erscheinen beschleunigen", stoßen werde.

Khomeiny verglich im irakischen Exil den Schah einmal mit Yazid I., der 681 den Sohn Alis und Enkel Moham-

sten mujtahid. Der Wahlmodus hierzu ist nicht genau festgelegt. Informell haben sie sich auf Imam Khomeiny geeinigt. Das Amt ist jedoch in der Verfassung verankert. Im Falle einer notwendig werdenden Neuwahl birgt dieses Fehlen eines gültigen, von allen akzeptierten Wahlmodus, Gefahren in sich.

Für die sunnitischen Religionsgelehrten war mit der Errichtung ihrer Lehrgefängnisse aus Staatstheorie, Rechtslehre und Theologie unter den Fittichen der Abbassidenherrscher „das Tor der Erkenntnis bis zum Jüngsten Gericht" nach ihrer eigenen Lehre zugeschlagen worden. Das Rückgrat war endgültig gebrochen, ob die Herrscher nun Osmanen oder Abbassiden waren. Die schiitischen Religionsgelehrten stellten sich im 19. Jahrhundert an die Spitze des Kampfes gegen die verhaßte Kadjarendynastie, auf die alle Merkmale der ungerechten Usurpatoren zutraf, ergänzt durch nationalen Verrat durch Ausverkauf Irans wechselweise an die russischen Zaren und an die britischen Imperialisten. In einem Flugblatt der schiitischen Geistlichen aus dem Jahre 1908, auf dem Höhepunkt des Kampfes für eine Verfassung, heißt es, daß die Einführung einer Volksvertretung in Persien „auf die Zustimmung und das Einverständnis des Imams der Zeit (d.i. der Erlöser-Imam), möge Gott sein Erscheinen beschleunigen", stoßen werde.

Khomeiny verglich im irakischen Exil den Schah einmal mit Yazid I., der 681 den Sohn Alis und Enkel Moham-
meds, Hussein, bei Karbala' abschlachten ließ, also mit dem größten Verbrecher, den die schiitische Geschichtsschreibung kennt. Die Forderung Khomeinys nach einer islamischen *Republik* wird als Beweis herangezogen, daß er für das Amt des obersten mujtahid besonders geeignet sei: Es entpricht dem Willen des verborgenen Imams, daß der Iran eine dem 20. Jahrhundert zeitgemäße Staatsform erhält. Khomeiny ist imstande gewesen, durch das Wissen um den Willen des Imam, diesen Willen in eine Forderung zu kleiden, die den konkreten Bedingungen des Zeitalters entspricht, und hat diese Forderung, indem er sie seinen Gefolgsleuten und den anderen Gelehrten richtig erläuterte, auch durchsetzen können. Es ist unbestreitbar, daß die schiitischen Religionsgelehrten eine historische Rolle beim Sturz des despotischen Schahregimes gespielt haben.